

2019

Historisches Institut der Universität Bern

Berner Historische Mitteilungen



36. Jahrgang/2019

Redaktion:

Marina Lerf, Céline Rüttimann, Julia Schneider

Administration:

Gabriele Jordan, Marina Lerf, Julia Schneider, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 631 80 91

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

Gedruckte Auflage: 50 Exemplare

© 2020 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Wenn Sie die vorliegende Ausgabe des 36. Jahrgangs der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) in gedruckter Form in der Hand halten, dann wird das die letzte Nummer sein, bei der dies noch der Fall sein wird. Sie ist deshalb ein Abschiedsgeschenk an unsere treuen Leserinnen und Leser der analogen Ausgabe.

Auch die BeHMi gehen mit der Zeit und werden ab dem kommenden Jahrgang nur mehr in digitaler Form erscheinen. Zusammen mit den retrodigitalisierten Ausgaben zurück bis zur ersten Nummer aus dem Jahr 1984, besteht so die Möglichkeit, einen Einblick in die Fülle der Forschungsergebnisse von Dissertationen und Masterarbeiten an unserem Institut zu gewinnen. Das kann für Personen aus dem universitären Umfeld ebenso interessant sein wie für die allgemeine Öffentlichkeit. Dank moderner Suchmaschinen lassen sich die Arbeiten an unserem Institut weltweit auffinden, so dass deren Ergebnisse immer wieder auf eine grosse Resonanz stossen. Das wird sich mit dem Übergang zu einer rein digitalen Publikation nicht ändern.

Das vorliegende Heft enthält die Zusammenfassungen der Dissertationen und Masterarbeiten, die am Historischen Institut der Universität im Jahr 2019 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Lektüre dieser Beiträge ermöglicht einen Einblick in die methodische und thematische Fülle der am Historischen Institut verfassten Forschungsarbeiten, in denen die Autorinnen und Autoren oft auch erstmalig entsprechendes Quellenmaterial aufgearbeitet haben. Die Arbeiten beschäftigen sich wieder mit einer grossen Vielfalt von Themenbereichen und decken wie in den vergangenen Jahren die regionale Bandbreite von der Lokalgeschichte über die Schweizerische und Europäische Geschichte bis hin zur Globalgeschichte ab.

Die meisten Arbeiten können in der Bibliothek eingesehen werden und sind in den Verbundkatalogen verzeichnet. Ältere Jahrgänge der BeHMi finden die geneigten Leserinnen und Leser auf unserer Homepage https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi/index_ger.html zum kostenlosen Download. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Kurztexpte. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun auf https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/berner_studien_zur_geschichte/index_ger.html und es werden immer mehr.

Auch mit Blick auf die Gestaltung und Administration der diesjährigen Berner Historischen Mitteilungen kam es im Verlauf des vergangenen Jahres zu Wechseln. Marina Lurf betreute noch die Arbeiten aus dem Frühjahrssemester 2019 und übergab dann ihre Arbeit an Julia Schnider. Diese führte die erfolgreiche Arbeit ihrer Vorgängerin konsequent und in überzeugender Weise weiter, wofür das vorliegende Heft der beste Beweis ist. Die Administration der Berner Historischen Mitteilungen übernahm in diesem Jahr neu Gabriele Jordan, ebenfalls neu übernahm Céline Rüttimann das Ko-Lektorat. Ohne diese vier wäre das vorliegende Heft nicht erschienen und dafür gebührt ihnen allen ein besonders grosser Dank.

Bern, im Juli 2020

Daniel Marc Segesser

Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

Dissertationen

SARAH BAUMGARTNER Das nützliche Wissen. Akteure, Tätigkeiten, Kommunikationspraxis und Themen der Naturforschenden Gesellschaft Zürich (1746–1833).....	7
DANIEL BURKHARD Besseren Nähr- und Siedlungsraum schaffen Die Schweizer Innenkolonisation im Kontext der Ernährungskrise 1917/18	9
DANIEL KNÜSEL Schultheiss, Rat und Amt Konflikt, Mobilität und Karrieren der politischen Führungsgruppe der Stadt Solothurn (1454–1536).....	10
SAMUEL WEBER Pining for Stability: The Borromeo Family and the Crisis of the Spanish Monarchy, 1610–1680.....	12
ANDREAS ZEMAN From Slave Trade to War and Tourism The Many Faces of a Small Village in Africa, c. 1880–2016.....	14
 <i>Masterarbeiten</i>	
STEVEN AEBISCHER Bakterien, Milch und Löcher Die Forschungstätigkeiten der <i>Schweizerischen Milchwirtschaftlichen und Bakteriologischen Anstalt</i> in Liebefeld-Bern im Bereich der <i>Emmentaler-Käserei</i> , 1901–1937.....	17
MARCEL ANDREAS BURMEISTER «Wehe allen Verteidigern einer neutralen Kirche!» Die Missionsgesellschaft Bethlehem im und in Konflikt um die Befreiungstheologie in Kolumbien (1968–1982).....	18
ANNINA CLAVADETSCHER Die <i>Arbeitsgruppe südliches Afrika</i> (1982–1992) Unabhängiger Informationsdienst oder Sprachrohr des Apartheidregimes in der Schweiz? ...	19
FADRI CRAMERI Deutung und Bewältigung von Schadenslawinen im Engadin zwischen 1566 und 1937 unter besonderer Berücksichtigung rätoromanischer Quellen Mit einer Lawinenchronik.....	20
LAURENCE CROTTAZ Les rois sacrés Le rôle présumé de l’association anticipée dans l’élaboration d’une stratégie de légitimation de la dynastie capétienne	22

FLAVIO FERNANDEZ Mythos und Mythomotorik in Videospiele Eine vergleichende Analyse der Mythen «Atlantis» und «Die Drei Königreiche» in den Medien Film und Videospiel.....	23
JANOSCH FISCHER Reisediplomatie: Bundesrat Aubert besucht Westafrika Kontroverse zur Schweizer Aussenpolitik.....	24
DARIO GIOVANNI GOMES CALIANDRO Videospiele zum Ersten Weltkrieg Entwicklungen einer narrativen und spielerischen Auseinandersetzung mit dem Grossen Krieg	25
SEBASTIAN GRAF Annahmen der Einheit und Trennung Repräsentationen der nationalen Identität in der post-Majdan Ukraine	26
MARKUS GRIMMER The Meteorological Diaries of Johann Rudolf von Salis-Marschlins, 1781–1800	27
JONAS GROSSENBACHER 0.67 Prozent Marktanteil: Die Brauerei Felsenau behauptet sich Untersuchung eines Berner Familienunternehmens	28
MARIO GABRIEL HENZ Körperpraktiken und Körperwahrnehmungen in den Selbstzeugnissen von Ursula Bruckner-Eglinger und Henriette Stettler-Herport Zwei Tagebücher pietistischer Frauen in körpergeschichtlicher Untersuchung	29
JONAS HIRSCHI Das politische Instrument der Diplomatie? Geschichte des diplomatischen Protokolls der Schweiz von 1946–1980	30
CHRISTIAN HUBER Zwischen uns keine Grenzen Formierung, Netzwerke und Aktionen der St. Galler Asylbewegung	31
NICOLA IMSENG STOP AIDS: Die Aids-Präventionskampagne des Schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit, 1987–2004	32
LUISA JAKOB Lateinamerikanische Delegierte an den Internationalen Arbeitskonferenzen 1960–1963 «This grotesque contrast between the nations which seek to [...] conquer Mars or the moon, and those who are determined to remain with their feet on the ground, to cut a way towards civilisation and progress for our forgotten peoples [...]».....	34
SUSANN JAKOB Feige Krämer, Friedliche Piraten, Reiche Judenfeinde Die ethnografische Darstellung der Nabatäer bei Strabon, Plinius und Flavius Josephus und ihre Rezeption in der Forschung.....	35

ASTRID KAUFMANN Fromme Forscher – Protestantische Reisende im Heiligen Land.....	36
PASCALE KÄLIN Wie aus Armen Unterdrückte wurden Die Positionierung des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor gegenüber den Befreiungstheologien in der Öffentlichkeits- und Projektförderungsarbeit im bolivianischen Hochland (1961 – 1989)	37
MUHAMMAD BENYAMIN KHAN Der Umgang der Behörden mit versteckten Kindern von ArbeitsmigrantInnen in Schweiz (1950er – 1970er Jahre).....	38
THOMAS MICHAEL KLAPER Silent Participants Intermediaries in Canadian Arctic Exploration.....	39
PHILIPPE ANDRÉ MEIER Wasserbau im 19. Jahrhundert am Beispiel des Reusstals im aargauischen Freiamt	40
EMMANUEL NEUHAUS «Aus den Reihen der fachlich und charakterlich besonders qualifizierten Ärzte» Die Suva-Ärzte als Spezialisten für Humanfluorose in der Schweiz im 20. Jahrhundert.....	42
JANNIK NEUMANN Die Verwissenschaftlichung der Schweizer Landwirtschaft im 19. Jahrhundert Eine themenorientierte Fallstudie der Geschichte der landwirtschaftlichen Abteilung des Eidgenössischen Polytechnikums in Zürich	43
JÜRGEN NOBS Die Nichtmehrerkennung einer Reichsregierung Das schweizerische Durchschlängeln zur neuen Weltordnung.....	44
NOËMI PARLEVLIT «Die Zeiten in Russland ändern sich gewaltig» Die Wahrnehmung des Fremden in den Selbstzeugnissen von Ernst Jucker.....	45
SARAH PROBST Ermächtigte Frauen – optimierter Betrieb? Die betriebliche Frauenförderung der Fachstelle für Frauenfragen der Zürcher Stadtverwaltung 1987 – 2000	47
YVONNE SCHÜPBACH Die Fremdplatzierung von «bedürftigen» Kindern Die Stadtberner Gotthelfstiftung in der mixed economy of welfare der Schweiz (1887 – 1918)	48
DON SEBASTIAN Staatsintervention und Exportförderung in Kriegszeiten Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Britisch-Indien während des Zweiten Weltkriegs.....	49

NATALIE SEILER	
Aufbruch, Aufstieg und Konsolidierung der Berner Weltraumforschung Wissenschaftspolitische Aushandlungsprozesse im Umfeld des Physikalischen Instituts der Universität Bern 1965–1975	51
NADJA SIGRIST	
Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki als akustisches Ereignis Eine klanggeschichtliche Analyse.....	52
ANNELIES UNGRICH	
Solar Wind Composition: Der Weg der Universität Bern zum Mond Eine analytische Untersuchung, wie das Sonnenwindsegel ein Teil des Apollo-Programms wurde.....	53
NADJA KATRIN VENUTO	
Die faschistische Okkupationspolitik in Äthiopien 1936–1941: ideeller Anspruch und koloniale Wirklichkeit	54
ISABELLE VIELI	
Swiss Volkskalender of the 18th and 19th Centuries – A New Source of Climate History?	56
MATHIAS WEISSEN	
Jugendhäuser in Zürich in den 1970er Jahren Eine emotionshistorische Betrachtung des Vereins Zürcher Jugendhaus, des Stadtrates von Zürich und der Zürcher Jugend.....	56
RAMON WIEDERKEHR	
«...in ein neues Leben»: Die Flüchtlinge in der Schweiz im Zeichen der Umsiedlungsprogramme der <i>International Refugee Organization</i> zwischen 1947 und 1952	58
ANDREAS WYDLER	
<i>Wie könnte ich euch vergessen, euch, die ihr mir alles seyd!</i> Die Entstehung eines neuen Typus von Freundschaft in der Sattelzeit und dessen Bedeutung für Franz Schubert	59
SAMUEL ZAHND	
Selbstüberwachende Gesellschaft Zur Theorie und Praxis einer Überwachungsgeschichte am Beispiel des Nationalsozialismus.....	60
LUDOVICO ZAPPA	
Mit dem Gewehr in der Schule Geschichte der Erziehung und des militärischen Vorunterrichts der Tessiner Kadetten zwischen 1851 und 1879.....	61
ANINA ZULAUF	
Argumentationsstrategien der Pflanzenschutzmittelindustrie in Zeiten des wachsenden Umweltbewusstseins Die Kommunikation der Dr. R. Maag AG und der Geigy AG, 1950er bis 1980er Jahre	62

Sarah Baumgartner

Das nützliche Wissen. Akteure, Tätigkeiten, Kommunikationspraxis und Themen der Naturforschenden Gesellschaft Zürich (1746–1833)

Dissertation bei SNF-Prof. Dr. Simona Boscani Leoni

Die sogenannten «Sozietäten», wie diese gesellschaftlichen Vereinigungen in der historischen Forschung heute üblicherweise bezeichnet werden, gelten als ein herausragendes Charakteristikum des 18. Jahrhunderts. Eine der bedeutendsten Sozietäten der damaligen Eidgenossenschaft war die 1746 gegründete Naturforschende Gesellschaft Zürich. Sie ist Gegenstand dieser Dissertation, die im Rahmen des SNF-Projekts «Kulturen der Naturforschung» erarbeitet wurde.

In der näheren Vergangenheit hatte vor allem die Tätigkeit ihrer einflussreichen, 1759 eingerichteten «Ökonomischen Kommission» – sie kümmerte sich während einiger Jahrzehnte eifrig um die Planung und Umsetzung von Agrarreformen – die Aufmerksamkeit der HistorikerInnen gefunden. Hier sollte dagegen wieder die gesamte Gesellschaft betrachtet werden. Der zeitliche Rahmen wurde einerseits durch das Jahr der Gesellschaftsgründung und andererseits durch die Eröffnung der Universität im Jahre 1833 abgesteckt; diese Hochschule löste die Gesellschaft als Zürichs zentralen Ort «naturwissenschaftlicher» Aktivitäten ab.

Das grundlegende Erkenntnisinteresse der Untersuchung bestand darin, zu rekonstruieren, wie die Gesellschaft dazu beitrug, neue naturkundliche Wissensbestände in der Limmatstadt breiteren Kreisen von Interessierten leichter – oder überhaupt erst – zugänglich zu machen.

Im Anschluss an Postulate der neueren Wissenschaftsgeschichte erstreckt sich der Fokus dieser Arbeit über die ideengeschichtliche Ebene hinaus, um auch die Praxis der Wissensarbeit in den Blick zu nehmen. Für die Naturforschende Gesellschaft, in deren Kontext wenig eigene Forschung betrieben wurde, ging es dabei in erster Linie um Kommunikationspraktiken. Der Einbezug von institutionellen und materiellen Rahmenbe-

dingungen, wie Medien und Netzwerke, durch die wissenschaftlicher Austausch erst möglich wurde, ist hierbei ein wichtiger Aspekt. Primäre Quellenbasis ist das umfangreiche Gesellschaftsarchiv und zudem wurden punktuell weitere Unterlagen konsultiert, insbesondere die Briefkorrespondenz von Mitgliedern.

Die in drei Hauptkapitel gegliederte Arbeit nähert sich ihrem Untersuchungsgegenstand aus drei inhaltlich und methodisch unterschiedlich orientierten Perspektiven, wobei jeweils die Akteure, die Gesellschaft selbst und schliesslich die Bearbeitung bestimmter Themen im Zentrum stehen.

Im ersten Kapitel wird, gestützt auf einen propographischen Ansatz, danach gefragt, wie sich bei den Personen, die im Kontext der Sozietät als Handelnde auftraten, biographische Faktoren – etwa Ausbildung und Beruf – auf die (Wissens-) Ressourcen auswirkten, die sie jeweils in das Forum der Sozietät einbringen konnten. Gemeint sind damit nicht nur die Mitglieder, sondern ebenso Besucher sowie insbesondere auch die von der Ökonomischen Kommission einbezogenen Landpfarrer und Bauern.

Da in der Frühen Neuzeit keine andere Ausbildung ein ähnliches Ausmass an naturkundlichem Wissen vermittelte wie das Medizinstudium, verwundert es nicht, dass die Mediziner unter den Aktivmitgliedern mit einem Anteil von einem Drittel die grösste Berufsgruppe ausmachten; neben den akademischen Ärzten finden sich auch wenige Handwerkschirurgen. Nicht nur Gebildete, sondern auch «Praktiker» wirkten in der Sozietät mit; unter den Aktivmitgliedern figurieren auch einige Handwerker und Ingenieure, wobei sich bei Letzteren die beginnende Professionalisierung erkennen lässt. In Bezug auf die Anzahl der Referate waren aber dennoch die wenigen «Professoren» am bedeutendsten, also die Lehrer naturkund-

lich-mathematischer Fächer an der städtischen Hohen Schule, dem «Carolinum», oder den im 18. Jahrhundert neu gegründeten spezialisierten Bildungseinrichtungen. Dabei trat insbesondere der Gründungspräsident Johannes Gessner hervor. Für die Hälfte der sich aktiv beteiligenden Mitglieder war die Naturkunde eine Beschäftigung für die Mussestunden – was aber nicht hiess, dass nicht auch aus dieser Gruppe bemerkenswerte Beiträge überliefert wären.

Ab den 1760er Jahren nahm die Gesellschaft auch korrespondierende Mitglieder auf. Dass viele von ihnen langjährige Briefwechsel mit Zürcher Mitgliedern unterhielten, zeigt, dass die Sozietät auf der überlokalen Ebene nicht eigentlich als «Kontaktgenerator» fungierte, sondern sich in bestehende «private» Netzwerke einschaltete.

Der zweite Hauptteil ist der Gesellschaft als Institution gewidmet. Die von ihr etablierten Einrichtungen, also die regelmässigen Sitzungen, die Bibliothek und die Sammlungen, der Briefwechsel ihrer Sekretariate, ihr Periodikum, die – allerdings nur in drei Jahrgängen erschienenen – «Abhandlungen» sowie die von der ökonomischen Kommission zur Kontaktaufnahme mit der Landbevölkerung veranstalteten «Preisfragen» und «Bauerngespräche» wurden daraufhin untersucht, inwieweit sie von den Akteuren als Ort der Wissensvermittlung und -generierung genutzt werden konnten.

Die wöchentlichen Versammlungen, die über die ganze untersuchte Zeit hinweg mit bemerkenswert wenigen Ausfällen stattfanden, waren ein Forum, in welchem die Mitglieder ihren naturkundlichen Interessen grössere Sichtbarkeit verschaffen konnten. Es finden sich zahlreiche explizit didaktisch aufbereitete Beiträge und Wissensvermittlung scheint insgesamt wichtiger gewesen zu sein, als Diskussion und Klärung. So ist denn auch in den Sitzungsprotokollen von den bekannten Kontroversen unter Mitgliedern fast nichts zu vernehmen.

Der Aufbau einer Büchersammlung, wofür ein grosser Teil der sozietären Geldmittel – diese ergaben sich aus den Mitgliederbeiträgen und den Zinsen eines Kapitals – aufgewendet wurde, geschah sehr zielgerichtet. Mit den Jahren entstand so eine spezialisierte Fachbibliothek, mit der den Mitgliedern primär kostspielige Publikationen wie lange

Zeitschriftenreihen und umfangreiche Tafelwerke verfügbar gemacht wurden.

Im umfangreichsten dritten Hauptteil wird, teils unter Rückgriff auf Ergebnisse der beiden vorangegangenen Abschnitte, versucht, die Wissensarbeit der Gesellschaft anhand von Fallbeispielen konkret nachzuvollziehen. Gewählt wurden zu diesem Zweck die Themen Chemie – hier interessierte neben der Reaktion auf die in den Untersuchungszeitraum fallende «chemischen Revolution» unter anderem auch, inwieweit gewerbliche Anwendungen dieser Wissenschaft im Kontext der Gesellschaft relevant waren –, die Meteorologie – die wie kaum ein anderes Wissensfeld so unterschiedliche Aspekte wie theoretische Erörterungen mit teils in die Antike zurückreichender Tradition, die neuere epistemische Praxis des Beobachtens und nicht zuletzt eine eminente praktische Relevanz für Medizin und Landwirtschaft in sich vereinigte –, die Elektrizität – wo untersucht werden sollte, wie die Sozietät diese grosse Innovation rezipierte – und zudem, als Problem aus dem angewandten agronomischen Bereich, die von der Ökonomischen Kommission untersuchte Frage der Getreidekonservierung durch das Dörren.

In den im Rahmen der sozietären Aktivitäten behandelten Gegenständen lassen sich die Themenkonjunkturen der zeitgenössischen Wissenschaftspublizistik gut identifizieren, wenn auch vielfach gebrochen durch Faktoren wie individuelle Interessen von Mitgliedern, der variierenden Aktivität der Gesellschaft oder dem teils schwierigen Zugang zu aktuellen Publikationen. Dies erstaunt nicht, denn schliesslich bezogen die Referenten ihre Inhalte primär aus der Literatur, und zwar insbesondere aus den aufkommenden Rezensionenzeitschriften und Fachperiodika.

Es zeigen sich darüber hinaus zahlreiche für die «Naturwissenschaft» der «Sattelzeit» charakteristische Erscheinungen – die Expansion des Wissens ebenso wie erste Ansätze disziplinärer Ausdifferenzierung, die Verbreiterung der involvierten Personengruppen ebenso wie die beginnende Professionalisierung und auch das aus heutiger Sicht nicht selten eigenartig wirkende Nebeneinander von traditionellen und in die Zukunft weisenden Deutungen von Naturphänomenen.

Eine gedruckte Publikation der Arbeit ist geplant.



Besseren Nähr- und Siedlungsraum schaffen

Die Schweizer Innenkolonisation im Kontext der Ernährungskrise 1917/18

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Peter Moser

In der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges sah sich die Schweizer Bevölkerung mit einer Ernährungskrise konfrontiert. Besonders in den stark gewachsenen Städten wurden Nahrungsmittel knapp und waren für die Lohnempfänger teuer zu erstehen. Die Situation führte zu sozialpolitischen Verwerfungen und brachte das Land an den Rand eines gesellschaftlichen Kollapses.

Es war das Ziel der Dissertation, die Ursprünge dieser Ernährungskrise darzustellen und dabei die im Moment der Krise angedachten Überwindungs- und Lösungsstrategien zu identifizieren und vorzustellen. In einem ersten Teil, welcher die soziale Frage und die Agrarfrage vor 1914 in den Blick nimmt, wird herausgearbeitet, wie die Industrialisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts in den verdichteten Schweizer Städten zivilisationskritische Haltungen hervorgebracht hatten, die in dem Bedürfnis nach einer Harmonisierung von Stadt und Land resultierten. Dabei erfreute sich auch in der Schweiz das englische Konzept der Gartenstadt grosser Beliebtheit. Die Landwirtschaft ihrerseits verlor Arbeitskräfte an die Städte, wurde im Zuge der Industrialisierung modernisiert und rationalisiert und an einer globalen, arbeitsteiligen Marktlogik ausgerichtet. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln fusste um 1900 auf einem funktionierenden globalen Handelssystem.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die kriegswirtschaftlichen Anpassungen im Hinblick auf die Ernährungsversorgung thematisiert. Während in den Jahren 1914–1916 ein komplexes Kompensationssystem mit den kriegführenden Mächten ausgehandelt werden konnte, was die Aufrechterhaltung des Handels auch in Kriegszeiten ermöglicht hatte, bekam diese Versorgungsstrategie in den Jahren 1916–1918 aufgrund einer Verschärfung des Wirtschaftskrieges und witterungsbedingten Missernten immer tiefere Risse. In den Jahren 1917 und 1918 sah sich die Schweizer Bevölkerung schliesslich einem Mangel an Lebensmitteln gegenüber. Die Behörden waren überrascht ob dieser Entwicklung und wurden von der krisenhaften

Zuspitzung zu einem ad-hoc Handeln gezwungen. Ab 1917 rückte die Ausweitung der Inlandsversorgung in den Fokus der Versorgungspolitik. Die Nahrungsmittelknappheit führte zudem zu einer starken Zunahme an sozialpolitischen Spannungen. In den letzten beiden Kriegsjahren wurde deutlich, dass die volkswirtschaftliche Stabilität der Schweiz aus den Fugen geraten war und es setzte eine Suche nach einer entsprechenden Korrektur ein.

Während der Ausbau des inländischen Nahrungsmittelanbaus als Sofortmassnahme propagiert wurde, erdachten einzelne Akteure längerfristige Massnahmen, um die Bedürfnisse einer Industriegesellschaft mit den Produktionsmöglichkeiten der Landwirtschaft besser koordinieren zu können. Von dieser Suche nach einer neuen Ordnung ist im dritten Teil der Arbeit die Rede. Geoarchitekten, Industrielle, Agronomen, Konsumentenvertreter, Bäuerinnen und linke Siedlungsenthusiasten entwarfen Ansätze zur Neuordnung der Beziehung von Industrie und Landwirtschaft, von Stadt und Land, von Konsumenten und Produzenten. In einer Verschmelzung von sozialer Frage und Agrarfrage wurden vielerlei komplementäre Ansätze zur nachhaltigen Ausgestaltung der Ernährungsfrage in einer Industriegesellschaft vorgeschlagen.

Am umfassendsten war schliesslich das Projekt der Innenkolonisation, das von der Schweizerischen Vereinigung für Industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation (SVIL) angedacht worden war und durch eine Verschränkung der Siedlungsplanung und des Meliorationswesens eine frühe Form der Raumplanung zu realisieren beabsichtigte.

Um das zentrale Konzept der Innenkolonisation besser in seinem internationalen und zeitgeistlichen Kontext verorten zu können, werden in einem vierten Kontextteil verwandte Projekte aus den Niederlanden, Italien und dem Deutschen Reich, insbesondere aus Preussen, vorgestellt. Es wird dabei ersichtlich, dass das Phänomen der Innenkolonisation in der Zeit zwischen 1880 und 1930 unterschiedlichste Erscheinungsformen an-

nahm. Die Schweizer Innenkolonisation kann dabei als weiteres Fallbeispiel eines internationalen Phänomens zur Ausgestaltung der Beziehung von Industrie und Landwirtschaft in modernen Gesellschaften erachtet werden.

Entsprechend wird im fünften und letzten Teil die Innenkolonisation in der Schweiz unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg im Kontext der Ernährungskrise besprochen und dabei auch die langfristigen Lösungsansätze der SVIL zur besseren Schaffung von Nähr- und Siedlungsraum thematisiert. Dabei werden die zentralen Topoi der Innenkolonisation nach deren Fürsprecher Hans Bernhard sowie deren versuchte Institutionalisierung diskutiert und schliesslich im Hinblick auf ihre langfristige Wirksamkeit im Rahmen der schweizerischen Agrar- und Versorgungspolitik verortet.

Der Arbeit liegen primär ein breites Korpus an qualitativen Quellen (Jahresberichte, Protokolle,

Propagandaschriften, Zeitungsartikel) sowie eine für die Erschliessung der jeweiligen Kontexte unerlässliche breite Auswahl an Sekundärliteratur zugrunde. Es bestand für die Arbeit die Gefahr, durch die thematische Breite inhaltlich zu breit zu mäandrieren. Dieser Gefahr wurde durch die theoretische Ausrichtung am Konzept des *social engineering* nach Thomas Etzemüller entgegenzuwirken versucht. Die theoretischen Grundlagen Etzemüllers wurden als Leitfaden zur Analyse der einzelnen Zwischenschritte genutzt, um der Arbeit die nötige Stringenz zu verliehen. So kann das Konzept der Innenkolonisation als Fallbeispiel in einem internationalen Kontext in der Zeit einer krisenhaften Moderne verortet werden, gleichzeitig aber finden auch die offenen und dennoch interventionistischen Lösungsansätze zur Krisenüberwindung Eingang in die Analyse.



Daniel Knüsel

Schultheiss, Rat und Amt

Konflikt, Mobilität und Karrieren der politischen Führungsgruppe
der Stadt Solothurn (1454–1536)

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Hesse

Solothurn ist eines der ältesten städtischen Zentren in der heutigen Schweiz. Während die spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen politischen Führungsgruppen anderer eidgenössischer Städte von der Städteforschung eingehend untersucht wurden, blieben Studien zu den politischen Akteuren dieser Führungsgruppe zu Solothurn bislang aus. In der vorliegenden Dissertationsschrift wird in einer politisch-prosopografischen Studie die politische Führungsgruppe der Stadt Solothurn im Zeitraum zwischen 1454 und 1536 untersucht. Als Führungsgruppe wird dabei jener Personenkreis verstanden, der formelle Positionen und Ämter besetzte und dadurch einen entscheidenden Einfluss auf die Geschehnisse der Stadt geltend machen konnte. Die Arbeit greift dabei auf den reichhaltigen Quellenkorpus aus dem Staatsarchiv Solothurn zurück, der in diesem Umfang erstmals systematisch untersucht wurde. Besonders zu erwähnen sind die seit der Mitte des 15.

Jahrhunderts fast lückenlos überlieferten Ratsprotokolle, Missiven sowie die verschiedenen Rechnungs- und Zinsbücher der Stadt, die einen tiefen und aufschlussreichen Einblick in das Leben und Handeln der politischen Führungsgruppe der Stadt erlauben.

Im ersten Hauptteil wird die innere Organisation der Stadt Solothurn untersucht, wobei Fragen nach der Entstehung, Veränderung, Ausgestaltung sowie der Wahlmodi und Besetzung der einzelnen Ämter im Zentrum stehen. Gelenkt und geleitet wurde die Stadt vom Kleinen Rat, der erstmals 1252 urkundlich erwähnt wurde. Dieser setzte sich im Untersuchungszeitraum aus dem Schultheissen, elf Alträten und 22 Jungräten zusammen. Ihm zur Seite stand der aus 66 Mitgliedern bestehende Grosse Rat. Die stark kooptativ geprägten Wahlen fanden einmal jährlich öffentlich, das heisst unter Einbezug aller mit dem Bürgerrecht ausgestatteten Männer Solothurns, statt.

Für den gewählten Untersuchungszeitraum von 1454 bis 1536 konnten insgesamt 227 Solothurner Bürger aus ungefähr 154 verschiedenen Familien namentlich ausfindig gemacht werden, die mindestens ein Jahr im Kleinen Rat vertreten waren. Die Fluktuation der Mitglieder im Kleinen Rat war aufgrund der fehlenden Abkömmlichkeit, der Übernahme von Vogteien und sich verändernden politischen Konstellationen relativ gross. Der Eintritt in den Kleinen Rat eröffnete dem Gewählten die Möglichkeit einzelne Ämter, welche zum Teil mit einem hohen Sozialprestige verbunden waren, zu übernehmen. Wie die Wahlordnungen deutlich machen, galt es, an den jährlichen Wahlen eine Vielzahl von Ämtern mit den unterschiedlichsten Funktionen und Machtbefugnissen zu besetzen. Insgesamt kann gezeigt werden, dass in Solothurn ein relativ grosser Familienkreis regimentsfähig war und dass sich zumindest bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts noch kaum Abschlusstendenzen festmachen lassen – und zwar sowohl für die politischen Gremien als auch für die städtische Gesellschaft per se.

Im zweiten Teil werden Zugehörigkeitsmerkmale, die im Zusammenhang mit möglichen Aufstiegszielen und -wegen stehen, kategorisiert und anschliessend empirisch auf die politische Führungsgruppe Solothurns angewandt. Der Aufstieg und die Zugehörigkeit zur Führungsgruppe der Stadt spiegelt sich in der Übernahme von wichtigen politischen Stadtämtern und Gesandtschaften, des Weiteren in familiärem Besitz sowie der Fähigkeit, Heiratsallianzen zu knüpfen. Das Vermögen galt dabei als Grundvoraussetzung für die Teilhabe an der politischen Macht. Das dafür nötige ökonomische Kapital generierte die Führungsgruppe Solothurns aus dem familiären Güterbesitz, durch den lokalen und regionalen Handel mit Gütern wie Salz, Wein oder Käse und ab den 1470er Jahren zunehmend durch das äusserst lukrative Pensionswesen.

Die Untersuchung kann zeigen, dass in Solothurn gegen Ende des 15. Jahrhunderts Tendenzen einer sich konstituierenden idealtypischen Ämterlaufbahn erkennbar sind. Vor der Wahl in ein Spitzenamt, wie beispielsweise jener des Seckelmeisters, Venners oder Schultheissens, mussten spätestens ab den 1470er Jahren ausnahmslos alle potenziellen Kandidaten Erfahrungen in weniger prestigeträchtigen Ämtern gesammelt haben. Dies galt gleichermassen für Kleinratsmitglieder zuge-

zogener Familien wie auch für Männer aus alteingesessenen Familien. Ergänzend zur Übernahme von Ämtern waren Heiratsverbindungen ein zentrales Aufstiegsmittel. Darüber hinaus wirkte das Konnubium in Bezug auf die Etablierung in der Führungsgruppe verstärkend. Eheliche Verbindungen sind jedoch nicht nur innerhalb der Stadtmauern geschlossen worden. Am Beispiel der beiden Solothurner Familien Ochsenbein und Conrat wird veranschaulicht, wie die in der Führungsgruppe etablierten Familien ihre Beziehungsnetze erweiterten und Verbindungen mit Familien führender Geschlechter anderer Städte, wie beispielsweise Basel, Bern, Biel oder Luzern, eingingen. Insgesamt, so die Erkenntnis, zeichnet sich Solothurn im Untersuchungszeitraum durch seine offene Führungsgruppe aus, der Aufstieg war auch zu Beginn des 16. Jahrhunderts noch immer möglich.

Die deutsche Stadtgeschichtsforschung hat den konkurrierenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen innerhalb der städtischen Führungsgruppen bis heute wenig Beachtung geschenkt. So werden im letzten Teil der Untersuchung zwei detaillierte Studien zu ratsinternen Konflikten präsentiert, anhand derer die jeweiligen Akteure, ihre Interessen und Handlungsweisen analysiert werden. In der ersten Fallstudie geht es um eine mögliche Heirat mit Küngold von Spiegelberg, Alleinerbin des verstorbenen Solothurner Schultheissen Henmann von Spiegelberg. Im Zentrum stehen dabei die beiden Solothurner Altschultheissen Niklaus von Wengi und Hartmann vom Stein. In diesen Konflikt waren mit zunehmender Dauer, neben dem Kleinen Rat von Solothurn, viele weitere Akteure, wie etwa die Bürgermeister, Schultheissen und Räte der Städte Basel, Bern und Zürich sowie der Bischof von Basel, der Probst von Zürich, die eidgenössische Tagsatzung, ja sogar der Papst, involviert.

Der «Fall Spiegelberg» zeigt deutlich, dass Politik immer als Handlung einzelner Individuen verstanden werden muss. Dabei war das mitgebrachte ökonomische, soziale und kulturelle Kapital von entscheidender Bedeutung für das Verfolgen und Erreichen der eigenen Interessen. Ein gewisser Reichtum bildete dabei die Grundvoraussetzung für die politische Partizipation, wie sich am Beispiel Niklaus von Wengis und Hartmann vom Stein manifestierte. Als eminent für das Verfolgen der eigenen Ziele erwiesen sich die persönlichen Beziehungsnetze inner- und ausser-

halb der Stadtmauern, wodurch sich den Hauptprotagonisten unterschiedliche Handlungsspielräume eröffneten. Der Streit um die Braut ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil er sich auf unterschiedlichen Konfliktebenen abgespielt hat: erstens als Streit um die Braut, dann – zweitens – aber auch als persönlicher Konflikt zwischen Niklaus von Wengi und Hartmann vom Stein. Drittens schliesslich zeigt sich die Auseinandersetzung als Interessenskonflikt zwischen den Städten Bern und Solothurn. Die verschiedenen Konfliktebenen bedurften dabei verschiedener Lösungsstrategien, wobei der Streit um die Braut mit einem formaljuristischen Entscheid durch ein geistliches Gericht beendet wurde.

Abschliessend steht in der Studie nochmals die politische Führungsgruppe als Ganzes im Fokus. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich die Mitglieder des Kleinen Rates während der Reformationsunruhen (1522–1534) verhalten haben und welche Auswirkungen das Scheitern der Reformation auf die Ratszusammensetzung und die Sozialstruktur der politischen Führungsgruppe in Solothurn hatte. Spätestens ab 1522 wurden reformatorische Gedanken auch in Solothurn diskutiert. Die Zahl der Neugläubigen in der Stadt sowie im Kleinen und Grossen Rat nahm vor allem ab 1525 stetig zu und erreichte wohl um 1530 ihren Höhepunkt. Der Kleine Rat versuchte die Ordnung und den Frieden in der Stadt zu wahren, indem er den Forderungen der Neugläubigen in weiten Teilen nachkam, ohne aber einen konfessionellen Wechsel in der Stadt anzustreben. So garantierte der Kleine Rat die Glaubensfreiheit und erlaubte den

Neugläubigen die Einsetzung eines Prädikanten in der Stadt. Diese um einen Ausgleich bemühte Vorgehensweise wurde vom Rat bis 1533 konsequent verfolgt. Zum Ausschluss der Neugläubigen aus ihren Ämtern kam es erst infolge des Aufstandes im Herbst 1533. Aber trotz allem durften die meisten Neugläubigen in Solothurn wohnhaft bleiben, sofern sie die von der Stadt veranschlagten Bussen bezahlten. An den Wahlen vom Juni 1534 mussten schliesslich die grossen Lücken, die der Ämterausschluss mit sich brachte, wieder geschlossen werden. Dies eröffnete neuen Familien die Chance, sich in der städtischen Führungsgruppe zu etablieren.

Die Untersuchung versteht sich als Beitrag zur Schliessung der Forschungslücke im Hinblick auf den Vergleich politischer Führungsgruppen im Raum der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft. Die Studie eröffnet einen detaillierten Blick auf die innere Organisationsstruktur der Stadt Solothurn gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Erstmals wurden die verschiedenen städtischen Ämter und ihre personelle Besetzung systematisch untersucht. Des Weiteren konnten neue Erkenntnisse in Bezug auf die soziale Mobilität und der Konfliktlösungskultur einer Stadtgesellschaft gewonnen werden. Die vorliegende Arbeit bietet damit eine ideale Ausgangslage für weiterführende Forschungen, gerade in den Bereichen der prosopographischen Studien, der innerstädtischen und überregionalen Netzwerkanalysen, der Administrationskultur sowie der herrschaftlichen Verwaltung der solothurnischen Landschaft.



Samuel Weber

Pining for Stability:

The Borromeo Family and the Crisis of the Spanish Monarchy, 1610–1680

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Windler und Dr. Toby Osborne (Durham)

Von einem starken Herrscher gezähmt, ja regelrecht gezüchtigt worden soll er sein, der mittelalterliche Feudaladel, der in der Frühen Neuzeit auf diese Weise seine Macht eingebüsst habe. So sahen es bereits betroffene Zeitgenossen und so vermittelte es zuletzt breitenwirksam die Fernseh-

serie *Versailles*, deren Hauptnarrativ sich um die Unterjochung des aufrührerischen zweiten Standes durch den Sonnenkönig Ludwig XIV. dreht. Die Frühneuzeitforschung hat von dieser absolutistischen Meistererzählung indes längst Abschied genommen und betont, dass die Unterwerfung des

Adels ein weitgehend freiwilliger Akt einer sozialen Gruppe war, welche die Vorteile, die sich aus einer Integration in die Netzwerke eines starken Monarchen ergaben, geschickt zur Konsolidierung der eigenen Vorrangstellung zu nutzen wusste. So richtig und wichtig dieses Korrektiv ist, wirft die Überbetonung der Anreize in der jüngsten Forschung jedoch die Frage nach den systemimmanenten Zwängen auf, die den Adel zur Mitwirkung bei der Erschaffung einer dem Anspruch nach absoluten Monarchie animiert haben dürften.

Nicht Anreize, sondern Nötigung rücken zumindest bei einer *Longue-durée*-Betrachtung einer der führenden Familien im Herzogtum Mailand und der Ausgestaltung deren Bindung zur spanischen Krone in den Vordergrund. Die Borromeo, um die es in der Dissertation geht, sind für diese These zwar scheinbar unwahrscheinliche Kronzeugen. Immerhin gelten sie im kollektiven Bewusstsein bis heute als kirchliche Dynastie, die ihre herausgehobene Stellung in der Gegenreformation geschickt gegen die spanische Vorherrschaft einsetzte und deshalb von der nationalistischen Geschichtsschreibung zum mustergültigen Prototyp einer national gesinnten Elite wider die spanische Fremdherrschaft auf der italienischen Halbinsel hochstilisiert wurde. Doch die überaus reiche Korrespondenz im Familienarchiv auf der Isola Bella bei Stresa, die für dieses Projekt erstmals systematisch ausgewertet wurde, widerspricht diesem Bild, zeugt sie doch vielmehr von einer im Verlauf des 17. Jahrhunderts zunehmenden Integration des Familienverbandes in die Klientelnetzwerke der spanischen Habsburger. Von Freiwilligkeit ist bei alledem wenig zu spüren. Überwogen bei der Madrid-Orientierung der Borromeo zu Beginn die Vorteile, die sich die Familie für die eigene Herrschaftskonsolidierung in der spanischen Lombardei versprach, wurde die Annäherung zunehmend zur Notwendigkeit eines Adelsverbandes, der auf diesem Weg ein aus den Fugen geratenes Herrschafts- und Verteilungssystem zu stabilisieren hoffte.

Als Wendepunkt fungierte dabei die angestaute Frustration über die massive Umverteilung von kollektiven Ressourcen unter den Günstlingsministern Philipps III. und Philipps IV., Lerma und Olivares, die sich ab 1640 in mehreren Teilgebieten des spanischen Weltreiches in Revolten entlud. Im Unterschied zu den anderen italienischen Besitzungen der Habsburger blieb dem Herzogtum

Mailand ein Aufstand erspart, doch führte auch hier, wie diese Dissertation erstmals nachweist, die enthemmte Beteiligung adliger Familienverbände am Patronagemarkt der *validos* zu Widerstand von Dorfgemeinschaften, die sich nicht länger im Stande sahen, die wirtschaftlichen und menschlichen Kosten des dynastisch motivierten Krieges gegen die französische Krone zu tragen. Für die Borromeo, die als Militärunternehmer mit zum Reigen der Kriegsgewinnler gehörten, beendeten die Proteste von unten den geplanten Aufstieg innerhalb der Ranghierarchien eines panspanischen Adels, den sie mit militärischen Erfolgen zu sichern versucht hatten. Der Hinweis der aufständischen Untertanen, dass ein solches dynastisches Projekt angesichts der angerichteten Kriegszerstörung keineswegs mit der Sicherung des Gemeinwohls, das die Borromeo stets als Legitimationsressource im Munde geführt hatten, vereinbar war, drohte in den 1650er Jahren den Aufstiegsbemühungen der Borromeo ein vorzeitiges Ende zu setzen, zumal nun Konkurrenten innerhalb des Adels sich selbst die Argumente der Ausgeschlossenen zu eigen machten und die Emporkömmlinge aus der Lombardei des Eigennutzes bezichtigten.

Aus ihrer misslichen Lage befreiten sich die Borromeo mit einer Umwertung ihres Verhältnisses zur spanischen Krone, das sie aus der Engführung auf Claninteressen auf Kosten der eigenen Untertanen lösten. Bei der Neuerfindung des Adelsverbandes spielte der Familienkardinal Federico IV. eine entscheidende Rolle. Dort, wo die militärischen Ambitionen seines älteren Bruders die herrschaftslegitimierende Gemeinwohrrhetorik unterminierten, konnte er sich als desinteressierter Fürstendiener gerieren, der sich als diplomatischer Vertreter des Papsttums dem Dienst an der Allgemeinheit verschrieben hatte. Bereits in seiner Rolle als päpstlicher Gesandter in der Eidgenossenschaft und den Drei Bünden, wo er sich konsequent als Vertreter habsburgischer Interessen präsentierte, vor allem aber als Nuntius am Madrider Hof, verschrieb er sich in den 1660er Jahren der Stärkung der spanischen Krone. Hatten frühere Kirchenvertreter aus dem Hause Borromeo die Konfrontation mit den Repräsentanten der Krone teilweise aktiv gesucht, forcierte Federico konsequent die Zusammenarbeit zwischen Krone und Kirche zwecks Stärkung von Recht und Ordnung, die aus seiner Sicht in den Wirren der Jahrhundertmitte abhandengekommen waren. Durch

die Einrichtung von parallelen Korrespondenzkanälen, die es erlaubten, die *good governance*-Fassade und das Bild einer auf das Gemeinwohl bedachten Monarchie aufrechtzuerhalten, relegierte er die Interessen des eigenen Familienverbandes und Standes in den Hintergrund. Auf diese Weise leistete er einen Beitrag zur Entstehung eines barocken Staates, dessen Hauptziel die «Verkenning» (Pierre Bourdieu) adligen Eigennutzes mittels symbolischer Übermächtigung im Zeichen der guten Regierung war.

Die Wandlung der Borromeo von eigennützigem Militärunternehmern zu desinteressierten Fürstendienern nuanciert das gängige Narrativ von der «Verhöflichung» (Norbert Elias) des Schwertadels und der Entstehung des vorgeblich absoluten Staates. Die barocken Monarchien, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstanden, waren demnach eine gemeinsame Leistung des zweiten Standes und des Monarchen, die im

Nachgang der Verwerfungen um die Jahrhundertmitte mittels symbolischer Gewalt einer auf Privilegien basierten Ordnung neue Legitimation verschafften. Ihr Ursprung ist deshalb weder, wie Elias vermutete, in grossen Strategien weitsichtiger Könige, noch, wie die jüngere Forschung betont hat, in den freiwilligen Anpassungsleistungen des Adels zu suchen, sondern vielmehr in Umständen, die sich weitgehend der Kontrolle der Privilegierten entzogen. Die Anreize, die anfangs für den Schulterchluss zwischen Adel und Monarch bestanden haben mögen, hatten sich ab Mitte des 17. Jahrhunderts in Zwänge verwandelt. Angesichts der Infragestellung des Herrschafts- und Verteilungssystems der Favoriten von unten war die Schaffung scheinbar durchsetzungsfähiger, dem Gemeinwohl dienender, monarchischer Institutionen zur notwendigen Bedingung für den Erhalt einer dynastisch und hierarchisch strukturierten Gesellschaft geworden.



Andreas Zeman

From Slave Trade to War and Tourism

The Many Faces of a Small Village in Africa, c. 1880–2016

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Studie untersucht die Geschichte des (mosambikanischen) Dorfes Nkholongue am Ostufer des Malawisees seit der Zeit seiner Entstehung im 19. Jh. bis zum heutigen Tag. Ausgehend von der vermeintlichen Abgeschiedenheit des Ortes, versucht die Arbeit anhand einer Mikrostudie einerseits das immer noch verbreitete Bild des zeit- und geschichtslosen «afrikanischen Dorfes» zu hinterfragen und andererseits Aufschlüsse zur regionalen Sozialgeschichte zu bieten. Sie orientiert sich dabei an der mikrohistorischen Annahme, dass «Phänomene, die zuvor als ausreichend beschrieben und verstanden galten, komplett neue Bedeutungen erhalten, wenn man den Betrachtungsmassstab verändert.» (Giovanni Levi)

Anders als viele andere mikrohistorische Studien legt die Arbeit dabei grossen Wert darauf, die Geschichte des Ortes in Verbindung zu überregionalen, transnationalen und auch globalen Prozessen zu bringen und gleichzeitig die Erkenntnisse

der Studie über die regionale Historiographie hinaus zu reflektieren. Hervorzuheben gilt es ebenso die Vielfalt der erforschten Themen, die vom Sklavenhandel über Islamisierung, Subsistenzproduktion und Guerillakrieg bis hin zur Matrilinearität reichen.

Zum methodischen Programm der Studie gehört ebenso die Vielfalt der zusammengetragenen Quellen. Die Wahl Nkholongues als Forschungsort ergab sich denn auch nicht auf Grund eines aussergewöhnlichen Quellenkorpus wie im Falle vieler anderer Mikrostudien. Vielmehr könnte das Dorf in dieser Hinsicht irgendein Ort der Region gewesen sein. Erst die breite und explorative Suche ermöglichte es, eine relativ dichte Quellengrundlage zu schaffen. Diese besteht heute aus über 160 gemachten Interviews, drei statistischen Erhebungen zu wirtschaftlichen und familiären Verhältnissen und diversen schriftlichen Quellenbeständen,

darunter unveröffentlichte Dokumente aus über 20 Archiven in sechs Ländern.

Die Arbeit ist in insgesamt 12 Kapitel gegliedert. Abgesehen von der Einleitung und dem Schlusswort analysieren alle Kapitel jeweils ein spezifisches Thema und eine damit verbundene Fragestellung und zeigen dabei, wie die auf der Dorfebene gewonnenen Erkenntnisse bisherige Interpretationen und Theorien bestätigen, ergänzen, verbessern oder in Frage stellen können. Die einzelnen Kapitel sind jeweils in sich funktional in dem Sinn, dass der jeweilige Forschungsstand und die dazu gewonnenen Erkenntnisse im Kapitel selbst besprochen werden.

Die Erkenntnisse der Arbeit sind genauso vielfältig wie die erforschten Themen der einzelnen Kapitel. So legt Kapitel 2 zum Sklavenhandel dar, dass Orte im Innern des afrikanischen Kontinents eben nicht nur Herkunfts- und Transitplätze des Handels waren, sondern dass ihre Sozialstrukturen selbst von diesem stark und langfristig geprägt wurden. Das zeigt der Fall von Nkhlongue exemplarisch. Die Gründung des Dorfes geht nämlich darauf zurück, dass sich die Vorfahren der heutigen Dorfelite hier niederliessen, um den Ort als Umschlagplatz für Sklaven auf ihrem Weg zum indischen Ozean zu nutzen. Der Ort diente dabei aber nicht nur als Transitpunkt; Sklaven wurden am Westufer des Sees im heutigen Malawi auch gekauft, um sie in Nkhlongue anzusiedeln. Es sind die Nachfahren dieser Sklaven, die heute die Mehrheit der Bevölkerung des Dorfes ausmachen.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit der Ausbreitung des Islams. Es stellt die bisherige regional dominante Interpretation der Islamisierung als Top-down-Prozess in Frage. Am Beispiel von Nkhlongue wird beschrieben, dass es hier eben nicht der *chief*, sondern insbesondere (ehemalige) Sklaven waren, denen bei der Ausbreitung der Religion eine Schlüsselrolle zukam. Statt von einer «Islamisierung von oben» wäre hier also eher von einer «Islamisierung von unten» zu sprechen.

Die Kapitel 4 und 5 versuchen essentialisierende Darstellungen zur Erfahrung des Kolonialismus sowohl sozial, als auch temporal zu differenzieren. Im Kapitel 4 zur Kolonisierung geht es darum aufzuzeigen, dass Sklavenhändler und Sklaven aus sehr unterschiedlichen Perspektiven auf den Prozess der Kolonisierung schauten und diesem denn auch auf verschiedene Arten und Weisen begegneten. Kapitel 5 diskutiert die Wich-

tigkeit einer klaren Periodisierung der kolonialen Herrschaftsphase, indem es aufzeigt, dass sich der koloniale Zugriff auf das Dorf und die Region über die Zeit stark wandelte (und vor allem auch nicht einfach zunahm) und dass auch die lokalen Reaktionen auf den Kolonialismus einer temporalen Differenzierung bedürfen.

Das Kapitel 6 stellt sich gegen ahistorische Vorstellungen zur Wirtschaft im ländlichen Afrika, die von einer mehr oder weniger linearen Entwicklung von Subsistenz zu Markt ausgehen und vor allem im Bereich der *development studies* noch immer weit verbreitet sind. Im Kapitel wird u. a. gezeigt, dass sich im Falle Nkhlongues das Verhältnis von Subsistenzproduktion und Marktbeziehungen mehrere Male aus verschiedenen Gründen stark veränderte. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Subsistenzproduktion im Nahrungsmittelbereich heutzutage sogar wichtiger ist, als in einigen vergangenen Perioden der Dorfgeschichte.

In Kapitel 7 werden verschiedene Erkenntnisse der bisherigen Forschung zu Zwangsumsiedlungen in Guerillakriegen hinterfragt. Dabei wird insbesondere gezeigt, dass das Beispiel von Nkhlongue darauf hindeutet, dass die bisherige Forschung die Reformierbarkeit des portugiesischen Kolonialstaats unterschätzt und die Dynamiken des Kriegs zu wenig berücksichtigt hat. Das Kapitel analysiert dabei, wie viele Bewohner/innen Nkhlongues zwar anfänglich die Nationalisten der Frelimo unterstützen, im Laufe des Krieges aber die Seiten wechselten, und so zu Unterstützer/innen des Kolonialstaats wurden.

Das Kapitel 8 zur Zeit nach der Unabhängigkeit Mosambiks 1975 argumentiert denn auch, dass die Unabhängigkeit keineswegs für alle Bewohner/innen Nkhlongues der befreiende Moment gewesen ist, als den er gemeinhin dargestellt wird. Das Kapitel zeigt darüber hinaus, dass sich die meisten Bewohner/innen des Ortes von der postkolonialen (mitunter auch gewaltsamen) Modernisierungspolitik nicht eingebunden, sondern viel mehr ausgeschlossen fühlten.

In Kapitel 9 wird thematisiert, dass die Bewohner/innen Nkhlongues im Bürgerkrieg trotz ihrer Entfremdung von der Frelimo nicht automatisch Unterstützer/innen der oppositionellen Renamo wurden. Das lag, wie gezeigt wird, u. a. auch daran, dass die Renamo lokal kaum Versuche unternahm, die Leute politisch zu mobilisieren

und extrem brutal gegen die Bevölkerung vorging. Erst nach dem Krieg konnten die Renamo hier bedeutende politische Unterstützung gewinnen. Die Arbeit zeigt damit, dass neuere Erkenntnisse, die die politische Überzeugungskraft der Renamo während des Kriegs betont haben, nicht ohne Weiteres auf den ganzen Norden Mosambiks ausgedehnt werden können.

In Kapitel 10 geht es um das zunehmende Aufkommen des Konzepts der ‚community participation‘ in der Entwicklungspolitik seit den 1990er Jahren und die teilweise damit verbundene staatliche (Wieder-) Anerkennung ‚traditioneller‘ Institutionen. Dabei beleuchtet das Kapitel nicht nur die Rolle des Staates, sondern auch diejenige privater Investoren, die in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend in und um Nkhlongue vor allem im Tourismusbereich tätig waren. Das Kapitel zeigt dabei, dass externe Vorstellungen der Funktionsweise der ‚community‘ kaum der Realität vor

Ort entsprachen und dass es sich insbesondere bei der staatlichen Anerkennung der ‚traditionellen Autoritäten‘ im Jahr 2000 keineswegs um eine bloße Formalisierung eines bereits existierenden Amtes, sondern in vielerlei Hinsicht um die Produktion einer neuen (undemokratischen) Institution handelte.

Kapitel 11 stellt sich gegen herkömmliche ahistorische Annahmen betreffend Matrilinearität. Statt Matrilinearität einfach als «dem Untergang geweiht» oder besonders resilient zu beschreiben, versucht das Kapitel trotz schwieriger Quellenlage eine historische Untersuchung der lokalen Bedeutung von Matrilinearität. Dabei wird nicht nur ein seit den 1960er Jahren existierender Trend zu zunehmender Virilokalität aufgezeigt, sondern auch dargelegt, dass soziale Normen offensichtlich historisch schon immer in verschiedene Richtungen verhandel- und veränderbar waren.



Steven Aebischer

Bakterien, Milch und Löcher

Die Forschungstätigkeiten der *Schweizerischen Milchwirtschaftlichen und Bakteriologischen Anstalt* in Liebefeld-Bern im Bereich der *Emmentaler-Käserei*, 1901–1937

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Nach einer Motion und zwei Expertengutachten wurde 1897 auf Bundesebene der Entschluss gefasst, in Liebefeld im Kanton Bern, landwirtschaftliche Forschungsanstalten zu gründen. Der Kanton Bern überliess das betroffene Areal in Liebefeld der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Geschenk. 1901 wurde das *Bakteriologische Laboratorium* der *Schweizerischen Landwirtschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsanstalten* und 1902 die *Schweizerische Milchwirtschaftliche Versuchsanstalt* in Liebefeld eröffnet. Diese beiden Entitäten wurden 1907 unter der neuen Bezeichnung *Schweizerische Milchwirtschaftliche und Bakteriologische Anstalt Liebefeld-Bern* vereint.

Für die drei genannten bundesstaatlichen Forschungsanstalten war der *Emmentaler*, die weltbekannte Schweizer Käsesorte mit den typischen Löchern, ein prioritär behandeltes Untersuchungsobjekt. Er war in der Vergangenheit ein ikonisches milchwirtschaftliches Erzeugnis. Zugleich war dieser «König der Käse» ein Schweizer Exportschlager und von volkwirtschaftlicher Bedeutung.

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten verschiedene Erschwernisse innerhalb der Schweizer *Emmentaler*-Produktion: Die aufkommende ausländische Konkurrenz sowie die hohen Preise und Qualitätsprobleme des Käses wirkten sich allesamt hemmend auf den Käseabsatz aus. «Käsefehler», darunter Blähungen und mangelhafte Lochung, konnten nicht zielgerichtet behoben werden. In der Praxis herrschte die verbreitete Denkweise, dass der *Emmentaler* vor allem in qualitativer Hinsicht überzeugen musste, um auf dem Weltmarkt Absatz zu finden. Daher strebte die Schweizer Milchwirtschaft eine Hebung der Käsequalität durch wissenschaftliche Forschung an.

Im Zentrum dieser Masterarbeit steht die

Frage, welche Forschungstätigkeiten zum *Emmentaler* im Zeitraum von 1901 bis 1937 in den drei genannten Institutionen vorgenommen wurden. Diese Studie befasst sich konkret mit der Geschichte von Schweizer landwirtschaftlichen Forschungsinstitutionen auf Bundesebene und der Geschichte der *Emmentaler-Käserei*. Bisher gibt es keine historische Untersuchung, die die wissenschaftliche Forschung der bundesstaatlichen Anstalten in Liebefeld im Bereich des *Emmentalers* vertieft analysierte.

Da die Tätigkeiten der Liebefelder Anstalten während des beachteten Zeitraums derart umfassend waren, wird auf drei Schwerpunkte der *Emmentaler*-Forschungsaktivitäten fokussiert, nämlich die Forschung zu den Bakterien, zur Süssgrünfuttermilch (Milch, die von Kühen stammt, die mit Silofutter gefüttert wurden) und zur Lochung des Käses. Alle drei Themengebiete bildeten zeitgenössische Problemstellungen, die anhand wissenschaftlicher Forschung bearbeitet und behoben werden sollten.

Für diese Arbeit wurden ausschliesslich gedruckte Quellen verwendet. Dabei wurden vorwiegend Artikel aus zeitgenössischen Fachzeitschriften (*Schweizerische Milchzeitung* und *Schweizerisches Zentralblatt für Milchwirtschaft*) und Zeitschriften konsultiert. Zudem wurden Artikel aus Tageszeitungen, Archivquellen und juristische Schriften berücksichtigt. Dank diesen gelang es während des Untersuchungszeitraums, fundiertes Wissen zur *Emmentaler*-Fabrikation und zu Fehlerursachen zu generieren. Der *Schweizerischen Milchwirtschaftlichen und Bakteriologischen Anstalt* in Liebefeld und ihren Vorgängerinstitutionen kam die Rolle als Forum für wissenschaftliche *Emmentaler*-Forschung zu, wo Wissen generiert und später an die relevanten Kreise vermittelt wer-

den konnte. In den Laboratorien der Liebefelder Anstalt wurden Versuche und Analysen eingesandter Proben vorgenommen. Zudem wurden in Liebefeld Bakterienkulturen produziert, die in der Praxis verwendet werden konnten.

Der Aktionsradius der Forschenden der Liebefelder Anstalt blieb nicht auf die Räumlichkeiten der Institution beschränkt. Die Fachpersonen unternahmen Versuche in Liebefeld, jedoch führten sie diese auch in Käseproduktionsstätten

aus, besuchten bei Störfällen Käsereien und boten Beratungen an. Als wichtigster Forscher im betrachteten Themengebiet trat der Appenzeller Jakob Kürsteiner (1879–1965) hervor. Der Bakteriologe, der den Spitznamen «Chäsdoktor» trug, wurde von der modernen Forschung bisher kaum beachtet. Dieser Wissenschaftler war ein wichtiger Akteur, der an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis stand.



Marcel Andreas Burmeister

«Wehe allen Verteidigern einer neutralen Kirche!»

Die Missionsgesellschaft Bethlehem im und in Konflikt um die Befreiungstheologie in Kolumbien (1968–1982)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

1953 betraten aus China vertriebene Schweizer Missionare der Missionsgesellschaft Bethlehem SMB erstmals kolumbianischen Boden. Im Südwesten Kolumbiens, in den (Erz-) Diözesen Popayán, Pasto und Ipiales, entfaltete die Gesellschaft bis in die 1960er Jahre hinein eine traditionelle, sakramental geprägte Pastoral. Das Regionalkapitel 1982 offenbarte demgegenüber ein grundlegend verwandeltes (Selbst-) Verständnis: als missionarische Gemeinschaft, als Instrument kirchlichen Apostolats in der Welt und des evangelisatorischen Auftrags selbst; ein erneuertes Verständnis, das mit «Ganzheitlicher Befreiung» konzeptualisiert wurde und im Aufbau von Basisgemeinden und einer Kirche «von unten» ebenso wie in der gesuchten Zusammenarbeit mit «Volksbewegungen» und «Oppositionsgruppen» seinen Ausdruck finden sollte. Die Masterarbeit geht der Frage nach, welche inneren und äusseren Prozesse mit dieser markanten Verschiebung in Selbstverständnis und Zielsetzung der missionarischen Arbeit der SMB in Kolumbien in Beziehung standen.

Als Teil einer translokal operierenden Missionsgesellschaft trat die SMB Kolumbien im Anschluss an das Zweite Vatikanische Konzil und den von diesem dynamisierten innerkirchlichen Reformbewegungen in einen Prozess der permanenten Erneuerung ein. Im spezifischen Kontext Lateinamerikas verhalf die Konferenz von Me-

dellín 1968 Bewegungen zum Durchbruch, welche die Theologie und Pastoral des Kontinents und darüber hinaus nachhaltig transformierten. Die formulierte Option für die Armen und vorgestellte Befreiung des Menschen aus allen Formen der Knechtschaft, die Verbindung sozialwissenschaftlicher Analyse und theologischer Reflexion bildeten Kernelemente einer wesentlich heterogenen, multiplen Befreiungstheologie. Transregionale personelle und institutionelle Verflechtungen strukturierten dabei den Prozess der Adaptation und systemischen Selektion befreiungstheologischer Diskurse und Praktiken in das Ideal der Pastoral ebenso wie die Integration einer neuen Generation von Missionaren und Mitarbeitern aus der Schweiz. Diese waren zunehmend durch einen politisch-religiösen Diskurs der Solidarität mit den Armen der Dritten Welt vorgeprägt.

Vor diesem Hintergrund geht die Arbeit der Frage nach, wann und in welcher Masse, wie und wodurch befreiungstheologische Diskurse und Praktiken Eingang in Selbst- und Missionsverständnis sowie in die konkrete lokale Praxis der SMB in Kolumbien fanden und durch welche inneren und äusseren Prozesse und Akteure sie ferner strukturiert wurden. Über die Analyse gesellschaftsinterner Publikationen und Archivquellen wird aufgezeigt, dass sich die sukzessive und partielle Übernahme und kreative Aneignung

befreiungstheologischer Diskurse und Praktiken in hohem Masse als intraregionaler Konflikt darstellte: ein Konflikt zwischen Generationen und Fraktionen, die um Deutungs- und Definitionsmacht in einem religiösen Feld kämpften. Dabei wird verdeutlicht, dass der Begriff, der seit 1975 formal als «einigende Mitte» der Region beschriebenen Befreiungstheologie, zwischen einer gleichsam implizierten *Spiritualisierung* und einer *Sozialisierung* bzw. Politisierung oszillierte; dass sich schliesslich bis 1982 und darüber hinaus sukzessive eine Deutung durchsetzte, die den sozialen und mittelbar politischen Gehalt pastoraler Praxis akzentuierte. Diese Verschiebung fand schliesslich ihren formellen Ausdruck im Regionalkapitel

1982, welches das neue Selbstverständnis konsolidierte. Eine wesentlich auch sozial und weltlich verstandene Option der Befreiungstheologie durch die SMB in Kolumbien mündete dabei unter anderem in der sukzessiven Entfremdung und letztlich im Konflikt mit einem Staat und einer kirchlichen Hierarchie, denen an der Erhaltung des *Status quo* gelegen war. Sie mündete aber ebenso in Impulsen zum Aufbau von Basisgemeinden bzw. einer Basisgemeindenbewegung in der Schweiz sowie in einer nach 1982 konsequent weitergeführten befreiungstheologisch inspirierten und sozial und politisch engagierten Praxis der Pastoral in Kolumbien.



Annina Clavadetscher

Die Arbeitsgruppe südliches Afrika (1982–1992)

Unabhängiger Informationsdienst oder Sprachrohr des Apartheidregimes in der Schweiz?

Masterarbeit bei PD Dr. Stephan Scheuzger

Die Schweiz und Südafrika – die Beziehungsgeschichte zwischen den beiden Staaten während der Zeit der Apartheid ist eine politisch aufgeladene Thematik. Sie steht für das schweizerische Verständnis von Neutralität, für den Umgang der Schweiz mit ihrer Vergangenheit oder für ihre Archivpolitik, den (Un-) Willen der schweizerischen Wirtschaft und des Bundesstaates, Akten zur Aufarbeitung zugänglich zu machen. Die wissenschaftliche Forschung hat den Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika in den letzten 20 Jahren einige Studien gewidmet. Nach dem Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms 42+ rückte vor allem die Untersuchung von nichtstaatlichen Akteuren ins Zentrum. Doch während die südafrikakritische Seite, allen voran die Anti-Apartheid-Bewegung, viel Aufmerksamkeit erhielt, blieb es um deren «Gegenbewegungen» vergleichsweise ruhig. Die Masterarbeit nimmt deshalb die *Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa)* in den Fokus – eine Vereinigung, die sich während der 1980er Jahre einen Namen als Prosüdafrikalobbyistin gemacht hatte. Im Kontext der sich intensivierenden globalen und auch schweizweit geführten Debatte über die Verhält-

nisse in Südafrika gegründet, verschrieb sich die Arbeitsgruppe 1982 dem Ziel der «Aufklärung» der schweizerischen Öffentlichkeit durch den *asa*-eigenen Pressedienst, der Organisation von Referaten sowie Studienreisen ins südliche Afrika.

Die Masterarbeit fragt nach der personellen und strukturellen Organisation der Gruppierung und untersucht ihr politisches, soziales und ökonomisches Beziehungsnetz. Sie trägt die zur *asa* bestehenden Quellen systematisch zusammen, wertet sie hermeneutisch aus und zeichnet das vereinshistorische Portrait einer Gruppierung, die in der bisherigen geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum Aufmerksamkeit erhalten hat. Ausgehend von Quellen unterschiedlichster Herkunft und Perspektiven – Publikationen der *asa*, persönlichen Ablagen von ihr nahestehenden Personen, staatlichen Akten aus Südafrika und ergänzenden Interviews – wird im ersten Teil der Arbeit nach der Entstehung der *asa* gefragt und eine ideologische Verortung vorgenommen. In einem zweiten Schritt folgt die Analyse ihrer historischen Praxis, also ihrer Aktivitäten und Beziehungsnetze, sowie die Einordnung in die Propagandabemühungen des südafrikanischen Apartheidstaates. In beiden

Teilen ist der Anspruch der *asa* auf Objektivität und Eigenständigkeit omnipräsent. Die Arbeitsgruppe positionierte und verstand sich selbst als unabhängige und neutrale Organisation, die es insbesondere ablehnte, im Auftrag einer Regierung zu agieren. Diesen Aspekt greift die Masterarbeit anhand von zwei Perspektiven, einer ideengeschichtlichen und einer südafrikazentrierten, auf.

Die Analyse der *asa*-Publikationen zwischen 1982 und 1992 zeigt, dass die Gruppierung ihrem Anspruch auf Unabhängigkeit nicht gerecht geworden ist. Vielmehr war sie ideologisch voreingenommen und folgte Argumentationslinien, die sich kaum von jenen des südafrikanischen Regimes und dessen internationaler Propaganda unterschieden. Sowohl in der südafrikanischen Regierung als auch innerhalb der *asa* war ein radikaler Antikommunismus allgegenwärtig. Damit bewegte sich die Arbeitsgruppe ideologisch im gleichen Umfeld wie die Neue Rechte – eine Einordnung, die sich in der Analyse aus mehreren Gründen als angebracht erweist: Unter anderem positionierte sich die Arbeitsgruppe explizit als Gegengewicht zur vermeintlich von links beeinflussten schweizerischen Medienlandschaft. Wie die Neue Rechte versuchte sie, die angebliche öffentliche Hegemonialstellung der Linken zu brechen. Die Argumentation der Arbeitsgruppe erfolgte aus einer

neoliberalen Grundhaltung, neorassistische Äusserungen fanden Eingang in ihre Publikationen und die Frage nach Identität zeigte sich gerade auf den *asa*-Studienreisen als bedeutungsvoll.

Aus der südafrikazentrierten Perspektive aufschlussreich zeigte sich die enge Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsdepartement des Apartheidregimes und dessen Vertreter in der Schweiz, dem Militärattaché in Bern. Auch das Aussendepartement Südafrikas ordnete das Engagement der Arbeitsgruppe als für den eigenen Machterhalt äusserst vielversprechend ein: weil die der *asa* nahestehenden Personen als in der Schweizer Politik und Gesellschaft einflussreich eingeschätzt wurden, weil die Gruppierung auch dann noch Studienreisen ins südliche Afrika ermöglichte, als dies in der Schweiz bereits Gegenstand der öffentlichen Kritik geworden war oder weil sich die *asa* als völlig unabhängig präsentierte. In Kombination mit der Tatsache, dass südafrikanische Verwaltungsstellen auf die Reisen der Arbeitsgruppe Einfluss genommen haben und die *asa* Propagandaparolen des Regimes offensichtlich reproduzierte, wird in dieser Arbeit argumentiert, dass sich die *Arbeitsgruppe südliches Afrika* trotz ihres Unabhängigkeitsanspruchs für die Zwecke des Apartheidregimes einspannen liess.



Fadri Crameri

Deutung und Bewältigung von Schadenslawinen im Engadin zwischen 1566 und 1937 unter besonderer Berücksichtigung rätoromanischer Quellen

Mit einer Lawinenchronik

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Während Jahrhunderten haben die Bewohnerinnen und Bewohner der Alpen Strategien entwickelt, um mit der Lawinengefahr umzugehen. Diese Strategien haben nicht nur den Lebensraum, sondern auch die Kultur dieser Bevölkerung massgeblich mitgeprägt. Dass der Umgang mit der Lawinengefahr gerade in der Schweiz bis heute nicht an Aktualität eingebüsst hat, zeigt dessen Aufnahme in die Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO im Jahr 2018.

Seit dem Winter 1936/37 werden die Schadenslawinen in der Schweiz institutionell vom Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) erfasst. Trotz der Relevanz des Themas aus kulturhistorischer Perspektive ist der Forschungsstand diesbezüglich lückenhaft. Ein zentraler Grund dafür dürfte der Mangel an schriftlichen Quellen vor dem 18. Jahrhundert sein, welcher dazu führt, dass aus dieser Zeit nur wenige Berichte von Schadenslawinen erhalten sind. Für die Zeit vor 1936 lassen

sich vor allem Handschriften und (Natur-) Chroniken finden, die neben dem Lawinenereignis an sich auch auf Deutungs- und Bewältigungsmuster schliessen lassen.

Auf regionaler Basis wurde bis anhin nur punktuell untersucht, wie Lawinen gedeutet wurden und wie die alpine Bevölkerung mit ihnen umging. Um diese Forschungslücke teilweise zu schliessen, untersucht diese Arbeit den Umgang mit Lawinen in der schneereichen Region des Engadins und richtet ein besonderes Augenmerk auf rätoromanische Quellen. Der untersuchte Zeitraum wurde massgeblich von der Verfügbarkeit der Quellen bestimmt; er erstreckt sich schwerpunktmässig vom 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, umfasst aber punktuell auch Angaben zu früheren Ereignissen.

Um einen Überblick über die Lawinenereignisse im untersuchten Zeitraum zu erhalten, wurde eine Chronik mit insgesamt 167 Schadenslawinen erstellt, welche sich anhand der Quellen rekonstruieren lassen. Neben dem erwähnten Überblick erlaubt es die Aufstellung, Ereignisse zu identifizieren, die besonders gut dokumentiert wurden und sich für eine tiefergehende Analyse eignen. Für diese weiterführende Analyse wurden zehn Einzelereignisse in unterschiedlichen Gemeinden und Zeiträumen ausgewählt. Gemeinsam ist diesen Ereignissen, dass die vorhandenen Quellen auch eine gewisse Diversität aufweisen, wodurch das Geschehene aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden kann.

Für die Untersuchung der Deutungs- und Bewältigungsmuster wurden in der Literatur beschriebene Muster, welche grösstenteils als für den gesamten Alpenraum gültig aufgefasst werden, den Einzelereignissen und weiteren Quellen aus dem Engadin gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung erlaubt es einerseits, den Wandel der Deutungs- und Bewältigungsmuster im Engadin über den Zeitraum hinweg nachzuzeichnen, andererseits regionale und kon-

fessionelle Besonderheiten hervorzuheben.

Die Untersuchung hat ergeben, dass auch im Engadin ursprünglich religiöse Deutungs- und Bewältigungsmuster von Schadenslawinen im Vordergrund standen. Die Menschen glaubten an eine Strafe Gottes, die nur mit einem christlicheren Lebensstil gemildert werden konnte. Mit dem Aufkommen der empirischen Wissenschaften begannen sich die Menschen aktiv gegen Lawinenstürze zu schützen. Mit Schutzverbauungen gegen Lawinenstürze wurden seit 1868 nach und nach die gefährlichsten Lawinenzüge verbaut. Es kann jedoch festgehalten werden, dass es zwischen den verschiedenen Deutungsmustern zu ständigen Überschneidungen kam und auch heute nicht-technische Strategien noch eine gewisse Wichtigkeit beibehalten haben. Mit einer Lawinenverbauung können zwar zukünftige Ereignisse grösstenteils verhindert werden; um ein Ereignis und beispielsweise den Verlust nahestehender Personen zu verarbeiten, sind mentale Bewältigungsmuster jedoch nach wie vor zentral.

Schliesslich hat die vertiefte Auseinandersetzung mit den Einzelereignissen gezeigt, dass die Engadiner Landschaft und Bevölkerung bis heute von den Lawinenereignissen der Vergangenheit geprägt sind. Ein gutes Beispiel dafür ist das Unterengadiner Dorf Ftan, wo ein Lawinenkegel aus dem Jahr 1682 im Sinne eines architektonischen Mahnmals bis heute nicht verbaut wurde und gar den Namen *Lavinas* trägt. So werden Bevölkerung und Besuchende gleichermaßen an das Geschehene erinnert.

Das Engadin als Untersuchungsgegenstand verdeutlicht exemplarisch, dass eine Einstufung des Umgangs mit der Lawinengefahr als immaterielles Kulturerbe absolut gerechtfertigt ist. Möglicherweise bewegt dieses Emblem die Wissenschaft gar dazu, sich in Zukunft noch fundierter mit den Auswirkungen der Lawinen auf einzelne Berggebiete auseinanderzusetzen.



Laurence Crottaz

Les rois sacrés

Le rôle présumé de l'association anticipée dans l'élaboration d'une stratégie de légitimation de la dynastie capétienne

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Als Hugo Capet 987 – kurz nach seiner eigenen Krönung zum König über das westliche Frankenreich – seinen einzigen Sohn Robert salben liess, läutete er das Ende der karolingischen Dynastie ein sowie eine neue Tradition, die über 200 Jahre hinweg andauern sollte. Die systematische Mitkrönung des ältesten Sohnes der Kapetinger – mit der einzigen Ausnahme von Ludwig VI. – ist in der mittelalterlichen Geschichte einmalig. Weshalb wurde diese Praxis eingeführt, aus welchem Grund hat sie sich so lange bewährt und wieso wurde sie im XIII. Jahrhundert wieder aufgegeben?

Die Praxis der Mitkrönung (*association anticipée*), die aus der Salbung und Krönung des zukünftigen Königs zu Lebzeiten des Vaters besteht, wurde von den Mediävisten lange als eine Vorsorgemassnahme der neuen Dynastie der Kapetinger erachtet. In der Tat konnte die Mitkrönung den Fortbestand einer als illegitim betrachteten Königsfamilie auf künstliche Weise sichern. In den 1980er Jahren hat der amerikanische Historiker Andrew Lewis diese altbewährte These widerlegt. Sein Werk ist bis heute massgebend für die Forschung zur Mitkrönung der frühen Kapetinger. Da jedoch keine der bisher aufgestellten Erklärungsmuster für diese Praxis vollständig zu überzeugen vermag, sollte die vorliegende Arbeit neue Folgerungen herbeiführen.

Gemäss Lewis war die Herrschaft der Kapetinger bereits nach weniger als einem halben Jahrhundert keinen Widerständen mehr ausgesetzt, was die «Vorsorgemassnahme» der Mitkrönung unnötig erscheinen lässt. Er stellte deshalb die These auf, dass die *association anticipée* bei den frühen Kapetingern eine rein familiäre Vorkehrung war, welche auf die Unteilbarkeit des Erbgutes abzielte. Eine solche Praxis soll innerhalb des französischen Adels weit verbreitet gewesen sein. Als dieser Anfang des XIII. Jahrhunderts vermehrt zur Aufstellung von schriftlichen Testamenten tendierte, soll auch der König die Mitkrönung zugunsten des Erlasses von letztwilligen Verfü-

gungen aufgegeben haben, wobei die jüngeren Söhne mit *apanages* versehen wurden, um etwaige Erbstreitigkeiten weiter zu vermeiden.

Diese These ist, trotz ihrer bis heute zahlreichen Anhänger, anfechtbar. Es bestehen genug Indizien dafür, dass die Herrschaft der Kapetinger nicht so schnell akzeptiert wurde, wie es Lewis annimmt. Darüber hinaus überzeugt der Vergleich zwischen Adel und Königtum vor allem dann nicht, wenn ein solch besonderes Ereignis wie die Salbung mit der einfachen Übergabe von Macht und Ländereien bei den Grossen verglichen wird.

Die Tatsache, dass die Testamente der französischen Könige des XIII. Jahrhunderts primär auf ihr persönliches Seelenheil ausgerichtet waren, stärkt seine These ebenfalls kaum. Lewis' Darstellung fehlt zudem eine detaillierte Analyse der erzählenden Quellen zur Mitkrönung sowie eine grundsätzliche Untersuchung dieser Praxis. Diese Mängel werden jetzt durch die Analyse der ersten grossen altfranzösischen Chronik, dem *Roman des roys*, und der ihr zugrunde liegenden Kompilation diverser annalistischer Texte aus dem Kloster Saint-Denis, den *Chroniques de Saint-Denis*, wettgemacht. Deren Urheber waren eng an den königlichen Hof gebunden, und ihre Sichtweise wird somit am ehesten einer offiziellen Auffassung dieser Tradition entsprochen haben.

Durch die Untersuchung des *Nutzens* der Salbung – die aus den Chroniken als ein Hauptbestandteil der kapetingischen Herrschaft hervorgeht – und des von der Mitkrönung verliehenen Stellenwerts, sollte ein Beitrag zum Verständnis des Fundaments der Macht im hochmittelalterlichen Frankreich geleistet werden. Der hier vorliegenden Untersuchung zufolge wurde dem jungen König zu Lebzeiten seines Vaters nur wenig reale Macht zuteil. Trotzdem gewährte ihm die Mitkrönung zweifelsohne einen königlichen Status.

Es konnte die These aufgestellt werden, dass anlässlich der *association anticipée* vor allem die Übertragung des sakralen königlichen *Bluts* vom Vater auf den Sohn im Vordergrund stand. Mögli-

cherweise wurde dabei auch die wunderbare Heilskraft der Kapetinger – *les rois thaumaturges* – auf anschauliche Weise weitergegeben.

Vor allem aber diente ein solches Spektakel der Hervorhebung der christlichen und mythologischen Abstammung der Kapetinger. Diese Praxis wäre erst mit der Niederschrift der – oft fiktionalen – Genealogien in den Chroniken des XIII. Jahrhunderts und der allgemeinen Anerkennung von Hugo Capets Nachfahren als «heilig» hinfäl-

lig geworden. Die Mitkrönung hätte also dank der theatralischen Erhöhung der kapetingischen Blutlinie im Bereich des *Sakralen* und des *Legendären* ihre Ansprüche – von Geburt an – auf den französischen Thron gerechtfertigt.

Mit diesen Überlegungen wird an die Forschung über ritualisiertes, sinnstiftendes Handeln angeknüpft, welche mit dem *performative turn* seit der Jahrtausendwende an Bedeutung gewonnen hat.



Flavio Fernandez

Mythos und Mythomotorik in Videospiele

Eine vergleichende Analyse der Mythen «Atlantis» und «Die Drei Königreiche» in den Medien Film und Videospiele

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Mythen mit Videospiele zu verbinden, mag zunächst sinnlos oder oberflächlich erscheinen. Wenn jedoch Mythen als kulturelle Realitäten oder als Erzählungen verstanden werden, die eine *fundierende* oder *kontrapräsentische* Wirkung haben können, also den Status quo in einer Gesellschaft bestätigen beziehungsweise in Frage stellen, dann ergibt sich die Frage, inwiefern Videospiele nicht nur rein der Unterhaltung dienen, sondern gleichzeitig auch Einfluss auf das *kulturelle Gedächtnis* nehmen.

Das Ziel dieser Arbeit war also, herauszufinden, ob Videospiele die Mythomotorik antreiben oder nicht. *Mythomotorik* meint dabei die für ein Kollektiv handlungsleitende Wirkung eines Mythos. Um dies untersuchen zu können, müssen in einem ersten und zweiten Schritt die Begriffe *Mythos* und *Videospiele* genauer definiert werden. Dabei stellt sich dem Forschenden die Schwierigkeit der unermesslichen Fülle von Untersuchungen zum Begriff des Mythos, die dem sehr jungen Forschungsbereich der *Video Game Studies* gegenübersteht.

Da Videospiele viele Gemeinsamkeiten mit Filmen aufweisen, wurden für die Analyse nicht nur Videospiele untersucht, sondern auch Filme. Es mussten also Mythen ausgewählt werden, die sowohl in Erzählungen wie auch in Filmen und Videospiele verwendet werden. Schliesslich wur-

de der Mythos um die versunkene Stadt *Atlantis* und die Erzählung des Epos *Drei Königreiche* seit dem antiken China ausgewählt.

Um überhaupt eine mythomotorische Wirkung von Videospiele feststellen zu können, muss geklärt werden, welche Arten von Mythen existieren, welche davon sich für die Verwendung in Videospiele eignen und weshalb. Erst danach kann analysiert werden, ob der verwendete Mythos eine *fundierende* oder *kontrapräsentische* Wirkung entfaltet.

Beim Vergleich der Mythen und der Medien wird ersichtlich, dass Mythenelemente bestens für die Verwendung in Videospiele in Frage kommen. Dabei gibt es natürlich gewisse Narrative, die geeigneter sind als andere, wie beispielsweise der *Heldenmythos* gegenüber einem *psychologischen Mythos*.

Die Resultate zeigen, dass Videospiele aufgrund des für dieses Medium spezifischen Merkmals der Interaktivität eine einzigartige Möglichkeit darstellen, um dem Spielenden den Mythos als lebendige und beinahe reale Erzählung vermitteln zu können. Des Weiteren eröffnen Videospiele das Erleben von Simulationen und bieten dem Spielenden die Möglichkeit, Alternativen für vergangene Ereignisse zu erleben. Sie stellen so bestehende gesellschaftliche Verhältnisse in Frage oder bestätigen diese. Die vorliegende Arbeit dient somit als

erste Untersuchung zu Mythen und deren Wirkung im Medium der Videospiele. Es würde sich nun anbieten, die Wirkung der Mythen auf den Spie-

lenden genauer zu erforschen. Interessant wäre sicherlich auch eine Untersuchung der Mythen in der neu aufgekommenen virtuellen Realität.



Janosch Fischer

Reisediplomatie: Bundesrat Aubert besucht Westafrika

Kontroverse zur Schweizer Aussenpolitik

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Diese Arbeit beleuchtet die Geschehnisse rund um die Westafrikareise von Bundesrat Pierre Aubert. Als Aussenminister begab er sich anfangs 1979 auf eine zweiwöchige Reise, um den westafrikanischen Ländern Nigeria, Kamerun, Obervolta (heutiges Burkina Faso), Elfenbeinküste und Senegal als erster Schweizer Bundesrat einen offiziellen Besuch abzustatten.

Zu Beginn als rein politische «Goodwill-Tour» ohne wirtschaftliche Hintergedanken gedacht, entstand um die Westafrikareise rasch eine Kontroverse über Sinn und Zweck solcher Reisen, woraus sich eine Grundsatzdebatte über die Rolle der Schweiz in der Welt und deren Aussenpolitik entwickelte. Soll die Schweiz über wirtschaftliche Kontakte hinaus Beziehungen zum Ausland pflegen? Die Arbeit rekonstruiert diese Tour durch Afrika, hebt deren zentrale Stellen hervor und bietet Erklärungsansätze, weshalb eine aus heutiger Sicht unspektakuläre Reise für derart viel Wirbel sorgte und die Medien über mehrere Wochen beschäftigte.

Während die Reisediplomatie international schon lange alltäglich war, herrschte in der Schweiz wenig Verständnis für diplomatische Kontaktpflege. Hatte eine Auslandsreise nicht den Abschluss eines Handelsvertrages oder zumindest eine internationale Konferenz zum Ziel, war ein solches Unterfangen der Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln. Das alleine reicht zur Erklärung für das grosse Aufsehen und die vehemente Kritik am Besuch fünf afrikanischer Staaten jedoch nicht.

Erklärungen für die Aufregung in der Bevölkerung wie auch in der Politik lassen sich auf der Struktur- und Akteursebene finden: Die offensive Aussenpolitik Auberts aktivierte die bestehende aussenpolitische Konfliktlinie. Diese durch-

zieht sich bis heute zwischen einem humanitär-kooperativ orientierten Lager und einem isolationistischen Lager. Letzteres zeichnet sich durch eine extensive Neutralitätsvorstellung aus. Hier lassen sich zwei diametral verschiedene Ansichten über die Rolle des neutralen Kleinstaates und dessen geeignete Aussenpolitik feststellen. Während das kooperative Lager die Intensivierung diplomatischer Kontakte grundsätzlich befürwortete, kollidierten derartige aussenpolitische Aktivitäten mit der Neutralitätsvorstellung des isolationistischen Lagers.

Hinzu kam die Problematik um die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit dem südafrikanischen Apartheidstaat, die im Rahmen der Westafrikareise virulent wurde. Eine Kombination aus undiplomatischen und teils unglücklichen Äusserungen von Aubert und einer nigerianisch-schweizerischen Erklärung, welche die Apartheid verurteilte, erregte heftigen Widerspruch und brachte viel Ressentiment gegenüber den antikolonialen Bewegungen in Afrika hervor. Die klare Positionierung Auberts gegen die Apartheid wurde zudem als Missachtung der Neutralität gewertet.

Zusätzlich angeheizt wurde die Kontroverse durch Auberts unbekümmerte und direkte Art, die manche Kritiker im Widerspruch zur «helvetischen Nüchternheit» sahen. Der Romand steigerte sich in der Deutschschweiz rasch zur politischen Reizfigur. Tatsächlich beschränkte sich das Lager der Kritiker der Westafrikareise und Auberts Aussenpolitik auf die Deutschschweiz.

Während eine aktivere Aussenpolitik, wie sie Aubert mittels Intensivierung diplomatischer Kontakte sowie der Verurteilung der Apartheid an den Tag legte, in der Romandie durchgehend anerkannt wurde, lehnte in der Deutschschweiz

ein gewichtiger Teil des bürgerlichen Lagers diese Politik teils vehement ab. Es kann in diesem Zusammenhang von einem «ausserpolitischen Röstigraben» gesprochen werden.

Unvorsichtige Kommunikation, die klare Stellungnahme gegen das südafrikanische Apartheidregime und die extensive Neutralitätsvorstellung einer Öffentlichkeit, die noch kein Verständnis aufzubringen vermochte für die Reisediplomatie sowie ein Aussenminister, der die Präsenz der Schweiz auf der internationalen Bühne stärken wollte, führten schliesslich zu dieser letzten grossen Debatte über Bundesratsreisen. Die grossan-

gelegte Westafrikareise bildete den entscheidenden und abschliessenden Schritt im Normalisierungsprozess der schweizerischen Reisediplomatie. Die Öffentlichkeit hat sich seither an reisende Bundesräte und die diplomatische Kontaktpflege gewöhnt, die über die blosser Funktion eines Bundesrates als «Handelsreisender» hinausgeht.

Die Quellen wurden grösstenteils im Bundesarchiv recherchiert. Hinzu kam das amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Audio- und Bildmaterial zur Westafrikareise lieferte das SRG-Archiv FARO Web.



Dario Giovanni Gomes Caliandro

Videospiele zum Ersten Weltkrieg

Entwicklungen einer narrativen und spielerischen Auseinandersetzung mit dem Grossen Krieg

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Videospiele entwickelten sich als junges Medium in den letzten Jahrzehnten zum weit verbreiteten Kulturgut und werden gegenwärtig in unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten millionenfach konsumiert. Historische Videospiele vermitteln dementsprechend ähnlich wie andere populäre Medien gewisse Geschichts- und Erinnerungsbilder, die in dieser Arbeit im Zentrum stehen.

Spezifisch wird die Auseinandersetzung von Videospielen mit dem Ersten Weltkrieg untersucht, welcher im Vergleich zu anderen historischen Epochen oder Ereignissen in der Spielewelt stark unterrepräsentiert ist. Die ebenfalls noch junge Wissenschaft der Game Studies fand bereits Erklärungen für diesen Zustand, die sich aus narrativen und spielerischen Elementen zusammensetzen. Der Krieg, dessen westliche Erinnerungskultur stark von der Westfront geprägt wird, ist zu komplex und als sinnlos verankert, wodurch das historische Material schwer umzusetzen sei und zu kontrovers aufgenommen werden könnte. Gleichzeitig eigne sich die defensive Kampfführung des Stellungskrieges nicht dazu, Spass zu generieren.

Mit dem hundertjährigen Gedenken erschienen ab 2014 trotzdem einige Videospiele, die sich dem Ersten Weltkrieg widmen und neue Ansätze pro-

ben. Anhand theoretischer Grundlagen der Game Studies soll daher geklärt werden, inwieweit sich Videospiele zum Ersten Weltkrieg sowohl narrativ als auch spielerisch weiterentwickelt haben. In einem weiteren Schritt stehen die Entwickler der untersuchten Spiele im Fokus, da diese in einem wirtschaftlichen und soziokulturellen Kontext kreiert werden, der Auswirkungen auf das Produkt hat.

Die Untersuchung basiert auf einer Fallstudie mit sieben Spieliteln. Da Videospiele mehrere Stunden in Anspruch nehmen, um sie komplett zu beenden, handelt es sich hier um eine breitere Quellenauswahl, welche keine allumfassende Analyse einzelner Spiele erlaubt. Dennoch können Grundzüge der historischen Verarbeitung miteinander verglichen werden, wobei sich verschiedene Eigenarten herauskristallisieren. Unterschiedliche Spielegenres besitzen ganz eigene Herangehensweisen, wie sie sich mit dem historischen Ereignis auseinandersetzen.

Das Shooter-Genre fokussiert eindeutig auf die Kampfhandlungen individueller Soldaten auf grossen Schlachtfeldern, auf denen sich Spieler online in Massenschlachten gegeneinander messen und damit spielerisch ein Narrativ des Krieges produzieren. Es existieren zusätzlich Einzelspie-

lererfahrungen, in denen dem Spieler eine lineare Erzählung vorgesetzt wird. Diese reichen von authentisch anmutenden Kriegserfahrungen, die stark filmisch inszeniert sind, bis hin zu fantastischen Darstellungen, welche die Schrecken des Niemandslandes stilistisch überzeichnen. Narrative Adventures befassen sich in ihren Geschichten ebenfalls mit den weit verbreiteten Bildern des Stellungskrieges an der Westfront, diversifizieren jedoch das Geschichtsbild, indem Themen wie Kriegsgefangenschaft, Frontalltag oder Heimatfront in den Vordergrund gerückt werden.

Strategiespiele wiederum entfernen sich von der individuellen Perspektive und überlassen dem Spieler die Kontrolle über diverse Staaten, ohne ihm eine narrative Richtung vorzugeben. Dadurch ist eine kontrafaktische Spielweise möglich, die sich trotzdem mit geopolitischen, wirtschaftlichen und strategischen Fragen des Grossen Krieges auseinandersetzt.

Ein Blick auf die Produktion der Videospiele zeigt, wie wirtschaftliche Faktoren Einfluss auf das Endprodukt nehmen. Grosse Spielestudios, die enorm viel Kapital in die Entwicklung eines Pro-

jekts investieren, verlassen sich auf bewährte und erfolgreiche Formeln, um auf dem kompetitiven Spielmarkt eine risikoaverse Strategie zu fahren.

Kleinere Studios oder Hobbyentwickler verfügen über grössere kreative Freiheiten, um mit neuen narrativen und spielerischen Elementen zu experimentieren. Gemeinsamkeiten aller Entwickler und ihrer Spiele finden sich in der kulturellen Perspektive auf den Ersten Weltkrieg. Da es sich hauptsächlich um westeuropäische Entwickler handelt, dominiert die Westfront mit dem Stellungskrieg das konstruierte Geschichtsbild. Es sind Anzeichen einer Diversifizierung zu erkennen, sowohl in der Darstellung der Westfront selbst als auch durch eine Öffnung der Perspektive, indem Schauplätze wie die Ostfront, Afrika oder der Nahe Osten thematisiert werden. Dennoch bleiben bis heute die westliche Haltung und Erinnerungskultur unangefochten.

Trotzdem beweist diese Fallstudie, dass Videospiele zum Ersten Weltkrieg schrittweise Entwicklungen vollzogen haben, um das ansonsten übersehene historische Ereignis auf neue Weisen einem grossen Publikum zu vermitteln.



Sebastian Graf

Annahmen der Einheit und Trennung

Repräsentationen der nationalen Identität in der post-Majdan Ukraine

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Der Majdan, die Annexion der Krim und der andauernde Krieg im Osten der Ukraine haben den ukrainischen Staat, die Politik und die Gesellschaft in den letzten sechs Jahren massgeblich verändert. Diese Masterarbeit nimmt die Frage auf, wie sich die Ansichten von Nation und Identität in der post-Majdan Ukraine verändern und will aufzeigen, wie Petro Porošenko als staatlicher Akteur die Repräsentationen der nationalen Identität in Zeiten der Krise und des Umbruchs produziert. Die Analyse der Repräsentationen der nationalen Identität basiert auf der Untersuchung von vier öffentlichen Auftritten, die Porošenko während seiner fünfjährigen Amtszeit (2014–2019) gehalten hat.

Die Ansprachen bei den öffentlichen Auftritten werden eingebettet in die politischen und ge-

sellschaftlichen Entwicklungen der post-Majdan Ukraine. Um aber auch Rückschlüsse ziehen zu können, inwiefern Porošenko Repräsentationen früherer Präsidenten verwendet, werden die Schwerpunkte der politischen Konstruktionen der nationalen Identität seit der Unabhängigkeit 1991 nachgezeichnet. Daraus entstehen vier Hauptkategorien, die die wichtigsten Themenkomplexe der Repräsentationen umfassen.

Der Inhalt der vier Kategorien bildet die Grundlage für eine qualitative Frameanalyse. Um die politische und strategische Ebene der Frames mit dem gewählten akteurszentrierten Zugang zu verbinden, wird der von Jennie Schulze entwickelte Ansatz der *strategic frames* vorgeschlagen. Dieser Ansatz zeigt, wie politische Akteure unter

in- und ausländischem Druck Themenkomplexe darstellen, um bestimmte politische Ergebnisse zu erzielen. In ihrer Gesamtheit widerspiegeln die vier Kategorien die Repräsentation der nationalen Identität zu einem bestimmten Zeitpunkt und den Versuch politischer und staatlicher Akteure, die soziale Realität zu konstruieren.

Das Einsetzen der Repräsentationen der nationalen Identität als strategisches Machtmittel wird durch die Analyse der öffentlichen Auftritte Petro Porošenkos illustriert. Porošenko setzte die Repräsentationen ein, um die eigenen politischen Ziele zu untermauern. Im Zentrum stehen dabei die Bewahrung der ukrainischen Souveränität, die verstärkte Integration der Ukraine in europäische und transatlantische Strukturen sowie gegen Ende der

Amtszeit die angestrebte Wiederwahl. Die untersuchten öffentlichen Auftritte verdeutlichen, wie die Interpretation der Geschichte, die orthodoxe Kirche oder die Sprache eingesetzt werden, um die politische Legitimität der Ukraine zu fördern und eine affektive Verbindung zwischen Nation und Gesellschaft herzustellen. Die Produktion der Einheit dient dabei einerseits als Mittel der Verteidigung gegen die Russländische Föderation und andererseits als Präsupposition für eine bessere Zukunft der Ukraine als Staat. Die Amtszeit von Petro Porošenko zeigt die beständigen Veränderungen der Repräsentationen der nationalen Identität und wie diese, als gesellschaftlicher Prozess, herausgefordert, bestritten und verändert werden.



Markus Grimmer

The Meteorological Diaries of Johann Rudolf von Salis-Marschlins, 1781–1800

Masterarbeit im Rahmen des interdisziplinären Masterstudienganges «Climate Studies»
bei Prof. Dr. Christian Rohr

Weather and climate of the eighteenth and the first half of the nineteenth century, i. e. before the start of national weather services, is not very well understood. However, this was a climatically relevant phase, in particular the time around 1800 being part of the so-called Dalton Minimum.

During the last years, the SNF-funded project «Swiss Early Instrumental Series (CHIMES)», located at the Institute of Geography and the Institute of History, aimed at digitizing and evaluating the Swiss early instrumental series, in the context of which also this master thesis has been written. The meteorological diaries of Johann Rudolf von Salis-Marschlins contain a rich collection of climatological data. Within the here studied years of 1781–1800, well over 10,000 pressure and temperature measurements, more than 4,000 observations of phenological phases, and close to 2,000 descriptions of precipitation events can be found. Despite their extraordinary wealth in data, however, the Marschlinian diaries played a minor role in historical climatology so far, which is mainly due to reported inaccuracies of the used instruments. With the construction and homogenisation of a

monthly temperature and pressure series, this study was able to refute large parts of these reservations. However, the pressure data are only reliable from 1794 onwards. Additionally, the precipitation observations have been quantified to obtain monthly precipitation depth totals. Furthermore, monthly snow cover duration and some selected phenological phases have been studied and their potential evaluated. Although the accuracy of descriptions more than 900 different plants varies, they are very rich and have been remarkably underestimated so far (e.g. compared to Johann Jakob Sprüngli's observations of the same time). In general, measurements and observations generally are of high quality and, once homogenised, of high value to historical climatology, although not all systematic errors could be resolved for all series. A continuation study of the entire Marschlinian record (1781–1823) is thus recommended. In addition to this analysis of the diaries' contents, this thesis also contains a complete transcription of the first twenty years of diary entries, i. e. of 31 booklets with approximately 5,200 handwritten pages.



0.67 Prozent Marktanteil: Die Brauerei Felsenau behauptet sich

Untersuchung eines Berner Familienunternehmens

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Berner Brauerei Felsenau hatte seit der Gründung 1881 noch nie mehr als ein Prozent Marktanteil am Gesamtumsatz von Bier in der Schweiz. Trotzdem besteht die Brauerei immer noch, während zahlreiche andere, vergleichbare Brauereien heute nicht mehr existieren. Die vorliegende Masterarbeit arbeitet die Unternehmensgeschichte der Brauerei Felsenau auf und will einen Erklärungsansatz bieten, weshalb die über fünf Generationen im Familienbesitz geführte mittel-grosse Brauerei bestehen konnte. Um diese Frage beantworten zu können, müssen die historischen Prozesse des Schweizer Brauwesens ebenfalls einbezogen und die Geschichte der Brauerei Felsenau eingebettet in diese Prozesse betrachtet werden.

Eine Besonderheit des Schweizer Brauwesens war die Organisation als Kartell über weite Strecken des Untersuchungszeitraums. Betrachtet werden in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen des Kartells auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Brauerei Felsenau und, ob die Entscheidungsträger das Kartell befürworteten oder als Hemmnis empfanden. Weiter wird untersucht, wie sich die Eigenschaften des Familienunternehmens auf die Beständigkeit und den Erfolg der Brauerei auswirkten.

Als Quellenkorpus werden schwerpunktmässig Geschäftsberichte, Protokolle der Generalversammlungen und der Verwaltungsratssitzungen, Korrespondenzen sowie Zeitungsberichte aus dem nicht öffentlich zugänglichen und nicht systematisch organisierten Unternehmensarchiv der Brauerei Felsenau verwendet. Diese Quellen werden im Hinblick auf die Fragestellung klassisch-hermeneutisch untersucht. Ergänzt werden die Informationen einerseits mit einem qualitativen Experteninterview und andererseits mit quantitativen Analysen von Absatzstatistiken der Brauerei Felsenau sowie aller Schweizer Brauereien.

Die Auswertung der Quellen zeigt, dass das Fortbestehen des Unternehmens nicht immer gesichert war und es Phasen der Prosperität sowie der Krisen gab, die teils Entwicklungen der gesamten

Branche geschuldet waren, aber auch Folge von Entscheidungen oder Differenzen in der Besitzerfamilie sein konnten. Der Gründer des Unternehmens brachte die nötigen Vorkenntnisse als Brauer mit, profitierte von einer Wachstumsphase des gesamten Marktes und konnte mit dieser Kombination eine gedeihliche Unternehmung aufbauen. Durch den Kauf von Immobilien mit Bierabsatzstellen konnte die Besitzerfamilie eine hohe Stabilität des Unternehmens erreichen. Die scheinbar fehlende Nachfolge führte zu Verkaufsversuchen und Fusionsplänen, die jedoch scheiterten. In zweiter Generation wurde eine starke Expansion durch wirtschaftliche Krisen und den Verzicht auf die Gründung einer fremdgesteuerten Aktiengesellschaft verunmöglicht. In der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg war das Fortbestehen durch die zunehmenden Kartellstrukturen gesichert. Während des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit konnte das Familienunternehmen unter dem Schirm des Bierkartells florieren. Im Gegenzug für den geschützten Absatz gab die Brauerei Felsenau bereitwillig eine gewisse Eigenständigkeit und Innovationsfähigkeit auf und steigerte den Umsatz durch Diversifikationsbestrebungen im Getränkehandel. Die Kartellstrukturen rächten sich in Zeiten der Krisen, in denen das Unternehmen im Kerngeschäft nicht erfolgreich auf veränderte Marktsituationen reagieren konnte.

Der Zusammenbruch des Bierkartells wurde in der Brauerei Felsenau zwar wahrgenommen, die Reaktion auf den freien Markt fiel anfangs jedoch aus. Erst mit dem Übergang der Geschäftsführung auf die fünfte Generation wurde auf die veränderte Marktsituation eingegangen. Der Verkauf zahlreicher regionaler und nationaler Schweizer Biermarken an Grosskonzerne hatte auf die Brauerei Felsenau – die sich wieder auf ihr Kerngeschäft, die Produktion und den Verkauf von Bierspezialitäten, konzentrierte – einen positiven Einfluss, da die Kunden ein Bedürfnis für regional produzierte Biere entwickelten.



Körperpraktiken und Körperwahrnehmungen in den Selbstzeugnissen von Ursula Bruckner-Eglinger und Henriette Stettler-Herport

Zwei Tagebücher pietistischer Frauen in körpergeschichtlicher Untersuchung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Untersuchung zweier weiblicher Selbstzeugnisse in Form von Tagebüchern der beiden Frauen Henriette Stettler-Herport und Ursula Bruckner-Eglinger. Ursula Bruckner-Eglinger (1797–1876) kam als Pfarrerstochter in Liestal zur Welt. Ihre Familie gehörte zur Herrnhuter Brüdergemeine, einer in Basel sehr aktiven pietistischen Gemeinschaft. Aus dieser Gemeinschaft stammte auch ihr Mann, der gleich wie ihr Vater als Pfarrer amtierte. Henriette Stettler-Herport war eine im Jahre 1738 geborene Bernerin. Sie wuchs in einer patrizischen Familie in der Stadt Bern auf. Beide verkehrten innerhalb eines pietistisch-bürgerlichen Milieus. Schon fast pedantisch verfassten die beiden Frauen über Jahrzehnte ihre Tagebücher, in denen intensive Auseinandersetzungen mit dem Selbst, dem Leben und Gott vorzufinden sind. Dank der grundlegenden Vorstellung von Selbstheilung durch das Schreiben liegen hier zwei Selbstzeugnisse vor, welche einen einmaligen und interessanten Einblick in den Alltag und das Leben zweier Frauen vor und nach 1800 ermöglichen.

Dabei wird der Blick von beiden Frauen auch auf ihre Körper gerichtet, was im Zentrum der Masterarbeit steht. Sie konzentriert sich ganz auf die Hermeneutik des Körpers der beiden Persönlichkeiten Henriette Stettler-Herport und Ursula Bruckner Eglinger – selbstverständlich im Bewusstsein, dass Körpergeschichte als Teil der historischen Anthropologie sich zwangsläufig an der Schnittstelle zu Sozial-, Mentalitäts- und Geschlechtergeschichte bewegt.

Als Leitfrage diente dabei, welche Körperpraktiken und Körpererfahrungen Henriette Stettler-Herport und Ursula Bruckner-Eglinger in ihrem Alltag wahrnehmen. Wie wird in den beiden Selbstzeugnissen über den eigenen Körper gesprochen? In welchen Situationen wird der eigene Körper überhaupt thematisiert und wie oft? Wie werden Körperwahrnehmung und -praktiken konkret beschrieben? Welches Bild des eigenen Körpers besitzen die beiden Frauen? Lassen sich

bei den Selbstzeugnissen Unterschiede in Bezug auf Körperpraktiken und -erfahrungen feststellen? Kurzum: Anhand der schriftlichen Aussagen über den eigenen Körper in Form von Körpererfahrungen (Krankheit, Schmerz, Kummer etc.) und der Ausführung von Körperpraktiken (Geburt, Kuren, Essen etc.) wird versucht, das Körperverständnis der beiden Frauen herauszuarbeiten. Anschliessend gilt es, diese Schilderungen auf ihre Beeinflussung durch den soziokulturellen Kontext hin zu überprüfen. Wie stark waren diese Körperpraktiken und -erfahrungen also durch Kriterien des Bürgertums und/oder des Pietismus geprägt? In einem deduktiven Verfahren wird versucht, die Körperwahrnehmung der beiden Frauen zu rekonstruieren, Schmerz, Leid und Kummer mikrohistorisch sichtbar zu machen und die Einflüsse von Pietismus und Bürgertum zu verstehen.

Beschreibungen über den eigenen Körper und seine Wahrnehmungen kamen vorwiegend dort zum Ausdruck, wo Schicksalsschläge, Krisensituationen oder besonders emotionale Begebenheiten das Leben der Schreibenden bestimmten. Die Vielfalt an Körperwahrnehmungen und Praktiken war gross und ermöglicht es, ein gutes Bild der Frauen über ihre Körpervorstellungen nachzuzeichnen. Dieses orientierte sich an den Normvorstellungen der Zeit sowie dem sozio-kulturellen Umfeld. Ursula betrachtete ihren Körper grundsätzlich als Geschöpf Gottes, mit welchem sie ihren Glauben praktizieren und damit Gott gefällig sein wollte. Der Körper stellte für sie nur eine Zwischenstation für ihre Seele dar. Weiter fungierte er als Einrichtung für die Geburt ihrer Kinder.

Hier kann ein Unterschied zu Henriette ausgemacht werden, die ihren Körper weniger als Einrichtung mit göttlich vorgegebenen Funktionen betrachtete, sondern eher als verletzliches und sensibles Objekt, das sich stets anzupassen hatte und unter ständiger Beobachtung stand. Sie betrachtete ihren Körper wortwörtlich als Gradmesser für ihren Zustand. Die Frauen standen ständig im Konflikt zwischen ihren körperlichen

und psychisch-seelischen Selbst- und Fremderwartungen. Der Körper agierte also nicht nur als Instrument, um Praktiken, die den Glauben bestärken und die Sünden tilgen sollten, auszuüben. Im Gegenteil, der Körper wurde als Last empfunden und stand den Frauen öfter im Weg, was besonders auch die Ausübung von spezifisch bürgerlichen und pietistischen Praktiken verhinderte. Das Körperbild der beiden Frauen war eine Ambivalenz zwischen den zu erfüllenden Normen und Erwartungen einerseits und den persönlichen Vorstellungen und Wünschen der Frauen andererseits.

Die Unterscheidung der Körperpraktiken und Körperwahrnehmungen zwischen Stettler-Herport und Bruckner-Eglinger fällt am Ende weniger divergent aus, als zu Beginn hätte erwartet werden können. Dies widerspricht in gewissem Grade der Behauptung, dass der Körper von epochenspezi-

fischem Wissen und zeitspezifischen Diskursen durchgezogen sei und diese das Reden über den Körper sowie die eigene Wahrnehmung von ihm präge. Trotz zeitlicher Differenz sind so viele Parallelen in den Charakteristiken der beiden Körper auszumachen. Hieraus ergibt sich eine bestimmte Somatik, die über den zeitspezifischen Diskurs hinaus geht. Unbestritten ist die Frage nach dem sozio-kulturellen Einfluss. Aufgrund der Untersuchungen kann eine bleibende Körperlichkeit jedoch nicht abgestritten werden. Die Öffnung und Rückführung des Glaubens und der Religiosität in die Häuser, zum Individuum, wie dies der zeitgenössische Pietismus forderte, bildete den Nährboden für das aufsteigende Bürgertum des 18. Jahrhunderts, das sich vermehrt dem Körper zuwendete und diesen immer kontroverser wahrnahm.



Jonas Hirschi

Das politische Instrument der Diplomatie?

Geschichte des diplomatischen Protokolls der Schweiz von 1946–1980

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Das diplomatische Protokoll ist die Sammlung der Regeln, die den Verkehr zwischen Staaten oder zwischen Staaten und internationalen Organisationen sowie das Verhalten und die Arbeitsweise des diplomatischen Personals regeln. Viele Elemente des diplomatischen Protokolls wurden in der höfischen Kultur der Frühen Neuzeit entwickelt und blieben bis heute bestehen. Auch wenn erste internationale Regelungen am Wiener Kongress entwickelt wurden, dauerte es noch lange, bis das diplomatische Protokoll rechtlich kodifiziert wurde. In der Schweiz wurde das erste Protokollreglement nach der Intensivierung der Aussenpolitik im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg ausgearbeitet und 1948 verabschiedet. Auf internationaler Ebene folgte erst 1961 das Wiener Übereinkommen über die diplomatischen Beziehungen. Zuständig für die Entwicklung und Einhaltung des diplomatischen Protokolls, der Etikette und des Zeremoniells ist in der Schweiz bis heute der Protokolldienst, eine Abteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, die

1946 zum ersten Mal im Staatskalender auftauchte.

Der Protokolldienst orientierte sich bei der Ausarbeitung des schweizerischen Protokollreglements stark an den internationalen Gepflogenheiten. Durch mehrere Rundschreiben an die Schweizer Vertretungen im Ausland wurden Informationen zur jeweiligen protokollarischen Praxis in den Residenzländern gesammelt und ein internationaler Standard definiert, an dem sich die Schweiz orientierte. Im Forschungszeitraum beantwortete der Protokolldienst in schriftlicher Form zahlreiche Fragen zum diplomatischen Protokoll. Die Liste der Fragestellenden war breit. So finden sich im Bundesarchiv Anfragen des Bundesrats, der Bundesverwaltung, des diplomatischen Corps in Bern, der Medien, der Kantone und von Privaten.

Eine Auswertung dieser Schreiben zeigt auf, dass protokollarische Fragen nicht nur juristischer oder technischer Natur waren, sondern durchaus eine politische Brisanz aufweisen konnten. So waren die Schweizer Vertretungen im Ausland im

Forschungszeitraum beispielsweise stets darauf bedacht, mit ihren protokollarischen Aktivitäten nicht eine de facto-Anerkennung eines von der Schweiz nicht anerkannten Staates zu bewirken. Denn da das diplomatische Protokoll den Verkehr zwischen Staaten regelt, führt eine protokollarische Aktivität unweigerlich zur Anerkennung des Gegenübers als Vertretung eines Staates. Die korrekte Anrede, die Grussformel in Briefen, die Teilnahme an Dinners wurden so zu politisch relevanten Tätigkeiten. Auffällig hierbei ist, dass sich bei solchen Geschäften nicht mehr der Protokolldienst um die Beantwortung dieser protokollarischen Fragen kümmerte, sondern die übergeordnete Abteilung für politische Angelegenheiten.

Ebenfalls als politische Funktion kann die Vermittlung des Staatsverständnisses durch das diplomatische Protokoll gewertet werden. Denn obwohl sich das diplomatische Protokoll an internationalen Konventionen orientiert, gibt es einen gewissen Spielraum für die Staaten, um ihre Staatsidee im diplomatischen Protokoll zu repräsentieren. So ist beispielsweise die protokollarische Rangordnung von Diplomatinen und Diplomaten sowie der höheren Beamtinnen und Beamten durch

den schweizerischen Föderalismus geprägt. Eine weitere politische Funktion des diplomatischen Protokolls ist jene der Machterhaltung. Durch das komplexe Regelwerk des diplomatischen Protokolls, das nur zum Teil verschriftlicht ist, wird der Zugang zum Kreis des diplomatischen Personals erschwert. Es dient somit zur exklusiven Machterhaltung und Machtkontrolle einer kleinen Gruppe. Wenn männliche Beamte darüber bestimmen, wie weibliche Diplomatinen angesprochen werden und wo diese sich in der Rangfolge einzuordnen haben, wird die Machtfunktion des diplomatischen Protokolls offensichtlich.

Aufgrund der verwaltungsgeschichtlichen Forschung kann das diplomatische Protokoll folglich durchaus als politisches Instrument der Diplomatie betrachtet werden. Mit der Anerkennung von Staaten, der Vermittlung des Staatsverständnisses und der Machterhaltung konnten aufgrund der Praxis des Protokolldienstes drei politische Funktionen bestimmt werden. Doch obwohl protokollarische Fragen eine politische Tragweite haben konnten, so versuchte der Protokolldienst der Eidgenossenschaft im Forschungszeitraum selbst möglichst unpolitisch zu bleiben.



Christian Huber

Zwischen uns keine Grenzen

Formierung, Netzwerke und Aktionen der St. Galler Asylbewegung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Kristina Schulz

Am 27. Februar 1986 erhielten die Medien in der Region St. Gallen ein Pressecommuniqué zugeschickt, das die Gründung des «Komitees für eine solidarische Asylpolitik» in der Stadt St. Gallen bekannt gab. Rund sieben Jahre später bildeten gleichenorts Frauen und Männer verschiedener Herkunft den Antirassismus-Treffpunkt CaBi (Café-Bibliothek) als Anlaufstelle für Geflüchtete und MigrantInnen und als Ort des politischen und persönlichen Austausches. Die beiden Ostschweizer Organisationen stehen stellvertretend für den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen eine zunehmend repressive Asyl- und Migrationspolitik der Schweiz in den 1980er Jahren und gegen die steigende Gewalt gegen Asylsuchende in den

1990er Jahren.

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der Entstehung, Entfaltung und Institutionalisierung der St. Galler Asylbewegung in den 1980er Jahren. Sie beschreibt dabei anhand des analytischen Modells für soziale Bewegungen nach Joachim Raschke Formierungsursachen, Ziele und Strategien von Aktionen, Mobilisierungserfolgen und -niederlagen. Daraus ergibt sich ein Einblick in eine bewegte Zeit während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Die Schweiz unterstrich innerhalb der dichotomischen Logik des Kalten Krieges ihre Zugehörigkeit zum westlichen Lager; zuerst mit der grosszügigen Aufnahme von je über 10'000 Geflüchteten aus den von kom-

munistischen Grossmächten bedrohten Ländern Ungarn (1957) und der Tschechoslowakei (1968) sowie später mit der Aufnahme von nur rund 200 chilenischen Flüchtlingen nach dem Militärputsch im sozialdemokratisch regierten Chile (1973). Ausgehend von den Protesten der «Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge» und der Mobilisierung für die «Mitenand»-Initiative ab 1975, entstanden in den 1980er Jahren in der Schweiz neue zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen die schweizerische Asylpolitik wehrten.

Denn als 1986 das nationale Parlament bereits die zweite verschärfende Revision des erst 1981 in Kraft getretenen Asylgesetzes beriet, stand das Asylthema aufgrund der zunehmenden Gesuche aus der Türkei, Chile und Zaire (der heutigen Dem. Rep. Kongo) ganz zuoberst auf der innenpolitischen Agenda der eidgenössischen Räte. Das ursprünglich liberale Asylgesetz veränderte sich innerhalb weniger Jahre zu einer Gesetzgebung, die die Attraktivität der Schweiz als Aufnahme-land von Flüchtlingen stark verringerte. Gegen die zweite Asylgesetzrevision wurde vom «Asylkomitee St. Gallen», das 1986 aus verschiedenen Trägergruppen entstand, zusammen mit der nationalen «Asylkoordination Schweiz» und unzähligen weiteren lokalen und regionalen asylpolitischen Organisationen das Referendum ergriffen.

Aus den Quellenbeständen des Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz in St. Gallen und aus mehreren Privatarchiven ist es gelungen, die Kampagnen gegen diese Revision, aber auch die weiteren Aktionen des Komitees chronologisch-systematisch zu beschreiben. Ergänzendes Material aus dem Archiv von «Solidarité sans frontières» in Bern und dem

Sozialarchiv in Zürich zeigen eine breit vernetzte, aktive Asylbewegung in der Ostschweiz Ende der 1980er Jahre.

Die AktivistInnen waren jedoch nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch im direkten Engagement für Geflüchtete, beispielsweise bei alltäglichen oder juristischen Problemen oder bei der direkten Hilfe beim Grenzübertritt an der österreichisch-schweizerischen Grenze, tätig. Zusammen mit verschiedenen regionalen Exilgemeinschaften wurden zudem Feste und Informationsabende veranstaltet – sogenannte «Banquet républicain» – um die Öffentlichkeit über die Situation der Geflüchteten zu informieren. Als sich 1989 nach der veränderten Weltordnung viele Solidaritätsbewegungen in einer Krise befanden und ihre Kapazitäten, weiteren Druck auszuüben, häufig aufgebraucht waren, ging auch das Engagement der St. Galler Asylbewegung zurück. Jedoch kamen mit den gewalttätigen Angriffen auf Asylsuchende und Asylunterkünfte neue Themen auf, welche 1993 in St. Gallen zur Gründung eines niederschweligen Antirassismus-Treffpunktes führten, der noch heute aktiv ist. Die Bewegung wurde also in einem gewissen Sinne institutionalisiert, ohne dabei ihren ursprünglichen Bewegungskarakter zu verlieren. Wie die Untersuchung aufzeigen konnte, folgte die lokale Asylbewegung in St. Gallen den Entwicklungen der nationalen Bewegung, die ebenfalls von einer zunehmenden Institutionalisierung begleitet wurde.

Dank dieser Masterarbeit gelang es, aus dem Blickwinkel einer regionalen Bewegung heraus eine nationale neue soziale Bewegung zu beschreiben, die in der bisherigen Bewegungsforschung eher aussen vor gelassen wurde.



Nicola Imseng

STOP AIDS: Die Aids-Präventionskampagne des Schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit, 1987–2004

Masterarbeit bei Ass. Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Aids ist ein zentraler Bestandteil der Geschichte der 1980er Jahre. Während Infektionskrankheiten in der Nachkriegszeit als überwunden galten, kehrten sie mit dem Ausbruch der Immun-

schwächekrankheit Aids wieder mit voller Härte in Leben und Alltag der Menschen zurück. Daraus resultierte eine erneute enge Beschäftigung mit dem Körper und Intimbeziehungen.

Die anfänglich in den USA vorwiegend bei jüngeren homosexuellen Männern auftretende Krankheit wurde zunächst als «Gay-Related Immune Deficiency» (GRID) bezeichnet. 1981 war dort ein erster Fall der Krankheit registriert worden. 1982 bezeichnete man diese Immunschwächekrankheit erstmalig als Aids und ab 1983 konnte das HI-Virus als Ursache der Infektionskrankheit festgemacht werden.

Rassistische, sexistische und homophobe Differenzdiskurse prägten anfänglich den Umgang mit der Krankheit. In den frühen 1980er Jahren waren erste Fälle von Aids auch im deutschsprachigen Raum bekannt geworden. Das Aufkommen der Krankheit führte in westlichen Ländern zu einer enormen Wissensproduktion. Gemäss Schätzungen der Vereinten Nationen leben heute weltweit rund 37 Millionen Menschen mit HIV oder Aids. Gleichzeitig aber nimmt der Anteil von Menschen mit Zugang zu Medikamenten zu. Nichtsdestotrotz wurden noch 2018 in der Schweiz 425 neue Fälle von HIV-Infektionen diagnostiziert.

Die Geschichte von Aids und den Präventionsbemühungen des Bundes ist in der Schweiz weitgehend unerforscht. Seit 1987 orientierten das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe Schweiz (AHS) mit der «STOP AIDS»-Kampagne die schweizerische Bevölkerung regelmässig über HIV und die Möglichkeiten, sich vor der Krankheit effektiv zu schützen. Im Gegensatz zu einigen im Ausland lancierten Aufklärungsaktivitäten setzte die «STOP AIDS»-Kampagne nach eigenen Aussagen der Initiatoren nicht auf Schockeffekte und Angst, sondern auf Sachlichkeit und Information. Als Hauptmedium figurierte dabei das Plakat. Im Zentrum dieser Masterarbeit steht die «STOP AIDS»-Kampagne und eine Auswahl der in ihr zur Verwendung gelangenden Plakate. Als Quellengrundlage diente dabei die Sammlung der AIDS Info Docu (AID) Schweiz, welche dem Archiv

des Instituts für Medizingeschichte der Universität Bern 2013 als Schenkung übergeben wurde, um die Erforschung der Bestände zu ermöglichen.

Die Masterarbeit zeichnet die Entstehung der Kampagne nach, ordnet sie in die Präventionsbemühungen des Bundes ein und geht den Wirkungsabsichten der Kampagnenmacher*innen mithilfe von Plakat- und Inseratanalysen nach. Dabei orientiert sie sich an Fragestellungen betreffend Akteur*innen und deren Beweggründen und rückt die anvisierten Rezipient*innengruppen in den Fokus.

Überdies werden die Kampagnenbotschaften erläutert und nach Brüchen in der Gestaltung der Kampagne gefragt. Im Sinne einer *visual history* wird dabei ein Quellenkorpus bestehend aus Plakaten und Inseraten der Kampagne und den dazugehörigen Begleitdokumentationen analysiert. Durch eine genaue Betrachtung der Bildmotive, der sprachlichen Elemente sowie der Text-Bild-Verbindungen können die Botschaften und Zielgruppen der Kampagne identifiziert werden.

Die Arbeit zeigt auf, dass die Schweizer Bundesbehörden in ihrer Bekämpfung des Virus den Fokus auf die Prävention legten und in Anwendung einer *New Public Health*-Strategie, die das Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher Akteur*innen, in diesem Falle des BAG und der AHS, vorsah, auf einen Lerneffekt in der Bevölkerung mithilfe der Darlegung von Informationen setzten. Dabei nutzten sie das Potential einer multimedial angelegten Kampagne und richteten einfachste Präventionsbotschaften, die beispielsweise zum Gebrauch von Präservativen aufriefen, an die Bevölkerung mit dem Ziel der Reduktion von Neuinfektionen und der Förderung der Solidarität.

Die Analyse zeigt, dass sich die Kampagne in ihren Grundbotschaften durch eine grosse Kontinuität auszeichnet, ihre Visualisierung auf Plakat- und Inseratmotiven jedoch einem starken Wandel unterworfen ist.



Lateinamerikanische Delegierte an den Internationalen Arbeitskonferenzen 1960–1963

«This grotesque contrast between the nations which seek to [...] conquer Mars or the moon, and those who are determined to remain with their feet on the ground, to cut a way towards civilisation and progress for our forgotten peoples [...].»

Masterarbeit bei PD Dr. Stephan Scheuzger

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) feiert 2019 ihr 100-jähriges Bestehen und gehört damit zu den ältesten internationalen Organisationen (IO). Neben ihrem Alter hebt sie sich auch in Bezug auf ihre dreigliedrige Struktur von anderen IO ab. Die IAO setzt sich jeweils aus Regierungs-, Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innen-delegierten aus allen Mitgliedstaaten zusammen. Die Internationale Arbeitskonferenz (IAK) – das höchste Organ der IAO – findet jährlich in Genf statt und verabschiedet die internationalen Arbeitsnormen. Alle Mitgliedstaaten können jeweils vier Delegierte an die Konferenz entsenden, bestehend aus zwei Regierungsdelegierten und je einer Vertretung der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Weitere Organe sind der Verwaltungsrat, als exekutives Organ, und das Internationale Arbeitsamt als ständiges Sekretariat. Diese einzigartige Struktur ermöglicht eine breitere Partizipation als andere IO und macht die IAO dadurch zu einem interessanten Forschungsobjekt.

Die Historiographie der IAO weist bis heute einen starken Fokus auf den globalen Norden auf. Die vorgelegte Arbeit leistet einen Beitrag zur Behebung einer wichtigen Forschungslücke und konzentriert sich auf die lateinamerikanischen Delegierten an den IAK in den Jahren 1960 bis 1963. Dabei widmet sie sich Fragen rund um die Politisierung der Debatte, das lateinamerikanische Selbstverständnis, die Süd-Süd-Solidarität sowie die technische Zusammenarbeit. Der Untersuchungszeitraum umfasst das für die inner-lateinamerikanischen Beziehungen prägende Ereignis der «Kubakrise».

1960 bis 1963 nahmen 233 stimmberechtigte lateinamerikanische Delegierte, davon nur drei Frauen, an den IAK teil. Diese gaben dabei insgesamt 196 Voten ab, wovon anteilmässig am meisten von den Arbeitnehmer*innendelegierten stammten. Auffällig ist zudem die unterschiedliche Aktivität sowohl der einzelnen Delegierten als

auch der Unterschied zwischen den Delegierten der verschiedenen Länder.

Eine weit verbreitete Forderung der lateinamerikanischen Delegierten war die nach einer besseren Vertretung der Länder des Südens in der IAO, insbesondere im Verwaltungsrat. Die Rückmeldungen zur Arbeit der IAO fielen jedoch grundsätzlich positiv aus, den kritischen Rückmeldungen gemeinsam war der Appell nach einer vermehrten Fokussierung der Arbeit der IAO auf Lateinamerika bzw. die «Entwicklungsländer» generell.

Obwohl die Diskussionen an den IAK nicht dazu gedacht waren, politische Äusserungen einzubringen – die nicht in direktem Zusammenhang mit traktandierten Geschäften standen – zeigt die Untersuchung, dass politische Auseinandersetzungen im Kontext des Kalten Krieges mit der Teilnahme der kubanischen Delegierten ab 1961 zugenommen hatten. Rund 15% der lateinamerikanischen Personen konnte dabei eine klare politische Parteinahme nachgewiesen werden. Von diesen Personen gingen rund 36% aller Voten aus, die nicht alle zwingend politisch waren. Die Zahlen zeigen, dass dieser verhältnismässig kleine Kreis von Personen ausserordentlich aktiv war. Die Politisierung der Debatte zeigte sich dabei insbesondere bezüglich der Frage der Süd-Süd-Solidarität und in Bezugnahmen auf Lateinamerika, die bestätigen, dass Lateinamerika als Einheit wahrgenommen wurde. Die Bezugnahmen erfolgten in erster Linie im Zusammenhang mit gemeinsamen wirtschaftlichen Herausforderungen.

Sehr präsent waren diverse Solidaritätsbekundungen mit den unabhängig gewordenen Nationen und solchen, die sich auf dem Weg dahin befanden. In diesem Zusammenhang äusserten sich auch verschiedenste lateinamerikanische Delegierte, über alle Fraktionen hinweg, gegen den Kolonialismus. Zudem wurde auch immer wieder Kritik an den «Industriestaaten» geäussert, wobei nur die

sozialistischen Delegierten auch ihre Ablehnung eines Neo-Kolonialismus und einer Verlängerung des Imperialismus zum Ausdruck brachten. Die Voten zeigen ebenfalls, dass sich die lateinamerikanischen Delegierten als Teil eines grösseren globalen Südens verstanden.

Schliesslich weist auch die Diskussion über die technische Zusammenarbeit – ein wenig untersuchtes Tätigkeitsgebiet der IAO – eine zuneh-

mende Politisierung und damit eine Fragmentierung der pan-lateinamerikanischen Haltung zur Thematik auf. Dabei lässt sich allerdings auch feststellen, dass die technische Unterstützung trotz einer Zunahme von kritischen Äusserungen – wie der Kritik, es handle sich bei der technischen Zusammenarbeit um eine «Weiterführung des Imperialismus» – nie vollständig in Frage gestellt wurde.



Susann Jakob

Feige Krämer, Friedliche Piraten, Reiche Judenfeinde

Die ethnografische Darstellung der Nabatäer bei Strabon, Plinius und Flavius Josephus
und ihre Rezeption in der Forschung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Thomas Späth

Die Nabatäer – eine im Nordwesten der arabischen Halbinsel lebende Bevölkerungsgruppe – haben ihrer Nachwelt, nebst einigen Inschriften und einzelnen Papyri, keine schriftlichen Quellen hinterlassen. Aus römisch-griechischer Perspektive ist jedoch eine Vielzahl von Quellen überliefert, die in ihrem Umfang stark variieren und aus verschiedenen Zeiten, Perspektiven und Textsorten stammen. In den meisten Überlieferungen werden die Nabatäer lediglich am Rande erwähnt, wobei ereignisgeschichtliche Inhalte, die quasi eine Geschichte der nabatäischen Aussenpolitik zeigen, im Vordergrund stehen. Zudem wird vor allem die nabatäische Wirtschaftsgeschichte und der Handel, primär des 1. Jahrhunderts n. Chr., thematisiert, was auf die verstärkten Handelsinteressen Roms im Osten zurückzuführen ist.

Eine stringente, chronologische Erarbeitung der nabatäischen Geschichte ist auf Basis der erhaltenen Quellen kaum möglich. Aus diesem Grund, sowie auch dank der zahlreichen archäologischen Funde, am bekanntesten wohl jener von Khazne al-Firaun in der Königsstadt Petra, wird die aktuellste Nabatäerforschung grösstenteils von der Archäologie getragen. Im Zuge dieser Masterarbeit wird der Zugang zu der Geschichte, oder vielmehr «der Welt» der Nabatäer mittels der antiken Ethnografie gewonnen.

Im Zentrum stehen die Darstellungen der Nabatäer in Strabons *Geographica*, Flavius Josephus'

Antiquitates Judaicae und *De bello Judaico* sowie der *Naturalis historia* von Plinius dem Älteren. Die Arbeit besteht im Wesentlichen aus zwei korrespondierenden Hauptteilen. Der erste beinhaltet die Analyse der vier ausgewählten Werke. Dazu wurden alle Textstellen untersucht, die Aussagen zu den Nabatäern, sei es als Gruppe oder als einzelne Personen, Aussagen über Handlungen und Objekte, die als Teil einer nabatäischen Kultur verstanden werden können, oder Aussagen über ihren Lebensraum beinhalten. Dadurch konnten drei aus verschiedenen Aspekten bestehende Nabatäerbilder erarbeitet werden, die in einem nächsten Schritt verglichen wurden, um Parallelen und Diskrepanzen erkennbar zu machen. Bei dieser Untersuchung wurde erwartet, dass autorenspezifische Nabatäerbilder festzustellen sind, die aus teilweise ähnlichen Elementen bestehen und eventuell sogar eine Art Darstellungsmuster aufweisen. Für diesen Teil der Arbeit ist die Richtigkeit oder Falschheit der von Plinius, Josephus und Strabon gemachten Aussagen absolut irrelevant und ihre ethnografischen Berichte sollen keiner Wertung in irgendeiner Form unterzogen werden.

Eine kritische Betrachtung der herausgearbeiteten Nabatäerbilder findet sich im zweiten Teil der Arbeit, in dem die Vorstellungen der antiken Autoren mit der zeitgenössischen Nabatäerforschung in Verbindung gesetzt werden. Während im ersten Teil einzig und allein die vier Werke im

Fokus stehen, werden hier die Einordnung und Rezeption der ethnografischen Darstellungen, ihr Zusammenhang mit anderen literarischen Quellen, sowie die zahlreichen archäologischen, numismatischen und epigrafischen Funde miteinbezogen. Die Auseinandersetzung mit der aktuellen Nabatäerforschung verfolgte das Ziel, das Bild der Nabatäer in der Forschung mit den antiken Darstellungen zu konfrontieren. Dabei wird die These überprüft, dass – nicht zuletzt wegen der Quellenarmut – einzelne der ethnografischen Elemente in der Forschung übernommen respektive in der älteren Forschung als Tatsachen akzeptiert wurden, die heute aber differenzierter zu betrachten sind und möglicherweise durch die Archäologie sogar einzelne Annahmen wiederlegt werden können.

Im Rahmen der Quellenanalyse konnte für jeden der drei Autoren ein aus verschiedenen Aspekten bestehendes Nabatäerbild herausgearbeitet werden. Der Vergleich der verschiedenen ethnografischen Motive hat zwar gezeigt, dass sich durchaus Parallelen und Unterschiede festmachen lassen, aber nicht von einem einheitlichen Darstellungsmuster ausgegangen werden kann. Welche ethnografischen Aspekte die Autoren erwähnen, scheint stark mit der übergeordneten Thematik ihrer Werke zusammenzuhängen. Dies zeigt, dass die antiken ethnografischen Exkurse einen bestimmten

Zweck innerhalb eines grösseren Textes erfüllen. Dadurch werden aber die Vergleichsmöglichkeiten unweigerlich eingeschränkt. Hinsichtlich der Nabatäerforschung konnte gezeigt werden, dass die Berichte von Strabon, Plinius und Josephus das vorherrschende Nabatäerbild massgeblich geprägt haben. Das sie mit ihren ethnografischen Exkursen äusserst unterschiedliche Themen bedienen, wird als glücklicher Umstand betrachtet, da zu einzelnen Bereichen keine anderen Quellen existieren. Gerade aus diesem Grund wird wohl der Grossteil ihrer Aussagen akzeptiert. Zu durch andere Quellentypen gewonnenen Erkenntnissen scheinen kaum Widersprüche zu bestehen. Allerdings bieten die literarischen Quellen zu einigen Aspekten der nabatäischen Geschichte und Kultur, wie zum Beispiel ihrer Sprache und Religion, die im Fokus der archäologischen Forschung stehen, überhaupt keine Informationen. Hier zeigt sich der interdisziplinäre Ansatz, der epigrafische und archäologische Quellenmaterialien einbezieht, die in gewisser Weise eine «Selbstdarstellung» der Nabatäer vermitteln, als eine für die aktuelle Forschung entscheidende Ergänzung. Sie erlauben, einige Aspekte des antiken Nabatäerbildes, insbesondere die antiken Aussagen über Kollektiveigenschaften der Nabatäer, zu revidieren.



Astrid Kaufmann

Fromme Forscher – Protestantische Reisende im Heiligen Land

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christan Windler

Die Art des Reisens veränderte sich durch die Zeit. Beeinflusst wurde sie von technologischen Entwicklungen, politischen Umständen, aber auch geistesgeschichtlichen Veränderungen. So wirkte sich beispielsweise die Reformation auf das religiöse Reisen aus, indem sie das Pilgern delegitimierete. Entdeckungen neuer Weltregionen, Humanismus und Aufklärung brachten die Forschungsreise hervor. Daran anschliessend postulieren historische Betrachtungen für die Frühe Neuzeit einen Übergang vom religiösen zum profan-forschenden Reisen. Die religiöse Motivation soll dabei der reinen Neugier im humanistisch-aufklärerischen

Sinn gewichen sein. Dieser mit der Säkularisierungsthese in Verbindung stehende Befund wird in der hier vorgelegten Arbeit problematisiert. Zu diesem Zweck wurden Berichte von britischen Reisenden aus dem 18. und frühen 19. Jahrhundert auf ihren religiösen Inhalt hin untersucht. Diese Reisenden verband ihre Herkunft, ihre Zugehörigkeit zur anglikanischen Kirche sowie ihr Selbstverständnis und Vorgehen als Forschungsreisende. Weiter teilten sie das Reiseziel Palästina. Der Ablauf ihrer Reise unterschied sich äusserlich nur minimal von jener der römisch-katholischen Pilger. Sie besuchten gleichermassen die heiligen Stätten

von Bethlehem bis Jerusalem, mussten sich denselben Reise Strapazen aussetzen und wurden dabei von den franziskanischen Mönchen der Kustodie *Terrae Sanctae* beherbergt. Der entscheidende Unterschied war ihre Reisemotivation. Katholische Reisende versprachen sich vom Besuch des Heiligen Landes Erlösung. Die britischen Reisenden hingegen wollten das biblische Palästina mit eigenen Augen sehen und mit der Bibel als Reiseführer erkunden und erforschen.

Die Quellenanalyse hat gezeigt, dass Religion in den Berichten der britischen Reisenden eine wichtige Rolle spielte. Religiöse Inhalte hatten dabei verschiedene Gestalten und Funktionen. Erstens enthielten die Reiseberichte eine Vielzahl von wörtlichen Zitaten aus der Bibel, Verweisen auf die biblische Überlieferung und biblische Begrifflichkeiten (z. B. Ortsbezeichnungen). Diese zeigten nicht nur die Bibelfestigkeit der Reisenden, sondern waren auch ein Bekenntnis zur Wahrhaftigkeit der Offenbarung, wie sie der «historical criticism» und der Deismus in England zu jener Zeit in Frage stellten. Zweitens war die konfessionelle Auseinandersetzung in den Berich-

ten omnipräsent. Den Antikatholizismus, den die Reisenden dabei bei jeder Gelegenheit äusserten, spiegelte die konfessionellen Verhältnisse in ihrem Heimatland wider. Neben den gebräuchlichen Stereotypen vom geldsüchtigen und wohlgenährten katholischen Geistlichen war der Vorwurf des Aberglaubens in den Berichten zentral. Der Heiligenkult und die Verehrung von legendären Stätten waren für die Reisenden genauso verwerflich wie die Pflege und Förderung dieser Praxis durch die franziskanischen Mönche. Die Reisenden demonstrierten mit ihrem Antikatholizismus ihre Treue zum protestantischen Glauben.

Dabei liess sich ferner eine Funktionsverschiebung bezüglich Aberglaubensvorwurf und Antikatholizismus vom frühen 18. hin zum frühen 19. Jahrhundert ausmachen.

Anhand der Bedeutung, die Religion und Konfession in ihren Reiseberichten hatten, liess sich also zeigen, dass auch britische Protestanten im 18. Jahrhundert aus frommen Motiven Palästina bereisten und sich folglich frommes und profanes Reisen vermischten. Dies brachte eine neue Art des Reisens hervor: die fromme Forschungsreise.



Pascale Kälin

Wie aus Armen Unterdrückte wurden

Die Positionierung des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor gegenüber den Befreiungstheologien in der Öffentlichkeits- und Projektförderungsarbeit im bolivianischen Hochland (1961–1989)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Die vorliegende Masterarbeit analysiert, wann und in welchem Umfang sich das 1958 in der BRD gegründete Bischöfliche Hilfswerk Misereor jenen Entwicklungs- bzw. Befreiungsdiskursen verschrieb, welche im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellín tiefgreifende Umwälzungen in der katholischen Weltkirche anstießen. Gerade in gewissen lateinamerikanischen Kirchenkreisen mündeten diese Impulse, zusammengefasst unter dem Begriff der Befreiungstheologien, in einer Hinwendung zur Lebenswirklichkeit von armen, marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Auf Basis von Informationsmaterialien

des Hilfswerkes, gerichtet an westdeutsche, vorwiegend katholische SpenderInnen, wird in einem ersten Teil für den Zeitraum von 1968–1989 untersucht, welches Entwicklungsverständnis dem Arbeitsbereich der Öffentlichkeitsarbeit zugrunde lag. Die Aufnahme von Kernprinzipien der Befreiungstheologien in die Entwicklungspraxis wird weiter am Beispiel der Projektförderungsarbeit im bolivianischen Hochland (1961–1978) dargestellt, wo neben archivarischen Quellen auch Interviews mit Vertretern damaliger Projektträgerorganisationen einfließen.

Diese zusammenführende Analyseperspektive soll beleuchten, wie Misereor sich innerhalb der

vielfältigen Aushandlungsprozesse von entwicklungspolitischen und religiösen Spannungsfeldern zwischen Europa und Lateinamerika positionierte bzw. positionieren konnte. Obwohl die Forderungen, Ursprünge und Wirkungsmacht der Befreiungstheologien von HistorikerInnen und TheologInnen bereits intensiv erforscht wurden, blieben deren konkrete Implikationen in peripheren Regionen wie dem bolivianischen Hochland bisher relativ unbeachtet. Zudem existieren kaum systematische Untersuchungen darüber, wie diese das Entwicklungsverständnis von westlichen, katholischen Hilfsorganisationen, von welchen Misereor ein äusserst einflussreicher Akteur war, zwischen den 1960er und 1980er Jahren beeinflussten.

Die Arbeit geht von der Annahme aus, dass Misereor in den beiden analysierten Wirkungsbereichen auf verschiedene Zwänge reagieren

musste, was zu einem fragmentierten Umgang mit den Befreiungstheologien führte. In der Öffentlichkeitsarbeit stand dabei die Frage im Zentrum, welche Aussagen dem Bewusstseinsstand der SpenderInnenbasis und der westdeutschen Kirchenhierarchie entsprachen. In der pragmatischeren Projektförderungsarbeit hing der Umgang mit der Strömung hingegen hauptsächlich von der Präsenz und Orientierung lokaler Akteursgruppen ab, welche mit ihren Entwicklungsmassnahmen untereinander zudem oft inkompatible Ziele verfolgten. Das Quellenmaterial weist darauf hin, dass sich Misereor zunehmend einem Verständnis verschrieb, das mit der Ablösung des neutraleren Entwicklungskonzepts durch die politisch aufgeladeneren Prämissen der Befreiungstheologien einherging.



Muhammad Benyamin Khan

Der Umgang der Behörden mit versteckten Kindern von ArbeitsmigrantInnen in Schweiz (1950er–1970er Jahre)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Kristina Schulz

Die Masterarbeit fragt nach dem Umgang der Behörden mit sogenannten versteckten Kindern von ArbeitsmigrantInnen in der Schweiz in den 1950er bis 1970er Jahren. Der Begriff der versteckten Kinder bezeichnet Kinder von ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz, die aufgrund des geltenden Verbots des Familiennachzugs kein Bleiberecht hatten und deshalb von ihren Eltern illegal in die Schweiz nachgezogen und vor den Behörden versteckt gehalten wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 10'000 und 30'000 ausländische Kinder versteckt in der Schweiz lebten.

Das Thema der versteckten Kinder ist historisch kaum erforscht. Die wenigen historiographischen Beiträge dazu fokussieren vorwiegend auf die Perspektive der Betroffenen, wobei Verwaltungsakten bislang kaum berücksichtigt wurden. Hier setzt die Masterarbeit an. In Abgrenzung zu den wenigen bisherigen Beiträgen interessiert sie sich für das Handeln und die Perspektive der Behörden im Umgang mit versteckten Kindern und

versucht, diesen Gegenstand in erster Linie mit Verwaltungsakten zu beleuchten.

Die Arbeit versteht sich als explorative Studie. Ziel ist entsprechend nicht nur die inhaltliche Beantwortung der Fragestellung, sondern auch das Erproben methodischer und quellentechnischer Zugänge zum schwer fassbaren und kaum erforschten Phänomen der versteckten Kinder. Die Suche nach geeignetem Quellenmaterial und die Dokumentation der Quellenlage macht demnach einen gewichtigen Teil der Arbeit aus. Das disparate Quellenkorpus integriert letztlich Akten aus dem Bundesarchiv, dem Staatsarchiv Basel-Stadt und dem Schweizerischen Sozialarchiv. Ergänzt wird das Korpus durch zwei *Oral History* Interviews mit Betroffenen.

Bei den Akten aus dem Sozialarchiv handelt es sich um Korrespondenz zwischen ArbeitsmigrantInnen und der *Federazione Colonie Libere Italiane in Svizzera*, der wichtigsten italienischen MigrantInnenorganisation in der Schweiz im fraglichen Zeitraum. Die verwendeten Quellen aus

dem Staatsarchiv Basel-Stadt sind mehrheitlich Personendossiers von AusländerInnen aus den Beständen der kantonalen Fremdenpolizei.

Die Akten dokumentieren die Praxis kantonalen Behörden in der Verwaltung und Kontrolle von ArbeitsmigrantInnen. Die Quellen aus dem Bundesarchiv stammen mehrheitlich aus den Beständen der Eidgenössischen Fremdenpolizei und des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit und vermitteln einen Eindruck für die Sichtweise der Bundesbehörden. Im Sinne eines multiperspektivischen Zugangs werden die verschiedenen Quellenbestände im empirischen Teil der Arbeit auf die gleiche Ausgangsfrage hin nach dem behördlichen Umgang mit den versteckten Kindern befragt.

Die Quellenarbeit macht auf kantonaler Ebene den engen Konnex zwischen den hohen Hürden für den Familiennachzug für ArbeitsmigrantInnen, der Trennung von Familien sowie dem Verstecken von Kindern ersichtlich. Selbst wenn in den konsultierten Akten nur vereinzelt versteckte Kinder dokumentiert sind, vermitteln die Quellen doch einen vielfältigen Eindruck für die Richtlinien, Bedingungen und behördlichen Massnahmen, welche den Rahmen für das Verstecken ausländi-

scher Kinder bildeten. Diese reichen vom Verbot der Unterbringung der Kinder in Krippen bis zu Ausweisungsentscheide gegen Kinder ausländischer Arbeitskräfte.

Dadurch gewinnt das Phänomen insgesamt an Kontur. Der Umgang der Bundesbehörden mit versteckten Kindern kann insgesamt als eine Strategie der Vermeidung und Verneinung bezeichnet werden. Die Arbeit mit bundesbehördlichen Akten zeigt, dass der Bund spätestens ab den frühen 1960er Jahren kritisch mit der Problematik der versteckten Kinder konfrontiert wurde, allerdings nichts zur Entspannung der Situation unternahm und einer gesellschaftspolitischen Problematisierung sogar aktiv entgegenwirkte.

Die Verantwortung für das Schicksal der Kinder schrieben die Behörden allgemein den Eltern zu, welche sich «freiwillig» über die Schweizer Gesetzgebung hinwegsetzten. Diese Masterarbeit vermag der besagten behördlichen Haltung durch die versammelten Fallbeispiele und den Verweis auf die engen Handlungsspielräume der ArbeitsmigrantInnen eine alternative Perspektive entgegenzusetzen.

Die Studie wurde mit dem Jahrespreis 2020 des Schweizerischen Sozialarchivs ausgezeichnet.



Thomas Michael Klaper

Silent Participants

Intermediaries in Canadian Arctic Exploration

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

This M.A. thesis looks at the contribution that silent participants made to exploration in the 1820s and 1830s in the Canadian Arctic. Silent participants are defined as people, who joined expeditions, providing workforce, knowledge or other contributions and were marginalized to the role of «subordinate» figures in favor of some aggrandized notion of the expedition. It is important to understand that this silence is not self-inflicted, but a consequence of the process of publication and the societal expectations explorers had to conform with. Exploration history had been continuously read in favor of the lone explorer forging a path that no one had gone before and paradoxically al-

lowed to discover the known anew. Only recently, scholars have begun to uncover the untold stories of such marginalized people, yet, the Arctic remained a blank sheet in this regard. Instead of focusing on perpetuated hero myths of these expeditions, this thesis reinterprets exploration as a collective enterprise and sheds light on the silent participants.

For this purpose, the author conducted research in Canada to gather data on the people behind the explorers. In the *Libraries and Archives Canada* (Ottawa, Ontario), George Back's four sketchbooks of three Arctic overland expeditions provided valuable insight beyond the written journals.

The three expeditions were Franklin's Coppermine Expedition (1819–1822), Franklin's Second Arctic Expedition (1825–1827), and the Arctic Land Expedition (1833–1835) led by Back himself. In the *Hudson's Bay Company Archives* (Winnipeg, Manitoba), material of the fur trade company allowed to reconstruct the lives of those who did not leave written sources themselves. A list of people employed on expeditions between 1819 and 1859 highlighted the fact that the work of intermediaries in overland expeditions in the Arctic was common. Supplemented were these primary sources with the published journals, which did not accommodate the true extent of reliance on intermediaries or only in a distorted view. In order to open access to silent participants, it was necessary to adopt a micro-historical approach coupled with a visual discourse analysis to sort the findings in the sketchbooks into groups. These groups contained food and hunting, local knowledge, relationships, and labor.

The findings of this M.A. thesis suggest considerable discrepancies between the published journals and views from the sketchbook. For instance, Franklin reported on 4 July 1821 that Akaitcho, an Indigenous chief, together with other hunters successfully killed several musk oxen. Whereas in the journal Franklin appeared to be present at the hunt since one calf that was wounded almost ran

him over, Back's painting showed a different story by depicting that only the hunters were in close proximity to the animals and the rest of the group was hardly visible on the horizon. Furthermore, intermediaries inherited the crucial role of the most important means to survive in the Arctic and therefore were valuable companions. A particularity of the Canadian Arctic was the availability of European descendants, who had learnt from Indigenous people how to live off the land and adopted transportation techniques. These so-called voyageurs, who were mostly French-Canadian and worked in the fur trade, were exceptional in the way that such help with European roots did not exist in Australia, India, Africa, or South America at the beginning of the nineteenth century. Moreover, the continuous overland exploration in the Arctic established a lasting professional field for Indigenous guides, who participated over two generations. By conducting research with unpublished sources, this M.A. thesis was able to dismantle biased opinions. Among others, the diverging realities between pictorial sources and their published accounts revealed more appreciation for silent participants' contribution. In this way, this study is a rebuttal to the perpetuated hero myth, which must be relativized by looking at the help of silent participants, who have consistently met with marginalization, misrepresentation and omission.



Philippe André Meier

Wasserbau im 19. Jahrhundert am Beispiel des Reusstals im aargauischen Freiamt

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Reuss überschwemmte das Reusstal im aargauischen Freiamt letztmals 2005, wobei auch die niederen Gebiete von Bremgarten und Windisch überflutet wurden. Die Gefahr des heranströmenden Wassers beschäftigte die Bevölkerung aber nicht erst seit 2005: Bereits seit Jahrhunderten bildeten Überschwemmungen ein Ärgernis. Dabei war besonders der Streckenabschnitt von Mühlau bis Hermetschwil immer wieder von Flussverlagerungen und Überschwemmungen betroffen. Da in diesem Streckenabschnitt im 19. Jahrhundert

auch erste grössere Wasserbauprojekte realisiert wurden, untersucht die Masterarbeit diese für das Reusstal im Raum Mühlau bis Hermetschwil. Da bis anhin kaum Literatur oder Forschungsarbeiten hierzu verfasst wurden, stützt sich die Arbeit vorwiegend auf Quellenbestände der zuständigen Baukommission und des Regierungsrats, die im Staatsarchiv Aargau in Aarau eingelagert sind.

Bis zum Ende des Ancien Régime verursachten vor allem die häufigen Laufwechsel der Reuss nach grösseren Hochwassern Probleme für die

Bevölkerung. Als Gegenmassnahme erstellte die Bevölkerung oder damalige Obrigkeit Wuhren, erarbeitete kleinere Flusskorrekturen oder entfernte zumindest zeitweise das hinderliche Hermetschwiler Mühlewehr. Da das Wehr aber kurz nach der Entfernung im 16. Jahrhundert wieder erstellt wurde, blieben die restlichen Abwehrmassnahmen grösstenteils wirkungslos. Mit dem Wehr erhöhte sich die Flusssohle aber stetig, so dass immer weniger Wasser nötig war, bis die Reuss über die Ufer trat. Gegen Ende des Ancien Régime mussten daher die ersten Hochwasserschutzdämme erstellt werden, um die Ebene vor Überschwemmungen zu schützen.

Im 19. Jahrhundert beschäftigte sich der Kanton zuerst mit der Festlegung der territorialen Grenzen. Hierzu fixierte er die sich ständig ändernden Ufer anhand von Verträgen mit den Nachbarkantonen. Dadurch veränderte sich auch der Wert der Wuhren, denn durch die Festlegung der Ufer mussten diese fortan so erstellt werden, dass sie die Ufer an vereinbarten Korrektionslinien fixierten. Die Wuhrpflichtigen mussten aber zuerst zur Einhaltung der Korrektionslinien animiert werden; als probates Mittel etablierte sich die Auszahlung von Staatsbeiträgen. Dabei unterstützte der Kanton vor allem Wuhren, welche für die Region oder die Korrektionslinie als wichtig erachtet wurden oder besonders komplex und kostenintensiv waren.

Nebst dem Bau von Wuhren beschäftigte sich der Wasserbau im 19. Jahrhundert einerseits mit der Beseitigung anthropogen verursachter Verheerungen (Wehre) und andererseits mit Verbesserungsmassnahmen für die Reussebene. Zu diesem Zweck verfasste die zuständige Baukommission 1828 den Bericht *Massnahmen über die Regulierung des Reussabflusses*, welcher vorsah, die Reuss bei Unterlunkhofen zu korrigieren, das Hermetschwiler Mühlewehr zu entfernen sowie die Binnengewässer von Mühlau bis Rottenschwil abzuleiten und die Hochwasserschutzdämme zu schliessen. Die Reusskorrektur war das erste Projekt, welches 1848 vollendet wurde. Dabei war vor

allem die Uneinigkeit zwischen den Gemeinden die Hauptursache für die lange Verzögerung der Realisierung. Erst als der Regierungsrat intervenierte und zumindest den unumstrittenen unteren Durchstich durchpaukte, nahm das Projekt Fahrt auf. Doch Planungsfehler und unvorhersehbare Ereignisse verdreifachten schliesslich die budgetierten Kosten.

Als zweites Projekt vollendete der Kanton 1858 die Entfernung des Hermetschwiler Mühlewehrs, welches bereits 1829 in einem ersten Schritt verkleinert worden war. Damit war der Staukörper beseitigt, so dass sich der Wasserbau im 19. Jahrhundert fortan auf zusätzliche Schutzmassnahmen konzentrieren konnte. Hierzu dienten die Binnengewässerableitung und die Schliessung der Hochwasserschutzdämme, wobei auch diese Projektierungsphase Jahrzehnte verschlang. Die Verzögerung hatte in diesem Fall aber auch positive Effekte, denn durch die periodisch durchgeführten Ausräumungen des Reussbetts tiefte sich die Reuss dermassen ein, dass die Kanäle der Binnengewässerableitung ebenfalls tiefer eingegraben werden konnten. Doch auch dieses Projekt verursachte Mehrkosten, nebst maroden Dämmen und unstabilem Untergrund belasteten vor allem diverse Planungsfehler der Baukommission den Kostenvoranschlag massiv. Auch Berechnungsfehler der Baukommission beim Abfluss des Merenschwanderbachs trübten das Projekt, da dadurch die Kanäle zu schnell vollliefen.

Die Nachhaltigkeit der Massnahmen zur Regulierung des Reussabflusses im 19. Jahrhundert war daher zwiespältig. Während die Reusskorrektur und die Heraushebung des Wehrs den Reusslauf stabilisierten, konnte die Binnengewässerableitung die Erwartungen nur bei niedrigem und mittlerem Wasserstand erfüllen. So verbesserte zwar der Wasserbau im 19. Jahrhundert durchaus die Lage für die Reussebene und deren Bewohner, doch nicht so tiefgreifend, wie dies die Projekte versprochen. Überschwemmungen konnten daher am Ende des 19. Jahrhunderts nicht vollends verhindert werden.



«Aus den Reihen der fachlich und charakterlich besonders qualifizierten Ärzte»

Die Suva-Ärzte als Spezialisten für Humanfluorose in der Schweiz im 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Die Humanfluorose ist eine Krankheit, die vor allem bei ArbeiterInnen der Aluminiumindustrie auftrat, wo die Produktionsweise staub- und gasförmige Fluorverbindungen entweichen liess, die die ArbeiterInnen in bedenklichen Mengen aufnahmen. Über die Jahre konnte dies zu einer starken Erhöhung der Knochenmasse führen, die aufgrund der schmerzhaften Bewegungseinschränkungen schlimmstenfalls eine vollständige Invalidität zur Folge hatte. Fast ein Drittel der weltweit bis Mitte der 1970er Jahre wissenschaftlich dokumentierten Fluorosefälle bei AluminiumarbeiterInnen entfiel auf den Kanton Wallis, wo sich alle drei auf Schweizer Boden betriebenen Aluminiumfabriken befanden. Weil das freigesetzte Fluor auch aus den Fabriken entwich und Schäden an der Vegetation sowie Fluorose bei Wild- und Nutztieren verursachte, kam ferner die Befürchtung auf, die Bevölkerung in der Umgebung der Aluminiumwerke könnte ebenfalls gefährdet sein. Diese Ängste bestanden nicht nur im Wallis, sondern auch im Aargauer Fricktal, wo sich Schäden durch ein in Deutschland gelegenes Aluminiumwerk bemerkbar machten.

Da die Behandlung der Berufskrankheitsfälle seit deren Gründung 1918 der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva) oblag, handelt es sich bei ihr resp. den bei ihr angestellten Ärzten um die hier zentralen Akteure. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Gründung der Suva bis in die 1980er Jahre, als aufgrund neuer Produktionsanlagen keine Fluorosefälle mehr auftraten und die Forschung zur Fluorose in der Schweiz weitgehend endete.

Die Fragestellung der Arbeit ist zweifach. Zum einen wird untersucht, wie die Suva-Ärzte mit ihrer Doppelrolle als Ärzte und Versicherungsangestellte umgingen und mit welchem Selbstbild dies verbunden war. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Suva-Ärzte aus mehreren Gründen in einem Spannungsverhältnis zur freien Ärzteschaft standen. Zum anderen besteht das Forschungsinteresse darin, herauszufinden, wer die zahlreichen

wissenschaftlichen Studien zur Humanfluorose verfasste und in Auftrag gab, wie die Forschungsergebnisse rezipiert wurden und, daraus folgend, über welchen Status die ExpertInnen im Geflecht der AkteurInnen verfügten. Es wird angenommen, dass die Suva-Ärzte die Forschungstätigkeit steuerten, die Forschung so gut wie ausschliesslich in Kollaboration mit der Suva erfolgte und sich um versicherungsrelevante Fragen drehte. Als methodisch-theoretische Grundlage wurde gestützt auf Reinhard Sieders praxeologische Vorschläge ein akteurszentrierter Zugang gewählt. Neben Fachpublikationen stammen die verwendeten Quellen grösstenteils aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv und dem Walliser Staatsarchiv.

Nach den beiden einleitenden Kapiteln widmet sich das dritte Kapitel dem ärztlichen Standesbewusstsein und Berufsethos, die sich als äusserst wirkmächtig und langlebig herausstellten, wie anhand des Beispiels der *Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften* aufgezeigt wird. Darauf aufbauend wird im vierten Kapitel das Augenmerk auf die Suva-Ärzte und die Arbeitsmedizin in der Schweiz gelegt, wobei das Selbstbild der Suva-Ärzte und ihre Kommunikationsstrategie gegenüber dem Ärzteverband FMH den Schwerpunkt bilden. Das fünfte Kapitel beleuchtet schliesslich die ExpertInnen und ihre Expertise. Der Fokus liegt hier auf der von der Suva orchestrierten Forschungstätigkeit.

Es konnte aufgezeigt werden, dass die Beilegung eines Konflikts zwischen der Suva und dem Ärzteverband Mitte der 1930er Jahre nicht alleine darauf fusste, dass innerhalb der Suva «ärztfreundlichere» Personen Leitungsfunktionen übernahmen, wie frühere Forschungen vermuteten. Vielmehr beruhte dies auf einer gewandelten Kommunikationsstrategie. Die Suva-Ärzte beriefen sich explizit auf das ärztliche Berufsethos und inszenierten sich als geradezu prototypische Ärzte. Ausserdem zeigten sie sich mit den frei praktizierenden ÄrztInnen solidarisch, indem sie gemein-

same Interessen betonten und dafür sorgten, dass die Suva ihren finanziellen Spielraum zugunsten der ÄrztInnen ausschöpfte. Sich selber sahen die Suva-Ärzte u. a. aufgrund ihres exklusiven medizinischen Zugriffs auf die erkrankten Versicherten als *die* Spezialisten in Sachen Berufskrankheiten und verteidigten ihre Position gegenüber anderen AkteurInnen.

Da wesentliche Impulse in der Arbeitsmedizin in der Schweiz von der Romandie ausgingen, setzte die Suva in der Forschung zur Humanfluorose auf eine Zusammenarbeit mit der Universität Genf. Diese Kooperation erlaubte es, Untersuchungen

von bedeutendem Umfang durchzuführen, ohne dass die Suva-Ärzte die Kontrolle über die Forschungstätigkeit aus der Hand geben mussten. Die Genfer MedizinerInnen profitierten wiederum vom exklusiven Zugang zu den Patienten der Suva und konnten sich internationales Renommee auf dem Gebiet der Fluorforschung erarbeiten. Die Forschung der Genfer MedizinerInnen ging aber über versicherungsrelevante Fragen hinaus, weshalb es die zweite These der Arbeit, wonach die Suva-Ärzte diese Forschungen steuerten, teilweise zu revidieren galt.



Jannik Neumann

Die Verwissenschaftlichung der Schweizer Landwirtschaft im 19. Jahrhundert

Eine themenorientierte Fallstudie der Geschichte der landwirtschaftlichen Abteilung des Eidgenössischen Polytechnikums in Zürich

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Durch die erste Welle der Globalisierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts verlor die Landwirtschaft immer mehr an Bedeutung und die Industrie begann die Schweizer Wirtschaft zu dominieren. In den 1870er Jahren wurde durch die beschleunigten transnationalen Warenflüsse eine massive Agrarkrise ausgelöst, welche den Landwirtschaftssektor vor grosse Herausforderungen und Problemlagen stellte. Als ein wichtiges Element zur Lösung dieser Schwierigkeiten betrachteten die zeitgenössischen Akteure die Verwissenschaftlichung der Landwirtschaft, welche in der Schweiz mit der Angliederung einer landwirtschaftlichen Abteilung an die Forstschule des Eidgenössischen Polytechnikums in Zürich im Jahre 1871 auf nationaler Ebene begonnen wurde.

Diese Institution wird in der Masterarbeit als Fallbeispiel untersucht und anhand ihrer Geschichte die agronomische Verwissenschaftlichung der Schweiz im 19. Jahrhundert studiert. Das Ziel der Arbeit ist es einerseits, diesen Prozess zu rekonstruieren, und andererseits dessen Hintergründe zu analysieren. Hauptbestandteile des Quellenkorpus bilden die handschriftlichen Protokolle der Spezialkonferenz der landwirtschaftlichen Abteilung und die Protokolle des Schweizerischen Schulra-

tes. Strukturiert wird die Arbeit durch vier ausgewählte Themenbereiche, in welchen die Fragestellung mit einem wissenschaftsgeschichtlichen Ansatz beantwortet wird.

Bei der Analyse der Gründungsgeschichte der landwirtschaftlichen Abteilung konnte aufgezeigt werden, dass hinsichtlich der agronomischen Verwissenschaftlichung der Landwirtschaftssektor zum ersten Mal auf nationaler Ebene organisiert wurde und dadurch die Verwissenschaftlichung komplexen politischen Aushandlungsprozessen unterlag, welche teilweise zu Verzögerungen führten. Bezüglich der Vorstellungen und Ideen der landwirtschaftlichen Verwissenschaftlichung orientierten sich die Akteure stark am Deutschen Kaiserreich, von wo auch die ersten drei Professoren der landwirtschaftlichen Abteilung stammten. Das Agronomie-Studium basierte auf naturwissenschaftlichen Grundlagefächern, welche durch fachwissenschaftliche Lehrinhalte ergänzt wurden. Der Schweiz sollten durch diese Ausbildung eigene Experten des Agrarsektors zur Verfügung gestellt werden, doch in den ersten Jahrzehnten stammten viele Studierende aus dem Ausland. Nur ein geringer Teil an einheimischen Landwirten konnte sich ein Agronomie-Studium leisten.

Diese elitäre Stellung wurde als Hauptkritikpunkt der Verwissenschaftlichung der Landwirtschaft identifiziert. Punktuelle Verbindungen zur Industrie baute die landwirtschaftliche Abteilung durch ihre unterschiedlichen Forschungstätigkeiten auf, indem die Qualität und Wirkung von neuen landwirtschaftlichen Hilfsstoffen wissenschaftlich analysiert und veröffentlicht wurden. Ein wichtiger Bestandteil der Verwissenschaftlichung war das landwirtschaftliche Vereinswesen, weil die agrarwissenschaftlichen Akteure in diesem Netzwerk ihre Erkenntnisse und Forschungsergebnisse durch Vorträge und Publikationen in Vereinsorganen an die Landwirte kommunizierten. Im Bereich der Politik spielte die agronomische Verwissen-

schaftlichung auch eine wichtige Rolle, weil die Agrarwissenschaftler des Polytechnikums als Experten konsultiert wurden und die dabei verfassten Gutachten die politische Entscheidungsfindung stark beeinflussten.

Allgemein betrachtet lässt sich die Verwissenschaftlichung der Schweizer Landwirtschaft im 19. Jahrhundert als ein elitärer und importierter Prozess beschreiben, welcher unter den praktizierenden Landwirten nur ein geringes Echo erfuhr. Punktuelle Erfolge wurden einerseits in der Industrie durch die Analyse von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen und andererseits in der Politik durch Expertisen und Gutachten erzielt.



Jürg Nobs

Die Nichtmehrerkennung einer Reichsregierung

Das schweizerische Durchschlängeln zur neuen Weltordnung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Als sich im Mai 1945 der Zweite Weltkrieg dem Ende zuneigte, mussten sich Regierungen auf der ganzen Welt Gedanken zur neuen Weltordnung ohne Deutschland als wichtigen Machtfaktor in Europa machen. Zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, den Siegermächten des Krieges, zeichnete sich bereits der nächste Konflikt ab, der Kalte Krieg. Osteuropäische Staaten fielen unter den Einfluss der Sowjetunion, westeuropäische Staaten unter den der Amerikaner. Eine zerstörerische Ideologie war in einem mörderischen Krieg besiegt worden, doch zwei weitere Ideologien – Kapitalismus und Sozialismus – standen sich immer noch gegenüber. Dass die Grossmächte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Kräftemessen lieferten, ist allgemein bekannt. Ebenfalls sind spätestens seit der Veröffentlichung des sogenannten Bergier-Berichts die Verstrickungen der Schweiz mit dem gefallenem nationalsozialistischen Deutschland bekannt. Die Verbündeten aus dem Zweiten Weltkrieg standen sich also bald danach feindselig gegenüber. Die Schweiz hatte sich, unter Berufung auf die Neutralität, standhaft geweigert, an der Seite der Siegermächte in den Krieg zu ziehen.

Wie standen also diese Mächte der Schweiz diplomatisch gegenüber? Diese und verwandte Fragen versucht die Masterarbeit zu klären. Im Mai 1945 entschied sich die Schweiz, weder die Regierung Dönitz noch den Alliierten Kontrollrat als offizielle deutsche Regierung anzuerkennen. Dies bedeutete auch, dass sie den letzteren nur als De-facto-Regierung auf deutschem Boden ansah, ihm aber die De-jure-Legitimität absprach. Sie stellte sich also unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegen die Interessen der Siegermächte. Es stellen sich daher folgende Fragen: Wieso entschied sich die Schweiz, den Alliierten Kontrollrat nicht als legale Regierung Deutschlands anzuerkennen, und welche diplomatischen Konsequenzen hatte diese Entscheidung?

Um diese Fragen zu klären, wird zunächst der entsprechende Bundesratsentscheid untersucht. Dabei wird aufgezeigt, wie sich die Schweiz offiziell positionierte und wie sie diese Positionierung begründete. Um diese Begründungen richtig einordnen zu können, müssen verschiedene Aspekte genauer beleuchtet werden. Zunächst werden die völkerrechtlichen Aspekte anhand dreier Rechtsgutachten von Georges Sausser-Hall, Edu-

ard von Waldkirch und Dietrich Schindler Senior betrachtet, bei denen es sich um Auftragsarbeiten für das Eidgenössische Politische Department handelte. Um diese Gutachten richtig einzuordnen, werden wiederum die Biografien der drei Juristen kurz erläutert.

Weil der Bundesrat in seiner Mitteilung jeder Nachfolgeregierung Hitlers die Legitimität absprach und gleichzeitig diejenige Hitlers herausstrich, muss im Rahmen dieser Arbeit auch diese Behauptung untersucht werden. Weil die Neutralität die massgebliche aussenpolitische Maxime der Schweiz ist, muss auch eine Auseinandersetzung mit diesem Thema durchgeführt werden, um die Vorgänge zu analysieren. Hierzu werden die historische Genese sowie die Bedeutung für die schweizerische Politik beleuchtet. Die Frage des Weiterbestehens des völkerrechtlichen Subjekts «Deutsches Reich» und seiner Souveränität spielte bei der Entscheidung des Bundesrates sowie den Rechtsgutachten ebenfalls eine zentrale Rolle. Deshalb muss auch diese betrachtet werden. Weil es sich dabei um eine durchaus komplexe Geschichte mit vielen Teilschritten handelt, wird dieser Frage ein umfangreiches Kapitel zugestanden. Zu guter Letzt stellt sich die Frage, ob und

wie sehr die schweizerischen Beziehungen zu den Siegermächten unter dieser Entscheidung litten. Um die möglichen Einflüsse zu betrachten, muss dabei auch die Vorgeschichte der diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu diesen Ländern betrachtet werden.

Bei der Analyse dieser Teilaspekte stellte sich heraus, dass die Behauptung der Legitimität von Hitlers Regierung durchaus fragwürdig ist, die Anzweiflung der Legitimität der Machtübernahme durch Dönitz hingegen sinnvoll war.

Ebenfalls stellte sich heraus, dass die Schweiz die Wandelbarkeit des Neutralitätsverständnisses immer wieder zu ihrem Vorteil einsetzte. So etwa auch bei der Nichtmehranerkennung einer deutschen Reichsregierung, denn eine Folge davon war, dass die Schweiz die Kontrolle über deutsche Botschaftsarchive übernahm und diese von unliebsamen Akten säubern konnte. Ebenfalls scheint es für die Beziehungen zum neuen Deutschland zuträglich gewesen zu sein, dass die Schweiz sich auch in Krisensituationen als treuer Partner präsentiert hatte. Die vorgebliche Prinzipientreue, während man daraus durchaus Kapital schlägt, scheint ein wichtiges Merkmal schweizerischen politischen Handelns zu sein.



Noëmi Parlevliet

«Die Zeiten in Russland ändern sich gewaltig»

Die Wahrnehmung des Fremden in den Selbstzeugnissen von Ernst Jucker

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Die Arbeit untersucht die Russlandbilder von Ernst Jucker (1891–1976), der zufällig nach Russland auswanderte. Der junge Lehrer lernte in Zürich die russische Medizinstudentin Sonja Kucks kennen und reiste 1916 in die Heimat seiner späteren Frau. Sein Plan, nach einem halben Jahr heimzukehren, ging nicht auf, da die Revolution ausbrach, und so kehrte er erst 1932 mit seiner Familie in die Schweiz zurück. In den 16 Jahren, die er in Russland verbrachte, konnte er eine steile berufliche Karriereleiter erklimmen und war im Exekutivkomitee der westsibirischen Regierung als Parteiloser beteiligt. Nach seiner Rückkehr arbeitete er wieder als Sekundarlehrer,

engagierte sich im Rahmen der «Geistigen Landesverteidigung» und hielt etliche Vorträge vor der Armee. Jucker schrieb während seines Aufenthalts in Russland Briefe an seinen Bruder, kurz nach seiner Rückkehr mehrere Bücher unter dem Pseudonym Richard Hart und schliesslich einige Publikationen unter seinem eigenen Namen. Die Briefe sowie eine Auswahl der Literatur bildeten die Quellenbasis für diese Masterarbeit. Die vergleichende Analyse der Russlandbilder von Ernst Jucker zu diesen drei unterschiedlichen Zeitpunkten kann die subjektiven Faktoren der Eindrücke und Vorstellungen unterstreichen und Veränderungen ausmachen. Als Auswanderer setzte sich

Jucker intensiv mit der zunächst fremden Kultur auseinander. Seine Einschätzungen und Beurteilungen veränderten sich im Laufe der Zeit, was durch die einzelfallbezogene Biografieforschung exemplarisch und systematisch anhand von fünf Themen erarbeitet wurde.

Das Russlandbild, welches Jucker während seines Aufenthalts in den Briefen an seinen Bruder zeichnete, ist positiv geprägt, er war überzeugt von der wichtigen Bedeutung der politischen Veränderungen nach dem Ende des Zarenreiches. Diese Bewertung ging auch mit seiner steilen beruflichen Karriere einher, er konnte eine Mittelschule und ein Lehrerseminar gründen, welchem er als Direktor vorstand, und dieses schliesslich in ein pädagogisches Technikum umwandeln. Die angewendeten Methoden am Technikum konnte Jucker selbst bestimmen und somit seine Ideen verbreiten. Er sah sich als «Kulturträger» und schätzte seine Arbeit als bedeutend ein, was einen sinnstiftenden Charakter für die eigene Selbstdarstellung hatte. Seine Tätigkeit im Bildungsbereich sowie in der Politik erweckten in ihm den Eindruck, sich in einem freien Land zu befinden. Sein Russlandbild während des Aufenthalts war demnach geprägt von seiner Arbeit, von seinen Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten, welche ihm in der Schweiz zu diesem Zeitpunkt wohl verwehrt geblieben wären. Mit dem Beginn der Stalinisierung seit 1929 gab es auch Änderungen im Schulsystem und Juckers persönliche sowie berufliche Freiheiten wurden eingeschränkt. Mit der Rückkehr verbunden war vermutlich auch eine Ernüchterung, die daher rührte, dass politische Überzeugungen und Wünsche nicht befriedigt wurden. Nichtsdestotrotz stellte er den Menschen, die in Russland lebten, ein positives Zeugnis aus.

Dieses Russlandbild änderte sich nach seiner Rückkehr. Jucker hatte zunächst die Intention, vor der Stärke Russlands zu warnen und kritisierte Entscheide der Regierenden, die Politik und ihre Auswirkungen im Wirtschaftsbereich. Diese Kritik veränderte sich nicht in der Zeit nach seiner Rückkehr. In seiner Publikation «Erlebtes Russland» von 1945 ist das Russlandbild differenzierter dargestellt als unter seinem Pseudonym. Der grösste Unterschied zwischen den Russlandbildern ist die Bewertung der Menschen, die in Russland lebten. Während das Buch «Aus dem Leben des russischen Bauern», welches 1932 unter seinem Pseudonym publiziert wurde, vorwiegend eine warnende Funktion einnahm, versuchte Jucker unter seinem eigenen Namen auch Verständnis für die Menschen, die in Russland lebten, zu erwirken. Dennoch verfolgte er bei beiden Büchern das Ziel der Aufklärung und er wollte der russischen Propaganda entgegenwirken, was auch mit der damaligen Grosswetterlage zusammenhing. Jucker wurde zudem vom Diskurs der Schweizer Bevölkerung und der Presse geprägt, in welchem bis in die Mitte der 1930er Jahre ablehnende Grundtendenzen bezüglich Russland erkennbar waren.

Während sich Jucker zur Zeit seines Aufenthalts noch als Teil eines wichtigen Prozesses sah, bemerkte er nach seiner Rückkehr, dass die dort erlebten Entwicklungen nicht erfolgreich sein konnten. Diese Aussagen aus der Retrospektive sind auch einer positiven Selbstdarstellung dienlich und können eine sinnstiftende Funktion beinhalten. Seinen Aufenthalt in Russland schätzte Jucker über alle untersuchten Zeitphasen hinweg als wichtig ein. Zunächst in seiner Tätigkeit in Russland, später in der Aufklärungsarbeit für die Schweizer Bevölkerung.



Ermächtigte Frauen – optimierter Betrieb?

Die betriebliche Frauenförderung der Fachstelle für Frauenfragen der Zürcher Stadtverwaltung 1987–2000

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Gleichstellungsstellen waren eine wichtige Triebkraft für die Institutionalisierung feministischer Forderungen, gleichzeitig war dieses Phänomen innerhalb der Schweizer Frauenbewegung nicht unumstritten. Am Beispiel der 1987 entstandenen Fachstelle für Frauenfragen (FFF) der Zürcher Stadtverwaltung, der ersten kommunalen Gleichstellungsstelle in der Schweiz, thematisiert die Masterarbeit die betriebliche Frauenförderung. Die Arbeit fokussiert einerseits auf Transformationsprozesse feministischer Anliegen im Zuge der Institutionalisierung und andererseits darauf, wie die Vorstösse zur Besserstellung von Frauen in der Arbeitswelt mit einem unternehmerischen Optimierungsstreben der Arbeitgeberin Stadt Zürich korrespondierten. Der umfangreiche Bestand der FFF im Zürcher Stadtarchiv bildet den Ausgangspunkt für die Quellenarbeit. Aufgrund der nahezu ganz ausstehenden historischen Forschung zu Frauen als Akteurinnen wie als Objekte der Gleichstellungsarbeit wählt die Arbeit eine frauengeschichtliche Perspektive im Sinne einer «aufarbeitenden Geschichte» und verweist neueren theoretischen Ansätzen aus der Geschlechtergeschichte folgend gleichzeitig darauf, wie Geschlecht durch die Arbeit der FFF gleichsam (mit) konstruiert wurde.

Bereits bei der Gründung der FFF waren unterschiedliche feministische Akteurinnen beteiligt, wie der erste Teil der Arbeit aufzeigt. Die Fachstelle stand Zeit ihres Bestehens in engem Austausch mit verschiedenen feministischen Gruppen und Organisationen, die sowohl der «alten» wie der «neuen» Frauenbewegung zugeordnet werden können. Neben personellen und organisatorischen Anknüpfungspunkten der FFF zur Frauenbewegung bestanden Kontinuitäten auf einer konzeptuell-politischen Ebene. Dies zeigt die Analyse der ab 1988 von der FFF initiierten Projekte zur betrieblichen Frauenförderung im zweiten Teil der Arbeit. In ihren Strategien zur Frauenförderung nahm die Fachstelle verschiedene Praktiken und (Selbst-) Techniken aus der Frauenbewegung

der 1970er Jahre auf, wie etwa Vermittlung von Selbsthilfe, Lernen in Frauengruppen und die weibliche «Ermächtigung» unter Ausschluss von Männern. Damit veränderte die FFF die Verwaltungskultur und schuf neue Handlungsspielräume für die Mitarbeiterinnen.

Die betriebliche Anwendung feministischer Konzepte gelang jedoch nicht ohne eine Adaption und Transformation letzterer. Dass die Fachstelle diese *Top down* in die Verwaltung einführte, zeugt bereits von einer Abkehr vom Emanzipationsverständnis der 1970er Jahre. Auch trat im Zuge der Institutionalisierung die Kritik an strukturellen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern zunehmend in den Hintergrund. Die FFF setzte sich nicht nur für die Ermächtigung von Frauen ein, sondern appellierte auch an deren individuelle Verantwortung. Die Inklusion der feministischen Kritik in die Verwaltung scheint weiter eine Entgrenzung der Arbeit zu begünstigen. Insbesondere im Kontext der Mitte der 1990er Jahre einsetzenden neoliberalen Reformbestrebungen in der Zürcher Stadtverwaltung konstruierte die FFF einen ökonomischen Nutzen von Frauenförderungsmassnahmen, wie der dritte Teil der Arbeit aufzeigt. Die FFF erwies sich dabei selbst als Akteurin, welche die Reformdiskurse und -praktiken mittrug, da sie verschiedene Elemente der neuen Verwaltungsführung begrüsst, so den Imperativ der «Verantwortungsdelegation», die Orientierung der Verwaltungsarbeit auf ihre «Kund_innen» und die Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsgestaltung.

Mit ihrer Arbeit partizipierte die FFF immer auch an den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über die geschlechterspezifische Arbeitsteilung, so eine übergeordnete Erkenntnis. Betriebliche Gleichstellungsstellen waren jedoch nicht die einzigen Akteurinnen, welche die Integration von Frauen ins Erwerbsleben bezweckten. In Abhängigkeit zur jeweiligen Arbeitsmarktlage begrüsst unterschiedliche Akteur_innen Frauenförderungsmassnahmen: der Bund mit unter-

schiedlichen Finanzierungshilfen, wirtschaftliche Interessensverbände sowie diverse Personal- und Ausbildungsverantwortliche. Die Zusammenarbeit mit diesen disparaten Akteur_innen, die aus unterschiedlichen Motivationen die betriebliche Frauenförderung unterstützten, prägte die Legitimationsstrategien der FFF. Gleichzeitig zeigt die Arbeit auf, dass sich mit einer Verschiebung in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung nicht zwingend tradierte geschlechterspezifische Zuschreibungen verändern müssen. Gerade die Bemühungen der FFF zur Vereinbarkeit von Beruf

und Familie konnten auch zu einer Verfestigung traditionell weiblicher Rollenzuschreibungen führen.

Die Institutionalisierung feministischer Inhalte in der Verwaltung erweist sich als ein äusserst vielschichtiges Phänomen, so das Fazit der Arbeit. Die Fachstelle kritisierte die männerprivilegierenden Strukturen der Verwaltung und zielte auf deren Aufweichung zugunsten von Frauen ab. Eben diese Kritik an traditionellen Hierarchien drohte gleichzeitig, einer neoliberalen Transformation der Arbeitswelt Aufwind zu verschaffen.



Yvonne Schüpbach

Die Fremdplatzierung von «bedürftigen» Kindern

Die Stadtberner Gotthelfstiftung in der mixed economy of welfare der Schweiz (1887–1918)

Masterarbeit bei Dr. Sonja Matter

Was passiert mit Kindern, wenn sie in «traurigen Verhältnissen» aufwachsen und schlecht erzogen werden? Was, wenn sie den gesellschaftlichen Ansprüchen in sozialer, moralischer, religiöser und staatsbürgerlicher Hinsicht nicht gerecht werden können?

Die Stadtberner Gotthelfstiftung reagierte auf diese «Bedrohung» durch «verwahrloste» Familien mit der Fremdplatzierung von deren Kindern. Die Stadtberner Gotthelfstiftung wurde 1887 gegründet und 2004 aufgelöst. Die vorliegende Arbeit untersucht erstmals den Quellenbestand zu dieser relevanten Akteursgruppe in sozial- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive. Die Arbeit legt den Fokus auf die ersten 31 Jahre von der Gründung der Stiftung 1887 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Fragen, wie sich die Legitimation und Organisation der Tätigkeiten der Stadtberner Gotthelfstiftung während des Untersuchungszeitraumes veränderten, welche vorherrschenden Gesellschaftsmuster die Stiftung durch ihre Tätigkeiten reproduzierte und wie sich die Gotthelfstiftung der Stadt Bern in den Jahren 1887 bis 1918 in die *mixed economy of welfare* der Schweiz einordnen lässt.

Die zentralen Analysekatoren dieser Arbeit, nämlich *class*, *gender* und Familienideale, sollen

Machtverhältnisse und die Vergeschlechtlichung von Fremdplatzierungspraxen sichtbar machen und haben ausserdem intersektionelle Implikationen. Nach Philipp Mayrings Qualitativer Inhaltsanalyse werden qualitative und quantitative Analyseergebnisse gemeinsam zur Beantwortung der Fragestellungen herangezogen. Untersucht werden hauptsächlich Jahresberichte, die im Untersuchungszeitraum erschienen sind. Diese Berichte enthalten Angaben zu Finanzen, Mitgliederlisten und Verzeichnisse der Pflegekinder. Vereinzelt werden auch Protokolle hinzugezogen. Die Quellen zur Stadtberner Gotthelfstiftung befinden sich im Staatsarchiv Bern und im Stadtarchiv Bern.

Die Stiftung hatte sich bei ihrer Gründung zum Ziel gesetzt, die staatliche Armenfürsorge zu ergänzen. Deshalb nahm sie fortan Fremdplatzierungen von Kindern vor, welche sie als «bedürftig» und «verwahrlost» einstufte. Die Legitimation ihrer Tätigkeiten erklärte sich für die Stadtberner Gotthelfstiftung durch die Dringlichkeit der sozialen Missstände, durch die Prekarität der Lebensumstände der Unterschicht und die als unzulänglich empfundene kommunale und kantonale Armenfürsorge.

Ideell stellte sich der Verein in die Tradition von Jeremias Gotthelf, der die Armenfürsorge und die Armenerziehung für Kinder dieser Zeit nach-

haltig prägte und grosse Popularität genoss.

Eine weitere Legitimationsquelle stellten die Norm- und Moralvorstellungen der Stiftung dar. Gemäss diesen wollten sie ihre Pflegekinder zu tugendhaften Menschen erziehen, die sich für die Gesellschaft des Bundesstaates als brauchbare Mitglieder und Bürger*innen erweisen und ihr nützen sollten. Auch das Christentum war ein wichtiger Legitimationsbezugspunkt. Eine Verschiebung der Legitimation gab es Ende des 19. Jahrhunderts insofern, als Armut nun als systemisches und nicht mehr nur durch ein «verwahrlostes» Milieu geprägtes Phänomen interpretiert wurde.

Die Fremdplatzierungspraxen der Stadtberner Gotthelfstiftung dienten als Instrument der gehobenen Mittelschicht und des Bürgertums, um ihre patriarchalischen Machtansprüche durchzusetzen. Die Fremdplatzierung von «bedürftigen» Kindern durch die Stiftung diente der Armenfürsorge und der Armenerziehung zugleich. Die Aufmerksamkeit der diversen Akteursgruppen, die Fremdplatzierungen durchführten und Pflegekinder oft auch in Anstalten und Heime einwiesen, galt devianten Personen und ihren Familien. Dabei waren *class* und *gender* zusammen mit den damit verbundenen Norm- und Moralvorstellungen nicht nur in der Gründung der Stiftung und in der Wahl der Vorstandsmitglieder wirksam, sondern ebenso im Ausfindigmachen und Deklarieren der «bedürftigen» Kinder, in der Auswahl der Pflegefamilien und in der Sanktionierung und Überwachung der Pflegekinder.

Die Stadtberner Gotthelfstiftung war während des Untersuchungszeitraums nicht nur selbst eine Akteurin in der *mixed economy of welfare*, sondern fungierte auch hinsichtlich ihrer Finanzierung als Beispiel für den *public-private mix* in der Fürsorgelandschaft der Schweiz. Die *mixed economy of welfare* in der Stadt Bern und das rechtliche Vakuum in Bezug auf Fremdplatzierungen von «bedürftigen» Kindern ermächtigten die Stadtberner Gotthelfstiftung, frei zu agieren und solche Fremdplatzierungen vorzunehmen. Auch politisch war die Stiftung vernetzt, wie deren Mitarbeit beim Kinder- und Frauenschutz, zum Niederlassungsgesetz und zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch beispielhaft aufzeigen. Diese verdeutlichen, dass die Meinung der Stadtberner Gotthelfstiftung als Expertenstimme in der Fürsorgethematik galt und ernstgenommen wurde.

Auch wenn die vorliegende Masterarbeit nicht alle Untersuchungsperspektiven einnehmen konnte und somit Lücken für weitere Untersuchungen offen lässt, bestätigt sich doch, dass die Stadtberner Gotthelfstiftung ein sehr relevanter Bestandteil der *mixed economy of welfare* war und deren Fremdplatzierungspraxen nicht nur die Fürsorgelandschaft in Bern, sondern auch weiterreichende politische und gesellschaftliche Prozesse mitgeprägt haben. Die Stiftung prägte die Gesellschaft der Stadt Bern und darüber hinaus, reproduzierte bürgerliche und patriarchale Idealvorstellungen und beeinflusste die Biografien von 311 Pflegekindern zwischen 1887 und 1918.



Don Sebastian

Staatsintervention und Exportförderung in Kriegszeiten

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Britisch-Indien während des Zweiten Weltkriegs

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Der Zweite Weltkrieg führte zu einem Rückgang des Welthandels. Dieser Umstand betraf auch die schweizerische Wirtschaft. Durch die vom Krieg immer stärker betroffenen europäischen Länder wurden die Absatzmöglichkeiten für die Schweizer Exportindustrie auf dem Kontinent immer begrenzter. Importrestriktionen anderer Na-

tionen bestärkten diese Tendenz. Die Ausfuhren in die meisten Länder nahmen – mit Ausnahme Deutschlands – ab 1939 stetig ab. Die schweizerische Wirtschaft, welche zum einen stark von ihren Exporten abhängig und zum anderen auf Devisen angewiesen war, um die für die Landesversorgung benötigten lebensnotwendigen Güter importieren

zu können, musste in der Folge neue Absatzmöglichkeiten suchen. Ein Ausweg bot der verstärkte Fokus auf den Fern- bzw. Überseehandel. Eine dieser fernen Zielregionen war Britisch-Indien, eine britische Kolonie mit wachsender Industrie. Die Ausfuhrwerte für Indien fielen in jenen Jahren im Vergleich zu den benachbarten europäischen Ländern zwar relativ gering aus. Jedoch sorgte der Krieg, trotz seinen widrigen Umständen, nicht für einen Einbruch der Ausfuhren. Im Gegenteil, sie blieben grösstenteils stabil und erlebten gegen Ende des Krieges sogar einen markanten Aufschwung.

Diese Arbeit geht der Frage nach, wie strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Indien während des Zweiten Weltkriegs geprägt haben und mit welchen staatlichen Einschränkungen die Exporteure zu kämpfen hatten. Einerseits erhöhten die Staaten infolge der Weltwirtschaftskrise ihre Einfuhrschränken, um die heimische Wirtschaft zu schützen. Andererseits betrieben Staaten wie die Schweiz eine aktive Exportförderungs politik. Die These dabei lautet, dass staatliche Interventionen in Form von Einfuhrbeschränkungen oder aktiver Exportförderung die Handelsbeziehungen mit Britisch-Indien massgeblich beeinflusst haben und eine globale Erscheinung der Weltwirtschaft der Vorkriegsjahre darstellen. Diese Untersuchung verfolgt dabei einen akteurzentrierten Ansatz, bei der ökonomische wie auch staatliche Akteure in den Fokus genommen werden. Als Quellenmaterial dienen der Nachlass des Generalkonsulats von Bombay, welcher im Bundesarchiv lagert, Archivalien der Zentrale für Handelsförderung aus dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv sowie dem Archiv für Zeitgeschichte und Geschäftsprotokolle aus dem Firmenarchiv der Novartis AG.

Die diplomatische Vertretung der Schweiz verhandelte mit den indischen Behörden über die erlaubten Anteile von Rohstoffen aus feindlichen Ländern. Während in Grossbritannien die Regelung einen maximalen Anteil von 25% erlaubte, dauerte es in Indien nach Kriegsausbruch sechs

Monate, bis die entsprechende Massnahme in Kraft trat. Dies sorgte bei vielen betroffenen Unternehmen für Unsicherheiten, da viele Produzenten von deutschen Rohstoffen abhängig waren. Die Handelsagentur, eine Auslandsstelle der halb-privaten Zentrale für Handelsförderung (OSEC), verhandelte dagegen vor allem über die jährlichen Importquoten, welche von den indischen Behörden jährlich bestimmt wurden und die Einfuhr verschiedener Waren limitierten. Diese wurden anhand der Vorkriegseinfuhren und jenen in der sogenannten Basisperiode bestimmt. Darüber hinaus beeinflussten politische und ökonomische Überlegungen der Kolonie die Höhe der Quoten. Zum einen galt es, die Devisenflüsse zugunsten Britisch-Indiens zu steuern, zum anderen wurden bei bestimmten Waren britische Produktionen bevorzugt.

Die Basler Farbstoffproduzentin Durand & Huguenin hatte in zweifacher Hinsicht mit den staatlichen Importrestriktionen zu kämpfen. Einerseits geriet sie wegen ihrer bis 1940 bestehenden Verbindung mit der deutschen IG Farben unter Verdacht, feindliche Interessen zu vertreten. Andererseits erhielt sie von den Behörden keine jährlichen Quoten, da sie aufgrund von Problemen mit ihrem Importeur, welcher ebenfalls Verbindungen zur IG Farben aufwies, keine Einfuhren für die Basisperiode ausweisen konnte. Durch kleinere Spezialkontingente konnte sie zwar dennoch Waren nach Britisch-Indien exportieren, aber trotz vieler Bemühungen wurden ihr während der Kriegsjahre keine regulären Quoten zugesprochen. Es zeigte sich, dass das indische Lizenzsystem den Marktzugang für neue Importeure erschwerte und auf etablierte Produzenten setzte. Profitiert haben davon vor allem grössere Unternehmen und Kartelle, welche entsprechend höhere Quoten erhielten. Die ökonomische Konzentration, welche in der Zwischenkriegszeit die Farbindustrien Europas prägte, wurde so weiter zementiert. Das stellt einen massiven Umbruch der indischen Wirtschaftspolitik dar, weil die Kolonie lange Zeit als freier, offener Markt wahrgenommen wurde.



Aufbruch, Aufstieg und Konsolidierung der Berner Weltraumforschung

Wissenschaftspolitische Aushandlungsprozesse im Umfeld des Physikalischen Instituts der Universität Bern 1965–1975

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Als 1969 die US-amerikanische Apollo 11-Mission auf dem Mond landete, befanden sich neben den Astronauten Neil Armstrong und Buzz Aldrin auch drei wissenschaftliche Experimente an Bord der Mondlandefähre. Eines davon stammte aus Bern. Es handelte sich um das sogenannte Sonnenwind-Experiment oder *Solar Wind Composition Experiment* des Physikalischen Instituts der Universität Bern (PIUB). Während das PIUB 1960 noch nie bei einem Raketenabschuss dabei gewesen war, beteiligte es sich nur neun Jahre später als einziges ausländisches Institut an der prestigeträchtigsten Unternehmung der NASA und war in vielfältigen Kooperationen mit der European Space Research Organisation (ESRO) und weiteren Forschungszentren involviert. Auch finanziell gelang dem PIUB ein beachtliches Wachstum. So nahmen im Zeitraum zwischen 1964 und 1969 die dem Institut zur Verfügung stehenden Gelder um das Vierfache zu.

Die Masterarbeit analysiert den Aufstieg des PIUB in den 1960er und 1970er Jahren zu einem weltweit anerkannten Zentrum für Weltraumforschung. Neben dem internationalen Kontext der Raumfahrteuphorie war für diesen Aufstieg vor allem die Institutionalisierung der schweizerischen Wissenschaftspolitik von Bedeutung. Dabei ging es darum, Forschung mit Bundesmitteln finanzieren zu können und im Gegenzug dem Staat eine Rolle in der Planung der Wissenschaft zu sichern. Die Weltraumforschung überstieg die regulären Mittel einzelner Universitäten und Hauptträger des finanziellen Ausbaus des PIUB war der noch junge Schweizerische Nationalfonds (SNF). Diese nominell unabhängige Organisation geriet unter politischen Druck, die Weltraumforschung mit erheblichen Mitteln zu unterstützen, da verschiedene Stellen im politischen System eine schweizerische Beteiligung an der Raumfahrt als äusserst erstrebenswert erachteten. So wurde die schweizerische Mitgliedschaft in der ESRO vom Eidgenössischen Politischen Departement primär aufgrund aussenpolitischer Erwägungen angestrebt.

Als Quellen dienten der Masterarbeit hauptsächlich die jährlichen Anträge des PIUB an den SNF sowie die dazugehörigen Gutachten des SNF. Hauptantragssteller war stets Johannes Geiss, Direktor des PIUB von 1966 bis 1989 und Mitglied verschiedenster Raumfahrtkommissionen innerhalb und ausserhalb der Schweiz. Dank mehrerer Forschungsaufenthalte in den USA – unter anderem bei der NASA – verfügte Geiss auch in Übersee über eine Vielzahl wichtiger Kontakte. Seine Korrespondenz ergänzt die Quellen aus dem SNF-Archiv und zeigt, wie er sein breites Netzwerk unterhielt und für den Erfolg der Berner Forschungsvorhaben nutzte. Anhand der SNF-Quellen wird untersucht, wie die Physiker_innen ihre Grundlagenforschung dem SNF gegenüber präsentierten und wie die Selbstdarstellung des PIUB vom SNF-Forschungsrat aufgenommen wurde. Diese Aushandlungsprozesse werden von 1964 bis 1974 verfolgt. Es wird gezeigt, dass Geiss und seine Mitarbeitenden sowohl nationale als auch internationale Kontexte in argumentative Strategien übersetzten. Die Argumentationsmuster des PIUB sind über das untersuchte Jahrzehnt erstaunlich gleichbleibend: stetige Investitionen in die Messapparate, um gegenüber der internationalen Konkurrenz weiterhin bestehen zu können; die Legitimierung der beträchtlichen ESRO-Beiträge der Schweiz; das Prestige, das insbesondere die NASA genoss; und die Pfadabhängigkeit durch mehrjährige Fortführungsanträge, die nicht einfach gestoppt werden könnten.

Hier werden anhand einer Forschungsgruppe aber nicht nur deren Gesuche und Argumentationsmuster untersucht, sondern auch, wie diese im Forschungsrat des SNF aufgenommen und diskutiert wurden. Dabei stellt sich die Weltraumforschung als besonders spannend heraus, da sie einerseits als Grossforschung äusserst kostenintensiv war, und es sich bei ihr andererseits um ein neues Feld handelte, das noch nicht etabliert und legitimiert war. Die Weltraumforschung löste deshalb Debatten zwischen SNF, Kantonen und Bund

über Kostenaufteilung und Entscheidungshoheiten aus. Die Masterarbeit kann aufzeigen, dass im SNF an und wegen den Gesuchen des PIUB vornehmlich wissenschaftspolitische Themen ausgehandelt wurden, die sehr wenig mit den eigentlichen Forschungsinhalten zu tun hatten. Dem PIUB wiederum gelang es, mithilfe der SNF-Mittel den Platz zu

besetzen, der von den Politikern für die Weltraumforschung geschaffen worden war. «Wissenschaft» und «Politik» zeigen sich also nicht als klar voneinander getrennte Bereiche. Vielmehr müssen sie in Anlehnung an die *Science and Technology Studies* als miteinander verflochten verstanden werden.



Nadja Sigrist

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki als akustisches Ereignis

Eine klanggeschichtliche Analyse

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki repräsentierten einen Wendepunkt innerhalb der Menschheitsgeschichte und einen drastischen Einschnitt in das Leben der Betroffenen. Diese Masterarbeit setzt den Fokus auf die sozialen Konstrukte während und kurz nach dem Abwurf der Bombe. Die soziale Praxis in der Not wird anhand der Familienstrukturen, der Hilfe des Staates, dem Glauben und der Religiosität, der Zivilbevölkerung und der Wahrnehmung des japanischen Kaisers betrachtet. Zusätzlich wird untersucht, welche Handlungsstrategien die Menschen in der Not entwickelten und anwendeten. Für die Analyse werden Selbstzeugnisse der Betroffenen der Atombombenabwürfe verwendet, welche aus Tagebüchern und Erlebnisberichten bestehen. Diese Erinnerungen werden mit Hilfe der klanggeschichtlichen Methode untersucht. Dabei stehen die von Überlebenden vernommenen Klänge und Geräusche im Fokus. Somit dienen aus den Quellen nur jene Erinnerungen und Erlebnisse der Betroffenen, welche von der akustischen Wahrnehmung berichten. Zu diesen Klängen zählt insbesondere die zwischenmenschliche Kommunikation in der Not. Aus der Analyse ergibt sich die Soundscape (Klanglandschaft) der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Die Arbeit zeigt auf, dass in der Katastrophe für die Betroffenen ihre Familie der wichtigste Orientierungspunkt war. Die zwischenmenschliche Kommunikation mit den Angehörigen stand im Vordergrund. Innerhalb der chaotischen Zustände und der Zerstörung entwickelten die Menschen

eine akustische Strategie, um ihre Familienmitglieder einerseits unter den Trümmern zu finden, und andererseits die Angehörigen trotz entstehender Verletzungen mittels des Klangs ihrer Stimme zu erkennen. Die Stimme verblieb oftmals als einziger Identitätsmarker. In der Notsituation wird die Hierarchie innerhalb der Familie gut erkennbar, an welcher sich die Angehörigen orientierten.

Der Staat bot mit dem Eintreten der Katastrophe oftmals unzureichende Hilfeleistung. Individuen waren diejenigen, welche den Betroffenen Führung boten und in der Not Hilfe leisteten. Dazu zählen beispielsweise in staatlichen Spitälern arbeitende Ärzte, Lehrer oder als Einzelpersonen agierende Armeeangehörige. Für die Suche der verschütteten Personen waren die Familien in den meisten Fällen allein zuständig. Die Armee vor Ort arbeitete im ersten Moment an der Aufrechterhaltung der eigenen militärischen Strukturen, bevor sie Hilfe leistete. Zwischen dem Staat und der Zivilbevölkerung herrschte zudem anfangs kein stabiler Informationsaustausch. Dies änderte sich erst mit der Rundfunkansprache des japanischen Kaisers am 15. August 1945, mit welcher er die Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg kundtat. In den Erinnerungen der Betroffenen tritt die Rede zwar als akustisch wahrgenommenes Ereignis auf, besass jedoch für die Bevölkerung einen relativ niedrigen Stellenwert.

Innerhalb der beiden betroffenen Städte war die Klanglandschaft von den Geräuschen des Leidens, der Qualen und des Sterbens geprägt. Der Glaube und die Religiosität wurden mit dem Un-

glück zu einer unterstützenden Kraft. Das Beten und die akustische Zelebration von bekannten Ritualen dienten den Menschen als Ablenkung von dem Leiden und den Schmerzen. Gleichzeitig bot das geistliche Personal Leitlinien und Handlungsstrategien in der Not.

Die klanggeschichtliche Methode ermöglicht in diesem bereits vielseitig untersuchten For-

schungsfeld eine neue Sicht- und Hörweise auf die Ereignisse. Wenn in den Selbstzeugnissen die Akustik betrachtet wird, ist erkennbar, in welcher klanglichen Umgebung sich die Menschen befanden. Die Analyse zeigt, dass mit Hilfe der Methode neue Erkenntnisse über die sozialen Strukturen und Interaktionen in der Bevölkerung zu gewinnen sind.



Annelies Ungricht

Solar Wind Composition: Der Weg der Universität Bern zum Mond

Eine analytische Untersuchung, wie das Sonnenwindsegel ein Teil des Apollo-Programms wurde

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

2019 fand das 50-jährige Jubiläum der ersten Mondlandung (von 1969) statt. Dieses Jubiläum war auch für die Universität Bern wichtig, da sie bei dieser Mission als einzige nichtamerikanische Institution ein Experiment auf dem Mond durchführen konnte. Es handelt sich hierbei um das am Physikalischen Institut der Universität Bern (PIUB) entwickelte Sonnenwindsegel, das Solar Wind Composition (SWC).

Das Ziel dieses Experiments war es, mit Hilfe der Komposition von Teilchen, welche vor allem aus Sauerstoffatomen, Helium, Neon, Argon und Krypton bestehen, die Geschichte der Erde, der Atmosphäre und des ganzen Sonnensystems zu verstehen. Die Resultate dieses Experiments, das bei insgesamt sechs Mondmissionen (Apollo 11 bis 16, wobei Apollo 13 aus technischen Gründen nicht auf dem Mond landen konnte) dabei war, sind bekannt und stehen nicht im Fokus.

Die Masterarbeit setzt vorher an und untersucht den Zeitraum zwischen 1952 und der Landung auf dem Mond. Die erkenntnisleitenden Fragen sind: Wie war es möglich, dass ein Schweizer Experiment als einziges nichtamerikanisches Projekt bei der ersten Mondlandung dabei sein konnte? Wie kam der Kontakt zustande? Um diese Fragen zu beantworten, sind zwei Phasen zu unterscheiden.

In der ersten Phase stand die Vernetzung der beteiligten Akteure rund um das Physikalische Institut im Vordergrund. Dieses wurde ab 1952 durch Friedrich Georg Houtermans geprägt und

ausgebaut. Er etablierte die Berner Physikschule und holte 1953 Johannes Geiss nach Bern. Houtermans und Geiss kannten sich von der Universität Göttingen. Es war Geiss, der das erste Massenspektrometer nach Bern brachte, das für das Experiment SWC unerlässlich war. Am PIUB lernte Geiss Peter Signer und Peter Eberhardt kennen.

Diese drei Personen waren die Protagonisten des SWC, Johannes Geiss war zusätzlich der Principal Investigator. Signer hatte während seiner Zeit an der University of Minnesota (1958–1965) die Idee für das SWC, nachdem er an einem Kolloquium den Physiker John Alexander Simpson von der University of Chicago über den Sonnenwind sprechen hörte. Signer informierte daraufhin seinen alten Schulfreund Eberhardt, der von 1957 bis 1958 an der University of Chicago beschäftigt war. Dieser wiederum schlug das Experiment Geiss an der Universität Bern vor. Geiss, der nicht nur durch Houtermans gut vernetzt war, konnte die Arbeit an diesem Experiment weiter vorantreiben. Das schon bestehende Netzwerk aus Wissenschaftlern in der Schweiz und in den USA wurde kontinuierlich ausgebaut, auch die Politik war, wenn auch nur am Rande, involviert. Nachdem über das SWC-Experiment zum ersten Mal im Journal of Geophysical Research 1965 berichtet wurde, kam dies einem Patent gleich und das PIUB konnte kurz darauf den ersten Antrag bei der NASA stellen.

Damit begann die zweite wichtige Phase. Bis

zum Start der ersten Mondmission (Apollo 11) folgten noch etliche Anpassungen des Projekts. Das vorher aufgebaute Netzwerk zu verschiedenen NASA-Mitarbeitern wie auch zu politischen Vertretern der Schweiz, der unermüdliche Einsatz von Johannes Geiss und Peter Eberhardt generell sowie verschiedene längere Aufenthalte der beiden in den USA verhalfen dem SWC auf den Mond. Am Ende kam auch noch ein Quäntchen Glück dazu, da das Projekt ein ausgemustertes Experiment ersetzen konnte und von der Grösse, dem Gewicht und der Handhabung perfekt passte.

Im Juni 1969 erteilte die NASA schliesslich die offizielle Zusage für die erste Mondlandung. Die Netzwerkbildung in der Schweiz und den USA erwies sich als elementar für den Erfolg des SWC. Zusätzlich zeigt die Masterarbeit auf, dass nicht nur Geiss, der heutzutage in Bezug auf das SWC oft alleine genannt wird, für die Verwirkli-

chung des Experiments verantwortlich war, sondern unzählige weitere Personen.

Das verwendete Quellenkorpus ist ausgesprochen umfangreich, jedoch nicht vollständig. Für die Masterarbeit wurden die Archive des PIUB, der Nachlass von Fritz G. Houtermans im Universitätsarchiv an der Universität Bern und das Schweizerische Bundesarchiv konsultiert. Auf der Basis dieser Akten konnten die verschiedenen Puzzlesteine in eine Verbindung zu einander gebracht werden. Im Verlauf blieben Lücken, die zum Teil durch Oral History-Interviews gefüllt werden konnten. Dazu wurden Gespräche mit Ernest Kopp (Doktorand am PIUB zur Zeit des SWC; er betreut heute das Archiv am PIUB), Jürg Meister (Doktorand am PIUB zur Zeit des SWC) und Peter Signer (Erfinder des SWC) durchgeführt, die für die Masterarbeit unbekannt Details und Zusammenhänge offenbarten.



Nadja Katrin Venuto

Die faschistische Okkupationspolitik in Äthiopien 1936–1941: ideeller Anspruch und koloniale Wirklichkeit

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Ein zentrales Projekt des italienischen Faschismus war es, durch den Zugewinn Äthopiens eine Siedlungskolonie zu schaffen, die für die nächsten Jahrhunderte Bestand haben sollte. Mit der Eroberung Äthopiens setzte sich das faschistische Regime Ziele, die entweder als sehr ambitioniert oder als wirklichkeitsfremd bezeichnet werden können. Das besetzte Gebiet hätte in kürzester Zeit zwei Millionen Siedler aufnehmen und sich zu einem dauernden Aktivposten innerhalb der italienischen Wirtschaft entwickeln sollen. Die militärische Eroberung und die Entwicklung Äthopiens nahm zwischen 1935 und 1940 durchschnittlich 20,9 Prozent des gesamten italienischen Staatshaushaltes in Anspruch. Diese Gelder hätten auch in strukturschwachen Regionen in Italien selbst investiert werden können. Die hohe Aufwendung an Mitteln, um Äthiopien zu kolonisieren und auszubeuten, unterstreicht den Stellenwert des Vorhabens für die faschistische Regierung. Das «Empire Building» am Horn von Afrika blieb jedoch bis zu

seinem abrupten und schnellen Ende weit hinter den hoch gesteckten Zielen zurück. Gründe dafür waren die Kostenentwicklung, der ständige Widerstand der äthiopischen Bevölkerung, die fehlende Vorbereitung des italienischen Personals und des zu etablierenden Herrschaftssystems. Auch die lange betriebene Form der Kolonialpolitik, durch systematischen Terror die Okkupation in eine anerkannte Herrschaft zu überführen, war für diesen Zustand von grosser Bedeutung. Sie erschwerte nämlich die Besetzung des Landes und die Etablierung des neuen Souveräns.

Symptomatisch für das faschistische Abenteuer in Ostafrika war, dass Anspruch und Wirklichkeit oft weit auseinander lagen. Das faschistische Regime wusste erstaunlich wenig über die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und handelte sich mit der Kolonisierung Äthopiens Probleme ein, die sich als gravierender herausstellten, als sie von der Führungsriege antizipiert worden waren. Als das Impero ausgerufen wurde, existierten keine

Entwicklungspläne für Äthiopien; selbst über die künftige Herrschaftsform hatten sich die italienischen Behörden keine Gedanken gemacht. Hinzu kam, dass die Eroberer kein vertieftes Wissen über die Geschichte, Kultur und über die Menschen des Landes besaßen.

In der vorliegenden Analyse werden ausgewählte Strukturschwächen des Versuchs der faschistischen Regierung beleuchtet, aus Äthiopien eine erfolgreiche Kolonie zu machen. Im Fokus stehen hier das theoretisch in Rom projektierte Vorhaben und die tatsächlich herrschenden Umstände in Äthiopien. Die Fallstudie soll einen Beitrag zur noch wachsenden Debatte über den italienischen Kolonialismus leisten. Besonders Äthiopien, die einzige Kolonie, die unter dem Faschismus geschaffen worden war und keine Wurzeln im italienischen Königreich hatte, kommt in dieser Debatte eine Randposition zu. Durch die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis auf verschiedensten Ebenen und den Divergenzen zwischen Äthiopien und Rom wird die schiefe Basis, auf der die Kolonisierung Äthiopiens fußte, untersucht. Zu diesem Zweck wurden sowohl offizielle staatliche Quellen, als auch Quellen konsultiert, in denen zahlreiche Italiener und Äthiopier in den verschiedensten Funktionen als Zeitzeugen zu Wort kommen. Durch die Gegenüberstellung dieser beiden Quellenarten lässt sich der Spagat zwischen faschistischer Traumfabrik und kolonialer Realität gut beleuchten. Interviews, Tagebucheinträge und Briefe von Arbeitern, Milizionären, Soldaten, kleineren Beamten und Äthiopiern geben Auskunft über die Erfahrungen und Erlebnisse in der Kolonie. Die Tagebücher des Aussenministers Graf Galeazzo Ciano geben Einblick, wie die Ereignisse in Äthiopien in den höchsten Rängen der Regierung wahrgenommen wurden. Zudem zeigen sie, dass der Stellenwert der Kolonie im Laufe der Zeit für das faschistische Italien immer geringer wurde. Weiter wurden die direkten Weisungen

aus Rom, sowie die Befehle und Telegramme der «men on the spot» konsultiert. Die offiziellen Diskurse in der Wissenschaft der Akademie und in der Partei, welche die Art und Weise der Okkupation rechtfertigten, wurden ebenso analysiert.

Das von führenden faschistischen Persönlichkeiten propagierte Ziel, aus den italienischen Landpächtern Landbesitzer zu machen, während die Äthiopier zu Tagelöhnern herabgesetzt werden sollten, blieb unerreicht. Die arbeitslosen Massen, die in Äthiopien Beschäftigung und Wohlstand hätten finden sollen, gingen ebenso leer aus. Die permanente Guerilla durch den äthiopischen Widerstand sowie die Kostenentwicklung ließen es nicht zu, weiter auf italienische Arbeitskräfte zu setzen, sodass auf günstigere, äthiopische ausgewichen werden musste. Das ursprünglich skizzierte Konzept der demographischen Kolonisierung wurde dann durch eine Kolonisierung kapitalistischen Typs ersetzt, die auf der Kapitalkraft von italienischen Unternehmen mit staatlich geförderten Monopolen basierte. Äthiopien wurde zwar nicht wie von der Propaganda verheissen zu einem Schlaraffenland für das Proletariat, wohl aber für die Bourgeoisie, die im Dienstleistungssektor und im Spekulationswesen tätig war. Die immer wieder aufflammenden Revolten der Widerstandsbewegung, die Probleme mit der territorialen Verteilung der Grundstücke, die fehlenden Ressourcen sowie der Mangel an Kapital und die Unsicherheit bezüglich der politischen und militärischen Lage vor Ort beeinträchtigten die Entwicklung Äthiopiens und schreckten italienische Immigranten ab.

Das Nachspiel des dramatischen militärischen Triumphes von 1936 war das absolute Scheitern, in den wenigen Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis zum Verlust von Äthiopien eine langfristige koloniale Entwicklung zu erreichen. Die chaotische militärische und politische Situation hinderte die Okkupanten daran, gegenüber ihren Subjekten eine stabile Politik zu betreiben.



Isabelle Vieli

Swiss Volkskalender of the 18th and 19th Centuries – A New Source of Climate History?

Masterarbeit im Rahmen des interdisziplinären Masterstudienganges «Climate Studies»

bei Prof. Dr. Christian Rohr

The Volkskalender is one of the earliest printed mass media of the early modern times. Apart from the prognostication and forecasted weather events, articles about the current understanding of weather phenomena, as well as past natural events, were described in the calendar. Therefore, the calendar covers a multidimensional view of the understanding and interpretation of weather at the time. The non-calendrical part has not yet been systematically analysed.

This study focuses on the *Appenzeller Kalender*, one of the most successful and continuous Volkskalender over time. A systematic attempt of collecting measuring data throughout Switzerland only starts in 1863. Consequently, the analysis of proxy data seems reasonable. A quantitative as well as a qualitative approach was chosen for the study. Within the 144 observed years, 1,424 climate- and weather-related entries were counted. The information mainly consists of retrospective, descriptive information, and to a lesser extent forecasts and knowledge on climate- and weather-related topics.

Two general developments over time can be observed within the retrospective information:

firstly, there is an increase in local and regional data; secondly, an increase in proxy data can be observed. Furthermore, the calendar reflects and discusses extreme natural events and impacts on society. About half of the years, which showed a peak in one of the quantitative analyses (such as number of pages, keywords and clusters), coincide with a reported weather anomaly. The yearly report on seasonal weather does not fulfil the requirements for a time series, as precise information on the measuring place and dates are missing. Therefore, a time series is not feasible. However, the extensive content related to weather and climate provides a detailed picture of the perception of natural events during the period 1722–1865 and the change in explanatory patterns over time.

Moreover, as the readership and – in the case of the *Appenzeller Kalender* – also the editors mainly belonged to the farming community, the understanding within the calendar most likely reflected the actual view of its readership at a certain time. This source therefore allows a rare insight into the perception of weather and climate in the broad public.



Mathias Weissen

Jugendhäuser in Zürich in den 1970er Jahren

Eine emotionshistorische Betrachtung des Vereins Zürcher Jugendhaus, des Stadtrates von Zürich und der Zürcher Jugend

Masterarbeit Prof. Dr. Christian Gerlach

Am 29. Juni 1968 kommt es in Zürich zu Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Demonstranten und der Polizei beim Globusprovisorium. Die Jugendlichen fordern ein autonomes Jugendzentrum in der Zürcher Innenstadt. Dieser

Konflikt wird nach einem kurzen Abflachen der Protestbewegung in die 1970er Jahre weitergetragen. Dieser Zeitraum – bis hin zu der 80er-Bewegung – wird in dieser Arbeit untersucht.

Experimente mit Jugendhäusern sind zum

Zeitpunkt der 68er-Bewegung in Zürich schon mehrere Jahrzehnte alt. Die Idee eines Jugendhauses entsteht schon in den 1930er Jahren. 1949 gründet die Vereinigung Ferien und Freizeit (VFF) gemeinsam mit dem Zürcher Frauenverein ein Initiativkomitee für ein Jugendhaus in Zürich. Bei der Gründungsversammlung wird schon befürchtet, dass man in der Form einer Gesellschaft nicht auf längere Sicht erfolgreich arbeiten kann. Deshalb wird an der ersten Arbeitsausschusssitzung am 20. Oktober 1949 die Gesellschaft in einen Verein umgewandelt. Der Verein Zürcher Jugendhaus (VZJ) ist geboren. Dem Verein wird am 1. Oktober 1960 von der Stadt das Jugendhaus Drahtschmidli zur Verfügung gestellt. Das Drahtschmidli gilt als eines der ersten Jugendhäuser in der Schweiz. Später kamen der Lindenhofbunker und die Villa Schindlergut dazu.

Der VZJ wurde als Schirmherr des Drahtschmidli zu einem wichtigen institutionellen Organ in der Jugendhausfrage. Als politische Behörde und wichtiger Entscheidungsträger rückt der Stadtrat von Zürich in den Fokus dieser Arbeit. Natürlich darf die Jugend als dritte Gruppe in dieser Betrachtung nicht fehlen. Ziel dieser Masterarbeit ist es, die Beziehungen zwischen diesen drei wichtigen Gruppen in der Jugendhausfrage mit Hilfe einer emotionshistorischen Methodik zu analysieren. Gefühle stehen im Zentrum der Analyse. Welche Emotionen empfanden die jeweiligen Parteien gegenüber anderen Gruppen? Welche Arten von Emotionen wurden in der externen und internen Korrespondenz transportiert? Wurden Emotionen durch ein bestimmtes Handeln vermittelt oder auch ausgelöst? Wurde mit Hilfe von Emotionen versucht, Gefühle anderer zu lenken und so sein eigenes Ziel betreffend der Jugendhäuser zu erreichen?

Die hierfür angewandte emotionshistorische Methodik entstand durch eine intensive Auseinandersetzung mit konzeptionellen Ansätzen verschiedener Vordenkerinnen und Vordenkern, welche von Jan Plamper in seinem Werk *Geschichte der Gefühle* dargestellt werden. Bei der Literatur, welche sich mit Jugendprotest, Emotionen von Jugendlichen und Jugendhäusern auseinandersetzt, müssen hier zwei Hochschulschriften als wichtige Quellen explizit erwähnt werden. Johannes Ludin

untersuchte in seiner Lizenziatsarbeit *Jugendhäuser. Eine Institution und ihre Bewohnerschaft* die Besucherinnen und Besucher des Drahtschmidli. Die Dissertation von Thomas Kunz aus dem Jahr 1993 beschäftigt sich intensiv mit der Geschichte des Vereins Zürcher Jugendhaus und schafft eine gewisse Grundlage für diese Masterarbeit. Damit sind die benutzten Archivalien in ihrem historischen Kontext besser zu verstehen. Als Hauptquellen dienen Protokolle und Korrespondenzen des Vereins Zürcher Jugendhaus und des Stadtrates von Zürich, sowie eine Sammlung von Flugschriften, welche grösstenteils von jugendlichen Gruppen stammen, die sich für ein autonomes Jugendzentrum einsetzen. Die genutzten Quellen sind im Schweizerischen Sozialarchiv Zürich gesammelt.

Die Arbeit verfolgt einen sozialkonstruktivistischen Ansatz. Die methodischen Ansätze der Historikerin Barbara Rosenwein erlauben die untersuchten Gruppen als *emotional communities* zu betrachten, welche gemeinsame Ziele verfolgen und aufeinander emotional einwirken. Ideen des Historikers William Reddy werden auf die untersuchten Quellen angewandt. Dieser plädiert für einen sprachphilosophischen und diskursanalytischen Ansatz, wobei klare Gefühlsäusserungen im Schriftverkehr hervorgehoben werden.

Es zeigt sich ein grundsätzlich harmonisches Verhältnis zwischen dem Verein und der Stadt. Unmittelbar nach 1968 ist man gar gewillt, ein Jugendhaus mit einem autonomen Charakter der Jugend zuzugestehen. Doch nach den Negativergebnissen um den Lindenhofbunker zu Beginn der 1970er Jahre kippt die Gefühlswelt der Beteiligten zunehmend ins Negative. Dieses Autonomie-Experiment scheitert bereits nach wenigen Wochen. Beim Verein – wie bei der Stadt – ist immer wieder ein starkes Kategoriendenken bei den Jugendlichen ersichtlich. Es wird zwischen unauffälligen und rebellierenden Jugendlichen unterschieden, was immer wieder zu Konflikten führt. Emotionen wie Wut, Trauer, Unverständnis und ein starker Freiheitswunsch der Jugendlichen werden zu Motoren des Handelns der erforschten Parteien in der Jugendhausfrage. Sie werden in dieser Arbeit mit den gesichteten Quellen exemplarisch dargestellt und somit die Beziehungen untereinander verdeutlicht.



«...in ein neues Leben»:

Die Flüchtlinge in der Schweiz im Zeichen der Umsiedlungsprogramme
der *International Refugee Organization* zwischen 1947 und 1952

Masterarbeit bei Prof. Dr. Kristina Schulz

Der Zweite Weltkrieg entwurzelte schätzungsweise zwischen 30–40 Millionen Menschen, andere Studien gehen sogar von deutlich höheren Zahlen aus. Am Ende des Krieges waren in Europa noch etwa 17 Millionen dieser «Displaced Persons» vorhanden. Nachdem die Alliierten einen Grossteil davon bereits in den ersten Kriegsmonaten repatriierte, wurde immer deutlicher, dass ein beträchtlicher Teil dieser Flüchtlinge nicht gewillt war, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Für diese sogenannte «letzte Million» wurde 1946 die *International Refugee Organization* (IRO) als Sonderorganisation der Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Sie sollte in erster Linie nicht mit der Repatriierung, sondern der Umsiedlung von Flüchtlingen arbeiten. Die Schweiz trat erst 1949 im Rahmen der neuen aussenpolitischen Maxime der «Neutralität und Solidarität» der IRO bei.

Die Schweizer Perspektive in diesem Kapitel der europäischen Flüchtlingsgeschichte ist, abgesehen von einigen politischen und diplomatischen Beiträgen, weitgehend unerforscht geblieben. Die Masterarbeit befasst sich deshalb mit der Frage, inwiefern die offizielle Schweiz an den Umsiedlungsprogrammen der IRO teilgenommen hat und wie sich diese Zusammenarbeit auf der Ebene der individuellen Flüchtlinge konkret ausbuchstabierte.

Da das Flüchtlingswesen trotz des Beitritts der Schweiz in die IRO weiterhin Sache der Behörden und privaten Hilfswerke war, wird die institutionelle Ebene einerseits anhand der offiziellen Dokumentation der Polizeiabteilung im Bundesarchiv rekonstruiert und andererseits durch die Quellen der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe im Archiv für Zeitgeschichte ergänzt. Die Erfahrungsebene der Flüchtlinge wird darüber hinaus anhand von drei Fallgeschichten verdeutlicht. Die Fallgeschichten stützen sich dabei auf die digitalisierten Bestände des *International Tracing Service* in den *Arolsen Archives* und die darin enthaltenen Personendossiers der betrachteten Flüchtlinge.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass zwischen

1947 und 1952 zahlreiche Einzelausreisen und insgesamt drei grössere Kollektivtransporte nach Australien mithilfe der IRO und den Schweizer Behörden und Hilfswerke durchgeführt wurden. Insgesamt siedelten so knapp 4'000 Flüchtlinge aus der Schweiz in andere Länder um. Die Durchführung der Kollektivtransporte lief in erster Linie über die Polizeiabteilung und die Schweizer IRO-Delegation, während die Hilfswerke eine unterstützende Rolle einnahmen. Die Bedeutung der IRO für das schweizerische Flüchtlingswesen wurde von den Akteuren allerdings gegensätzlich bewertet. Während die Hilfswerke gerade die Massenumsiedlungen als wichtige Alternative zu den Einzelausreisen verstanden, verwiesen die Behörden auf die Selbstständigkeit des schweizerischen Flüchtlingswesens und betonten stattdessen den symbolischen Wert der Schweizer Mitgliedschaft. Indem die offizielle Schweiz die Bedeutung der IRO auf diese Weise herunterspielte, vermochte sie die aussenpolitische Maxime der «Neutralität und Solidarität» zu untermauern.

Die Fallgeschichten haben dagegen die Situation der Flüchtlinge in der Schweiz jenseits der Flüchtlingspolitik veranschaulicht. Den wenigsten wurde die dauernde Niederlassung in der Schweiz gestattet. Für alle anderen galt nach wie vor das Transitprinzip, unter welchem die Flüchtlinge dazu gedrängt wurden, die Gelegenheit der Umsiedlungsprogramme wahrzunehmen. Die hohen Anforderungen der IRO bzw. der australischen Einwanderungsbehörden erschwerten allerdings die Teilnahme an den Kollektivtransporten. Damit verbunden wurden in den individuellen Lebensgeschichten verschiedenste Überlebensstrategien deutlich, anhand welcher die Flüchtlinge das strukturelle Spannungsfeld zwischen den schweizerischen Behörden und der IRO zu manövrieren versuchten.

Die Resultate decken sich weitgehend mit bisherigen Erkenntnissen der internationalen Forschung und zeigen, wie Flüchtlinge gezielt Aussagen trafen und/oder biographische Informationen

betonten bzw. unterliessen, um unter das Mandat der IRO zu fallen. Dabei sahen sich die Akteure zu teils drastischen Entscheidungen gezwungen, wenn sie beispielsweise Verwandte oder LebenspartnerInnen zurücklassen mussten. Insofern

vermögen es die Fallgeschichten, die von der IRO und den Behörden als lineare Erfolgsgeschichten dargestellten Umsiedlungsprogramme kritisch zu hinterfragen und zu differenzieren.



Andreas Wydler

Wie könnte ich euch vergessen, euch, die ihr mir alles seyd!

Die Entstehung eines neuen Typus von Freundschaft in der Sattelzeit und dessen Bedeutung für Franz Schubert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

In der umfangreichen Forschung zum Wiener Komponisten Franz Schubert (1797–1828) wurde immer wieder auf die besondere Bedeutung von dessen Freundschaftsbeziehungen hingewiesen. Eine vertiefte Reflexion über die zeitgenössischen Vorstellungen und Ausprägungen der Sozialbeziehung Freundschaft hat in den vorwiegend musik-wissenschaftlichen Untersuchungen jedoch kaum stattgefunden.

Auch innerhalb der Soziologie wurde die persönliche Beziehung Freundschaft als Forschungsfeld lange Zeit kaum beachtet, und die Freundschaftssoziologie konnte sich erst Ende des 20. Jahrhunderts als neue Bindestrich-Soziologie im akademischen Diskurs etablieren. Gerade die Sattelzeit – als Übergangsphase zur Moderne – ist dabei von besonderem Interesse, da sich in diesem Zeitraum der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüche ein neuer, moderner Typus von Freundschaft herausgebildet hat, der massgeblich das heutige Verständnis von Freundschaft prägt.

Die Sattelzeit, in die auch die Lebenszeit Schuberts fällt, wird deshalb von Seiten der Soziologie gelegentlich als *Jahrhundert der Freundschaft* bezeichnet, und gerade im Hinblick auf das intellektuell-künstlerische Milieu wird ein emphatischer Freundschaftskult konstatiert.

In dieser Masterarbeit werden die Erkenntnisse der Freundschaftssoziologie aufgegriffen und mit dem Leben und Wirken Franz Schuberts in Verbindung gebracht. Anhand eines sozialgeschichtlichen Ansatzes werden zum einen auf der Makroebene die Entstehung der besonderen *Struktur* dieser historischen Beziehungsform sowie

ihre sozialpsychologischen und gesellschaftlichen *Funktionen* aufgezeigt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Differenzierung von anderen Sozialbeziehungen und den schichten- und geschlechter-spezifischen Ausformungen von Freundschaft. Zum anderen werden auf der Mikroebene anhand einer Quellenuntersuchung die Ergebnisse der soziologischen Forschung mit der individuellen Ausformung der Freundschaft im Umfeld von Franz Schubert abgeglichen.

Im Zentrum einer qualitativen Quellenanalyse stehen die beiden monumentalen Quellensammlungen *Franz Schubert. Die Dokumente seines Lebens* und *Franz Schubert. Die Erinnerungen seiner Freunde*, die vom Musikwissenschaftler Otto Erich Deutsch als Dokumentarbiographien konzipiert wurden. Die darin enthaltenen Dokumente (die von Schubert selbst oder von Personen aus dem sogenannten Schubert-Kreis stammen und von denen hauptsächlich die persönlichen Briefe und Dokumente von Interesse sind) wurden auf Kongruenzen und Differenzen mit den Ausführungen der Freundschaftssoziologie untersucht. Die untersuchten Quellen können des Weiteren Auskunft über die gelebten *Praktiken* der Freundschaft und der eng damit verbundenen Geselligkeitskultur geben.

In der Masterarbeit wird die These vertreten, dass Franz Schuberts Freundschaften idealtypisch für die Ausprägung dieser Form von persönlichen Beziehungen im Milieu des aufstrebenden Bürgertums während der Sattelzeit waren. Ausserdem erhärtet die geleistete Untersuchung die Annahme,

dass Schuberts künstlerisches Wirken stark von seinen Freunden beeinflusst wurde und seine Existenz in Wien als einer der ersten freischaffenden

Komponisten – losgelöst vom traditionellen Mäzenatentum – erst durch Freundschaftsbeziehungen ermöglicht wurde.



Samuel Zahnd

Selbstüberwachende Gesellschaft

Zur Theorie und Praxis einer Überwachungsgeschichte am Beispiel des Nationalsozialismus

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die vorliegende Masterarbeit in Neuester Geschichte befasst sich mit den theoretischen Grundlagen einer neueren geschichtswissenschaftlichen Forschungsperspektive, der *Überwachungsgeschichte*. Sie argumentiert in Anlehnung an die *Surveillance Studies* sowie anhand von Foucaults Analytik der Macht für einen breiten überwachungsgeschichtlichen Ansatz und skizziert dessen Anwendungsmöglichkeiten am Beispiel der Überwachung im Nationalsozialismus.

Ausgangspunkt ist die in den frühen 1990er Jahren innerhalb der Denunziationsforschung kontrovers diskutierte These Gellatelys, wonach die deutsche Bevölkerung im Nationalsozialismus angesichts der beträchtlichen Mitwirkung von unten am Funktionieren der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) eine selbstüberwachende Gesellschaft gewesen sei. Den daraus ableitbaren Fragen, einerseits nach dem Funktionieren von Überwachung in modernen Gesellschaften im Allgemeinen sowie im Nationalsozialismus im Speziellen, und andererseits nach den theoretischen Grundlagen einer Untersuchung von historischen Überwachungspraktiken wurde in drei aufeinander aufbauenden Schritten nachgegangen.

Zunächst diskutiert die Arbeit den aktuellen Forschungsstand der sozialwissenschaftlichen *Surveillance Studies* hinsichtlich überwachungstheoretischer Überlegungen und Konzepte. Einerseits geht es darum, die für den Ansatz der Arbeit notwendigen Definitionen von Überwachung und Selbstüberwachung sowie eine Abgrenzung zum Begriff der sozialen Kontrolle herauszuarbeiten. Andererseits argumentiert die Arbeit mit Blick auf die Aspekte, die eine überwachungsgeschichtliche Untersuchung in Betracht ziehen kann, für eine Erweiterung des gängigen analytischen Blickwin-

kels auf Überwachungen *von oben* (durch Staat, Wirtschaft und Wissenschaft mit ihren jeweiligen technologischen Möglichkeiten) um Praktiken der Überwachung unter Gleichberechtigten und Praktiken der Selbstüberwachung.

Demgemäss soll Überwachungsgeschichte danach fragen, *wo* konkret eine mehr oder weniger systematische und routinemässige Überwachung im Sinne eines zielgerichteten Beobachtens und bewussten Überprüfens anderer Personen, seiner selbst oder der Umwelt stattfindet, *wer* konkret der überwachende Akteur ist, *wer oder was* konkret das Objekt der Überwachung ist und *wie* konkret überwacht wird. Des Weiteren gilt es, wo möglich die Motivationen, den Antrieb, die Ziele, das *Warum* hinter einer konkreten Überwachungspraxis zu erschliessen: Wird überwacht, um zu beeinflussen, zu verwalten, zu schützen oder um zu führen? Nicht zuletzt ist nach allfälligen Konsequenzen der Überwachung zu fragen, also *was* konkret die Auswirkungen auf die überwachte Person respektive das überwachte Phänomen sind.

Dieser Untersuchungsrahmen wurde sodann im Zuge einer ausführlichen Auseinandersetzung mit Foucaults Machtanalytik im zweiten Teil auf ein umfassenderes theoretisches Fundament gestellt. Hierbei argumentiert die Arbeit dafür, dass unter anderem der relationale Charakter des Machtbegriffs bei Foucault, die Ausdifferenzierung verschiedener Machttypen (Souveränitätsmacht, Disziplinarmacht, Bio-Macht) und Machttechniken (hierarchische Überwachung, normierende Sanktion, Prüfung, panoptischer Blick etc.) oder die Zweidimensionalität des Regierungsbegriffs (Regierung anderer und Regierung des Selbst) in vielerlei Hinsicht konstruktives Erklärungs- und Erkenntnispotential für den vorgeschlagenen über-

wachungsgeschichtlichen Ansatz bieten.

In einem dritten Schritt wurde der Theorieteil einem Praxistest unterzogen. Als Möglichkeit einer Anwendung des Ansatzes im Rahmen einer Überwachungsgeschichte wählte der Autor das Beispiel des Nationalsozialismus. Im Zentrum der praktischen Untersuchung stand hierbei die Literatur zur NS-Denunziationsforschung, die um eine Reihe relevanter Ergebnisse und möglicher Ansatzpunkte aus der NS-Widerstandsforschung und aus den aktuellen Untersuchungen zur «Volksgemeinschaft» ergänzt wurde.

Anhand der Überwachungspraxis der «Blockwarte», die als unterste Ebene des enormen Parteiapparats der NSDAP eine Schnittstellenfunktion zwischen Regime und Gesellschaft einnahm, wurde schliesslich das komplexe Zusammenspiel un-

terschiedlicher Überwachungspraktiken im Nationalsozialismus skizziert. Überwachung im NS-Regime erscheint in diesem breiten analytischen Blickwinkel nicht allein als herrschaftssicherndes Instrument *von oben*, sondern vielmehr als komplexes systemisches Wechselspiel zwischen Überwachungspraktiken des Regimes, der Menschen untereinander und individueller Selbstüberwachung. Es verbleiben zahlreiche Ansatzpunkte für weiterführende Untersuchungen hinsichtlich einer NS-Überwachungsgeschichte, die nur grob oder gar nicht nachgezeichnet werden konnten, sowie die weitere Erprobung des Ansatzes in anderen historischen Kontexten. Jede Gesellschaft ist eine selbstüberwachende Gesellschaft. Die Frage ist dabei primär, wie diese Überwachung genau funktioniert.



Ludovico Zappa

Mit dem Gewehr in der Schule

Geschichte der Erziehung und des militärischen Vorunterrichts der Tessiner Kadetten zwischen 1851 und 1879

Masterarbeit bei PD Dr. Carl Alexander Krethlow

Diese Arbeit handelt von den Tessiner Kadetten. Das Thema ist zwar auf Bundesebene gut dokumentiert, im Kanton Tessin jedoch wenig bekannt und erforscht. Zu seiner Beschreibung recherchierte der Autor auf nationaler Ebene (Nationalbibliothek und Bundesarchiv) und auf kantonaler Ebene (Staatsarchiv und Lokal- und Stadtarchive), um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Tessiner Kadetten und ihren Kommilitonen jenseits der Alpen darzustellen.

Das Kadettenwesen, also junge Menschen im Alter zwischen 10 und 17 Jahren, die vormilitärische Kurse besuchen, hat in der Schweiz eine lange Tradition. Die ersten Korps wurden bereits Ende des 18. Jahrhunderts gegründet. Ihr Zweck war es, den Jugendlichen erste militärische Erfahrungen und das entsprechende Wissen zu vermitteln und sie an militärische Disziplin und Hierarchie zu gewöhnen. Das Kadettenwesen diente somit in seinem Kern als Vorbereitung für den künftigen Militärdienst. Zudem kam dem Kadettenwesen nach der Gründung des modernen Schweizer

Bundesstaates eine wichtige politische bzw. patriotische Funktion zu, indem es zur Herausbildung eines Nationalgefühls unter den Jungen beitrug. Die Kadettenkorps brachten junge Menschen aus dem ganzen Kanton und der Schweiz zusammen, schufen ein Klima der Freundschaft und Zusammenarbeit und stärkten das Gefühl einer gemeinsamen eidgenössischen Identität.

Im Jahre 1851 verpflichtete der Tessiner Staatsrat die verschiedenen Sekundarschulen des Kantons zur Einführung des militärischen Vorunterrichts für ihre Schüler. Mit der Säkularisierung der Schulen übernahm der Kanton 1852 die Leitung und Kontrolle der Sekundarschulen und sorgte dafür, dass die militärische Ausbildung auf kantonaler Ebene verbreitet und unter den Behörden durchgeführt und überwacht wurde.

Die liberale Kantonsregierung schrieb den Kadetten wichtige militärische, bildungspolitische und zivilgesellschaftliche Funktionen zu. Die militärische Bildung war Teil eines schulischen Gesamtkontexts, der «gute Bürger» forderte, die sich

ihrer Rolle in der Gesellschaft bewusst waren und die neuen liberalen und republikanischen Institutionen unterstützten. Das Kadettenwesen diente somit als Werkzeug für die Bildung einer neuen Art von Bürger.

Das Tessiner Kadettenwesen begann und verbreitete sich nicht auf freiwilliger Basis, wie dies im restlichen Teil der Schweiz der Fall war. Im Tessin wurden die Kadetten auf Beschluss des Staatsrates eingeführt und damit institutionell und finanziell unterstützt. Auf diese Weise waren die verfügbaren Mittel und die öffentliche Unterstützung für die Kadetten geringer als jenseits der Alpen. Zudem sahen sich die Tessiner Schulen, und damit indirekt auch die Kadetten, mit einer hohen Auswanderungs- und Absentismusrate konfrontiert, was sich auch auf die Schulbildung des Kantons auswirkte. Die patriotische Funktion war also hier, wie in allen Schweizer Kadettenkorps, zwar präsent, aber mit einem zusätzlichen Aspekt: Es wurde nicht nur der Nationalpatriotismus gefeiert, sondern auch einem kantonalen Patriotismus gefrönt. Nach 300 Jahren als Teil von Landvogteien der alten Eidgenossenschaft, begann das Tessin mit der Suche nach einer gemeinsamen kantonalen Einheit und Identität, die verschiedene Lokalpartikularismen und Regionalismen überwinden sollte.

Nach einem schwierigen Anfang, der durch den Mangel an Instruktoressen und Material sowie das Misstrauen von Teilen der Gesellschaft ge-

kennzeichnet war, wurden die Kadetten mit der Zeit von der Bevölkerung akzeptiert. Insbesondere die Einführung von Kadettenfesten konsolidierte das Kadettenwesen – ganz so, wie es auch in der übrigen Schweiz gängig war. Diese jährlichen Veranstaltungen fanden an verschiedenen Orten im Kanton statt und dienten dazu, nicht nur junge Menschen aus dem ganzen Tessin, sondern auch die lokale Bevölkerung in einer festlichen Atmosphäre der kantonalen Bruderschaft zusammenzubringen, ohne jedoch die patriotischen und militärischen Absichten zu vernachlässigen.

Zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten sich die Tessiner Kadetten immer grösseren Herausforderungen zu stellen. Die Notwendigkeit einer neuen Bewaffnung, die den föderalen Vorschriften entsprechen musste, sowie die Tendenz auf nationaler Ebene, anstelle des militärischen Vorunterrichts die obligatorische Gymnastik einzuführen, stellten eine ernsthafte Bedrohung für ihren Fortbestand dar. Im Tessin kamen weitere Komplikationen hinzu. Dort stellte sich das seit langem bestehende Problem der Staatsschulden, die jegliche Investitionen verhinderten sowie das Klima eines anhaltenden (selbst gewalttätigen) politischen Konflikts zwischen Konservativen und Radikalen. Die Kombination all dieser Faktoren führte dazu, dass die Kadettenerfahrung im Süden der Alpen nicht länger als ein Vierteljahrhundert dauerte.



Anina Zulauf

Argumentationsstrategien der Pflanzenschutzmittelindustrie in Zeiten des wachsenden Umweltbewusstseins

Die Kommunikation der Dr. R. Maag AG und der Geigy AG, 1950er bis 1980er Jahre

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Anfang des 20. Jahrhunderts bewirkte die systematische Verwendung von synthetischen Pestiziden zusammen mit der Entdeckung neuer Zuchtverfahren und einer intensivierten Mechanisierung tiefgreifende Veränderungen in der Agrarproduktion. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse führten zu einer starken Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sowie dem Glauben, dass durch die neuen chemischen Methoden ein Mittel zur

Kontrolle über die Natur gefunden worden war.

In der Schweiz stellte das Unternehmen von Rudolf Maag die erste Firma dar, welche sich ab 1919 komplett auf die Produktion von chemischen Pestiziden spezialisierte und dazu beitrug, dass die angewandte Entomologie wissenschaftlich institutionalisiert wurde. Erst gegen Ende der 1930er Jahre begannen auch andere Unternehmen die Herstellung von chemischen Pflanzenschutzmit-

teln aufzunehmen. Dazu gehörte die 1758 gegründete Handelsfirma J. R. Geigy, welche ab 1935 in den Markt der chemischen Schädlingsbekämpfung einstieg. Das Unternehmen erlangte internationale Aufmerksamkeit, als der Industriechemiker Paul Müller die insektizide Wirkung des Wirkstoffs DDT entdeckte, welcher ab 1942 unter anderem in der Landwirtschaft zum Einsatz kam.

Die Masterarbeit, die von Dr. Juri Auderset im Rahmen seines Habilitationsprojekts zu Semantiken landwirtschaftlich-industrieller Arbeit im 20. Jahrhundert mitbetreut wurde, widmet sich der Untersuchung der (Werbe-) Kommunikation dieser Firmen, die beide eine marktführende Position einnahmen. Darin wird ein Überblick über die nur stückweise aufgearbeitete Geschichte der schweizerischen Pflanzenschutzmittelindustrie gegeben. Der Untersuchungszeitraum beginnt in der Mitte des 20. Jahrhunderts, als sich der Gebrauch der Pestizide etabliert hatte, und endet in den 1980er Jahren, als die Präparate zunehmend den Ruf eines notwendigen Übels erhielten. Aufgrund von Meldungen über unerwartete Nebenwirkungen und einem zunehmenden gesellschaftlichen Risikobewusstsein vermehrte sich die Kritik an chemischen Pestiziden im Verlauf der Jahrzehnte; der Druck auf die Branche, ihre Produkte zu legitimieren stieg konstant. Die Arbeit versucht den Einfluss dieses zunehmenden Umweltbewusstseins auf die Kommunikation und die Legitimationsargumente von Maag und Geigy darzulegen.

Die Analyse erfolgt dabei in zwei Schritten: Einerseits wird im ersten Teil der Arbeit aufgezeigt, welche Kommunikationswege und unterschiedlichen Werbemedien, aber auch welche individuellen Beratungsangebote eingesetzt wurden, um mit den verschiedenen Zielgruppen zu kommunizieren. Andererseits werden in einem zweiten Teil die verwendeten Argumentationsstrategien inhaltsanalytisch untersucht. Dabei werden diskursive Elemente berücksichtigt, um aufzuzeigen, wie die Legitimationsstrategien an die sich verändernden umweltpolitischen und gesellschaftlichen Diskurse angepasst wurden. Die Entwick-

lungen lassen sich dabei in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase bis Anfang der 1960er Jahre begann die euphorische Haltung gegenüber den Pestiziden langsam zu bröckeln, jedoch versuchte die Branche, die Kritik weitgehend auszublenden und führte Komplikationen auf Fehler in der Anwendung zurück. Da aber eine Intensivierung der Bekämpfung, mit dem Ziel der Ausrottung von schädlichen Organismen, nicht den gewünschten Effekt hatte, folgte eine zweite Phase der Unsicherheit. Die chemische Industrie versuchte durch neue, selektiv wirkende Mittel auf die Bedenken zu reagieren und das Vertrauen in die eigenen Präparate zu stärken. Aber erst in der dritten Phase folgte eine (scheinbare) Integration des Umweltschutzgedankens und es lässt sich ab den 1970er Jahren ein Paradigmenwechsel festmachen.

Die Gefahren der Pestizide für das Ökosystem wurden anerkannt, der integrierte Pflanzenschutz als neue Lösungsstrategie beworben. Das zunehmende Sicherheitsbedürfnis und der gesellschaftliche Druck führten dazu, dass die Chemiebranche ihre Argumentation anpassen musste. Die Untersuchung zeigt, dass die Unternehmen auf die Kritik aber nur zögerlich reagierten und sich in jeder Phase auf die Rentabilität des Pestizideinsatzes beriefen. Ökologische Risiken wurden dabei den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Es stellte sich heraus, dass eine gut organisierte Kommunikation massgebend für den wirtschaftlichen Erfolg von Maag und Geigy war.

Neben wirksamen Produkten spielte vor allem das Vertrauen gegenüber der Herstellungsfirma eine entscheidende Rolle bei der Akzeptanz der chemischen Präparate. Im Gegensatz zu Konsumprodukten waren die AnwenderInnen der chemischen Pestizide auf eine umfassende, aber auch individuelle Beratung angewiesen, da der Einsatz der Mittel an die spezifischen regionalen und saisonalen Gegebenheiten angepasst werden musste. Diese hohen Anforderungen führten dazu, dass die Werbe- und Kommunikationsabteilungen in den Firmen einen bedeutenden Stellenwert einnahmen.



u^b

^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Bern Journal

ISSN 1660-1904